Marx in Trier überlebensgroß, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 16 – 20. April 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bedenklich realitätsnahes Szenario: Kriegsschiffe beim Übungsschießen Bild: pa

Weiter auf Kollisionskurs

Syrien: Der große Knall zwischen den Großmächten ist nur vorerst abgewendet

Beim nächsten US-Schlag gegen Damaskus will er zurückschlagen, sagt Putin. Ab jetzt ist er Gefangener seiner Worte.

Die europäische „Urkatastrophe" lehrte die Europäer jene Spirale zu fürchten, in der ein Wort, eine Zusage, eine Drohung die folgende provoziert, bis sie alle Konfliktparteien hineinziehen in den großen Krieg. Als US-Präsident Trump einen harten Militärschlag gegen Syrien ankündigte, schien die Welt für einen Moment abermals am Rand einer solchen Eskalation zu stehen.

Es kam – vorerst – anders. Während Washington, London und Paris ihre Luftangriffe als großen Erfolg feiern, spielen Damaskus und sein russischer Schutzparton die Wirkung der Attacken herunter. Ein Großteil der Raketen sei abgeschossen worden, der andere habe kaum Schäden verursacht. Wer von beiden lügt, ist kaum von Belang.

Entscheidend ist im Moment nur die Tatsache, dass beide Seiten eine gewisse Zufriedenheit signalisieren, dass sich derzeit niemand in der Gefahr sieht, durch den bisherigen Verlauf der Ereignisse sein Gesicht zu verlieren. Erst ein drohender Gesichtsverlust einer der Großmächte macht die Lage wirklich gefährlich, für den Nahen Osten wie für die restliche Welt.

> Obama verspielte die US-Dominanz, Trump will sie zurück

Russlands Präsident Putin hat erklärt, dass er einen weiteren Angriff auf seinen syrischen Verbündeten nicht dulden werde. Damit ist der Mann im Kreml nun Gefangener seiner eigenen Worte. Ließe er einen neuerlichen Militärschlag der USA nebst Verbündeter verstreichen wie den jüngsten, wäre Russlands Stellung in der Nahost-Region ernstlich in Gefahr.

Ex-US-Präsident Barack Obama mag Putin hier als abschreckendes Beispiel dienen. Der hatte „rote Linien" gezogen. Doch als diese von der Assad-Regierung angeblich überschritten wurden, blieb die Antwort aus Washington aus. Dies nutzte Moskau geschickt zu seinen Gunsten und etablierte sich als neue Vormacht in der Region.

Moskau will seine (Washington abgeknöpfte) Vorherrschaft in der Region ebenso unbedingt verteidigen, seinerseits mithilfe des zwielichtigen Diktators Assad und des undurchsichtigen Mullahregimes im Iran. Einen weiteren Schlag der USA gegen Damaskus wird Putin deshalb kaum hinnehmen. Der „große Knall" könnte also nur aufgeschoben sein. *Hans Heckel*

Moskau wie Washington geht es vor allem anderen um diese Vormachtstellung. Moskau will sie unbedingt halten, Washington sie wieder zurückerlangen. Donald Trump hat die „regionalen Verbündeten" der USA aufgefordert, sowohl finanziell wie militärisch „größere Verantwortung" in der Region zu übernehmen.

Washington hat also noch etwas vor, es will die unter Obama verlorene Dominanz in Nah- und Mittelost zurückerlangen. Und es bedient sich dazu der Unterstützung auch von zweifelhaften Staaten wie Katar und Saudi-Arabien, die als Produzenten und Exporteure von radikalem Islam und Terror im Gerede sind. Das lässt Übles erwarten.

Jan Heitmann:

Nicht legitimiert

Das kennen wir schon aus dem Jahr 2003: Die USA und ihre willfährigen Verbündeten verwüsten ohne UN-Mandat ein Land, weil dessen ihnen nicht höriger Machthaber angeblich Massenvernichtungswaffen hortet. Im Irak wurde bekanntlich nichts dergleichen gefunden und der vorgeschobene Kriegsgrund somit als Lüge entlarvt. Völkerrechtswidrig war die Militärintervention sowieso. Nicht anders ist es jetzt im Falle Syriens. Frankreichs Präsident Macron behauptet, er habe Beweise dafür, dass das Assad-Regime Chemiewaffen eingesetzt hat. Bisher ist er die allerdings schuldig geblieben. Mag sein, dass dem tatsächlich so ist. Genauso gut könnten es aber die Rebellen gewesen sein. Oder auch gar keiner. Noch ist alles offen, denn die Untersuchungen durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen stehen erst am Anfang. Dass die Angreifer deren Ergebnis nicht abwarten wollten, spricht für sich. So liegt die Annahme nahe, dass auch diese Militärintervention nicht gerechtfertigt war. Völkerrechtswidrig war sie sowieso. Denn selbst wenn die Täterschaft der syrischen Regierung zweifelsfrei erwiesen wäre, hätte es zur Legitimierung des Militärschlags zwingend eines Mandats durch den UN-Sicherheitsrat bedurft.

Wieder einmal peinlich ist das Verhalten der Bundesregierung. In ihrem Bemügen, den Angriffskrieg zu rechtfertigen, behauptet Kanzlerin Merkel, Moskau verhindere die Untersuchungen – was erwiesenermaßen falsch ist. Wehrministerin von der Leyen meint, drei ständige Sicherheitsratsmitglieder als Angreifer seien genug der Legitimierung, und stellt damit erneut ihre Inkompetenz unter Beweis. Und Außenminister Maas fordert die Bildung eines internationalen Gremiums, obwohl es das längst gibt…

Fabritius berufen

Regierungsbeauftragter für Aussiedler und Minderheiten im Amt

Das Bundeskabinett hat Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, auf seiner Kabinettsklausur in Meseberg am 11. April zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, führte den erfahrenen Vertriebenenpolitiker noch am selben Tag in sein neues Amt ein.

Dabei hob Seehofer die Signalwirkung dieser Personalentscheidung der Bundesregierung hervor: „Die Bundesregierung steht gegenüber den Spätaussiedlern und Vertriebenen, den Angehörigen der deutschen Minderheiten und den nationalen Minderheiten in Deutschland in einer besonderen Verantwortung. Die Berufung von Bernd Fabritius zum Aussiedler- und Minderheitenbeauftragten zeigt, dass die Bundesregierung diese Verantwortung annimmt. Als Rumäniendeutscher, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen und erfahrender Vertriebenenpolitiker ist Dr. Fabritius für dieses Amt wie kaum ein anderer vorbereitet. Wer ihn kennt, weiß, dass Dr. Fabritius berechtigte Interessen klug, geradlinig und konsequent vertritt. Er ist im In- und Ausland respektiert. Mit ihm haben die Aussiedler, Vertriebenen, die deutschen Minderheiten und die nationalen Minderheiten in Deutschland eine Stimme, die gehört wird."

Gleichzeitig hat das Bundeskabinett den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Günter Krings, von dieser Aufgabe entbunden. Krings hatte sich nach dem Ausscheiden von Hartmut Koschyk aus dem Amt des Aussiedlerbeauftragten zum 31. Oktober 2017 bereit erklärt, dieses Amt bis zur Bestellung eines neuen Beauftragten durch die nächste Bundesregierung zu übernehmen. Bundesinnenminister Seehofer dankte Krings für seine tatkräftige Ausführung dieses Amtes. *PM/J.H.*

Konsumfreude steigt weiter

Höchste Werte seit einem Vierteljahrhundert

Die privaten Konsumausgaben stiegen 2017 um 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist der größte Zuwachs seit 1994, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mitteilte. Preisbereinigt nahmen die privaten Konsumausgaben demnach im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent zu. Insgesamt beliefen sich die privaten Konsumausgaben in Deutschland im Jahr 2017 auf 1,735 Billionen Euro.

Die privaten Haushalte konsumierten 2017 bei allen Verwendungszwecken mehr als im Vorjahr. Einen Rekordzuwachs in jeweiligen Preisen gab es bei den Ausgaben für Schuhe und Bekleidung mit 5,9 Prozent. Nicht nur nominal, sondern auch preisbereinigt (plus 4,5 Prozent) war dies der stärkste Zuwachs seit 1992. Dabei gaben die privaten Haushalte vor allem mehr für Bekleidung (nominal plus 6,3 Prozent) aus.

Ebenso kauften die privaten Haushalte deutlich mehr Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (plus 5,8 Prozent). Ursache dafür sind hauptsächlich höhere Ausgaben für Kraftfahrzeuge (plus 8,6 Prozent) und für Kraftstoffe (plus 7,8 Prozent). Bei Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (plus 3,8 Prozent) gaben die Verbraucher vor allem mehr für Nahrungsmittel aus (plus 4,8 Prozent), bedingt durch einen vergleichsweise hohen Preisanstieg von 3,0 Prozent. Auch die Ausgaben bei Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (plus 4,9 Prozent) sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (plus 4,0 Prozent) nahmen im Vorjahresvergleich deutlich zu.

Dagegen stiegen die Ausgaben der privaten Haushalte für Wohnungen und deren Nebenkosten mit 2,7 Prozent unterdurchschnittlich. Über die Hälfte der Konsumausgaben wurde für Dienstleistungen aufgewendet. Hier war der Zuwachs mit 2,9 Prozent im Vorjahresvergleich ebenfalls eher moderat. *J.H.*

MELDUNGEN

OSZE nach Transkarpatien

Budapest – Wie der ungarische Außenminister Péter Szijjártó erklärte, hat ihm die OSZE die Entsendung einer permanenten Beobachtermission ins ukrainische Transkarpatien zugesagt. Dort war es in der letzten Zeit zu massiven Vertreibungen von Ungarn gekommen. Selbst der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin gestand ein, dass über ein Drittel der vordem gut 150000 einheimischen Ungarn die Karpatoukraine verlassen hätten. Hierfür sind verschiedene Maßnahmen Kiews verantwortlich, darunter ein neues Schulgesetz, das bis 2020 eine vollständige Umstellung der Schulsprache hin zum Ukrainischen auch in den Minderheitenschulen vorsieht. Kurz nach der Ankündigung des Ministers teilte die Gebietsverwaltung Transkarpatiens mit, dass sie keine Kenntnis von einer solchen Mission habe und dem Vorhaben nicht zustimmen werde. Die ungarische Regierung erklärte inzwischen, eine EU- und Nato-Mitgliedschaft der Ukraine unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mittragen zu können, und teilte über diplomatische Kanäle mit, dass sie Verhandlungen zu diesen Themen auf Regierungsebene bis auf Weiteres blockieren werde. Kurz zuvor hatten elf Nato-Mitgliedsstaaten – darunter Deutschland – Ungarn in einem Brief „prophylaktisch“ aufgefordert, solche „bilateralen Fragen" aus der Nato herauszuhalten. *T.W.W.*

Ehrenvorsitz für Wolfgang Thüne

Mainz – Mit der einstimmigen Wahl des 38-jährigen Tobias Meyer (Haßloch/Pfalz) zum Landesvorsitzenden vollzieht der Landesverband Rheinland-Pfalz des Bundes der Vertriebenen (BdV) einen Generationswechsel. Wolfgang Thüne, langjähriger Vorsitzender des Verbands, trat nicht mehr zur Wiederwahl an. Der scheidende Vorsitzende, der auch Mitglied des Bundesvorstandes der Landmannschaft Ostpreußen ist, wurde von den Anwesenden einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Meyer dankte Thüne für seine jahrezehntelangen Verdienste um den BdV Rheinland-Pfalz. Dem dreifachen Familienvater Meyer, der Mitglied der Landsmannschaft der Donaudeutschen ist und dessen Familie nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ungarn vertrieben wurde, wurden mit Valentina Dederer (Kaiserslautern, Landmannschaft der Deutschen aus Russland) und Nikolaus Poppitz (Mainz, BdV) zwei Stellvertreter zur Seite gestellt. Kai Thomas (BdV Germersheim) ist mit der Schriftführung beauftragt. „Aus Erfahrung wissen wir, dass Integration eine Mammutaufgabe ist. Gerne unterstützen wir die Verantwortlichen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene bei ihren Bemühungen und bringen uns ein, wo wir gebraucht werden.“, so Meyer. Darüber hinaus müsse es auch in Zukunft Ziel des BdV sein, an der historischen Aufarbeitung der Vertreibung teilzunehmen. „Wenn in Stadträten – wie in Koblenz geschehen – historisch unsaubere Verknüpfungen zwischen Donauschwaben und Waffen-SS gezogen werden, dann muss sich der Bund der Vertriebenen zu Wort melden.“ Ein Generationswechsel bringe mit sich, dass man den Blick verstärkt in die Zukunft richten werde, so Meyer weiter. *PM/J.H.*

Konservativ, christlich, halbkonspirativ

Was »Christen in der AfD« bewegt und was Nicolaus Fest dazu sagt

Die Einladung ist mündlich ergangen. Sie war verbunden mit der Bitte, sie weiterzugeben, zugleich aber darauf zu achten, dass Zeit und Ort nicht allseits bekannt würden. Einlass bekommt, wer läutet und sagt, dass er „zur Veranstaltung“ möchte. Dafür gibt es trotz des eigentlich öffentlichen Charakters des Ganzen gewichtige Gründe.

Die halbkonspirative Umrahmung betrifft eine Leipziger Veranstaltung der „Christen in der AfD“. Nahezu grotesk haben sich die Zeiten gewandelt. Noch vor wenigen Jahren hätte eine Zusammenkunft einer innerparteilichen, christlichen Gruppierung heftig gegen das Etikett „bieder“ ankämpfen müssen. Trotz breiter Werbung wäre wohl kaum nennenswert Publikum zu erwarten gewesen. Jeden zusätzlichen Gast hätte man dankbar begrüßt.

Einige Zuhörer mehr wären dem Veranstalter, dem Stadtrat Jörg Kühne, auch sehr willkommen gewesen. Als Vortragender und zur Diskussion geladen ist der Publizist und AfD-Politiker Nicolaus Fest. Mit Blick auf den zwar gut gefüllten, aber bei weitem nicht ausgelasteten Saal betont Kühne, auch argumentativer Gegenwind des anderen politischen Lagers wäre ihm nicht unrecht gewesen. Aus Erfahrung weiß er jedoch, dass die „Antifa“ wenig für sachlich-inhaltliche Auseinandersetzungen übrig hat. Zum Schutz der Beteiligten und der Räumlichkeiten nimmt er lieber in Kauf, dass der eine oder andere wirklich Interessierte den Weg nicht findet. Unrecht hat Kühne mit seinen Befürchtungen nicht. Mitgeteilt wird ihm, dass die örtliche „Antifa“ die Veranstaltung trotz der zurückhaltenden Informationslage sehr wohl in ihrem Kalender vermerkt hat. Letztlich bleiben die „Aktivisten“ heute jedoch zu Hause.

Wer sind die „Christen in der AfD“? Ist eine solche Gruppierung überhaupt nötig? Ein weiteres Mal wird hier der Wandel sichtbar. Konservativer Ehebegriff, Familie, Stellungnahme gegen Abtreibung und Sterbehilfe (bei gleichzeitiger Unterstützung für Menschen in entsprechenden Problemlagen), konfessioneller Religionsunterricht, Mahnung zu kritischer Auseinandersetzung mit dem Islam, Forderung nach Schutz für verfolgte Christen außerhalb Europas – all das hätte man unlängst noch ganz selbstverständlich bei den beiden großen „C-Parteien“ verortet. Dort haben sich die Schwerpunkte allerdings etwas verschoben. Auch das ist ein Zeichen eines Zeitalters, in dem die obersten deutschen Bischöfe beim Besuch des Jerusalemer Tempelberges ihre Amtskreuze ablegen wie lästigen Modeschmuck. Die so entstandene Lücke wird gefüllt – unter anderem von den „Christen in der AfD“, die sich für die genannten Anliegen stark machen.

Leitend für deren Engagement ist die bekannte Feststellung des Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der „freiheitliche, säkularisierte Staat“ von Voraussetzungen lebe, „die er selbst nicht garantieren kann“. Getragen wird dieser Staat von dem, was wahlweise als Gesinnung, Wertefundament, Sittlichkeitsvorstellungen oder Ähnliches bezeichnet werden kann. Es gilt für jeden Einzelnen und ist dadurch verbindend. Diesen Aspekt verliert die Politik der sogenannten etablierten Parteien – nicht nur nach Ansicht der „Christen in der AfD“ – immer mehr aus den Augen.



Gastredner auf einer Veranstaltung der „Christen in der AfD“ in Leipzig: Nicolaus Fest Bild: Imago

In diese Zusammenhänge reihen sich die Leipziger Ausführungen von Nicolaus Fest. Für ihn ist das Christentum unabdingbare Grundlage des Konservatismus, dieser sei damit jedoch nicht zugleich der „politische Arm“ des Christentums. Berührungspunkte erkennt Fest vor allem in vier Aspekten: Zunächst in der subjektiven Freiheit sowie der Menschenwürde, beides auch zentrale Prinzipien der Aufklärung. Zum dritten in dem etwas in Vergessenheit geratenen Begriff der Demut, also dem Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Unvollkommenheit wie auch der Tatsache, dass die Möglichkeit der menschlichen Erkenntnis begrenzt ist. Davon ausgehend, viertens, besteht eine Gemeinsamkeit in der Akzeptanz der Existenz unumstößlicher Wahrheiten. Es ist eben nicht alles dekonstruierbar, auflösbar oder beliebig umgruppierbar. Den Begriff „Wahrheit“ sieht Fest auch lieber an der Stelle des relativierbaren „Wertes“. Edmund Burke, maßgeblicher Theoretiker des Konservatismus, formulierte einmal, der Mensch sei ein „religiöses Tier“. Ob das mit Blick gerade auf das ehemalige DDR-Gebiet so aufrecht erhalten werden kann, bezweifelt Fest, schlägt die Verbindung zu seiner Argumentation aber dadurch, dass er den Menschen ein „Wahrheitstier“ nennt, der die Lüge nicht dauerhaft ertragen kann. Passend zum Ort seiner Ausführungen, der Stadt Leipzig, weist er darauf hin, dass das SED-Regime eben nicht aufgrund sozialer Spannungen, die Karl Marx für geschichtstreibend hielt, untergegangen ist, sondern an der völligen Entkopplung der realen Wahrnehmung des Einzelnen und dem durch Medien und Staatsapparat vorgespiegelten Bild eines freien, prosperierenden und „fortschrittlichen“ Landes. Und die Wahrheiten, ohne die ein freies demokratisches Gemeinwesen mittelfristig eben nicht existieren kann, wurzeln für Fest zwingend im Fixpunkt des Glaubens.

Zustimmung zu Fests Ausführungen gibt es reichlich. Ebenso reichlich ist die Kritik an der derzeitigen Amtskirche. Seelsorge wünsche man sich, keine politischen Pastoren. Augenzwinkernd, aber bestimmt nicht unzutreffend, bemerkt Klaus Grabenhorst von der Leipziger AfD mit Blick auf seine Partei: „Der Merkelismus hat uns erschaffen.“ Trauriges Stichwort ist das allerdings auch für die Atmosphäre in einem Land, in dem Veranstaltungen, die absehbar nicht einer bestimmten Meinungslinie folgen werden, von vornherein Gefahr laufen, attackiert zu werden. Die halbkonspirativen Begleitumstände der Leipziger Veranstaltung der „Christen in der AfD“ sind hierfür nur ein Symptom. *Erik Lommatzsch*

Besuchereinbruch auf der Pfaueninsel

Das »Preußische Paradies« hat 2017 rund ein Viertel weniger Besucher angezogen als noch 2016

Die Pfaueninsel, seit 1821 eines der beliebtesten Ausflugsziele in der Umgebung von Berlin und Potsdam, hat im Jahr 2017 rund ein Viertel weniger Besucher angezogen als noch im Vorjahr. Wie aus einer Antwort des Berliner Senats auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthe (FDP) hervorgeht, lag die Zahl der Besucher im vergangenen Jahr bei nur noch rund 109000. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 besuchten noch etwa 147000 Menschen die kleine Havelinsel im wald- und seenreichen Südwesten Berlins. Die Eigentümerin, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG), bezeichnete den Rückgang der Besucherzahlen als „überproportional“.

Einen starken Anteil an der Entwicklung im letzten Jahr hatte aus Sicht der Stiftung unter anderem das Wetter. Der Sommer 2017 war verregnet, im Herbst gab es zudem mehrere Unwetter. Wie der Pressesprecher der Schlösserstiftung mitteilte, mussten im vergangenen Jahr wiederholt Parkanlagen wegen der Wetterlage geschlossen werden. Im Herbst 2017 haben schwere Stürme zudem zu Schäden in Wäldern und Parks geführt.

Als einen weiteren Grund für den Besucherrückgang nennt die Stiftung Ausfälle beim Fährbetrieb. Zur Pfaueninsel gehören zwei Personenfähren, die Touristen, Stiftungsmitarbeiter und die wenigen Bewohner der Insel übersetzen. Laut der Schlösserstiftung spielten beim Fährbetrieb neben personellen und technischen Ausfällen im letzten Jahr auch Bauarbeiten an einem neuen Fähranleger eine Rolle.

Luthe sieht allerdings ein generelles Problem im Zusammenhang mit der Fähre. Es gibt nämlich keinen festen Fahrplan, übergesetzt wird bei Bedarf. Als Folge kann es durchaus auch schon mal zu Wartezeiten kommen. Aus Sicht des FDP-Abgeordneten ist es das Gegenteil von Service, „wenn die Fähre willkürlich mal alle fünf Minuten fährt und Gäste auch mal eine halbe Stunde im Regen warten“. Luthe sieht bei der Fährverbindung auch den Berliner Senat in der Verantwortung, der sich für eine Förderung der Pfaueninsel als Naherholungsort für die Berliner einsetzen sollte. Tatsächlich ist die Stadt Berlin an der Schlösserstiftung maßgeblich beteiligt und auch personell im Stiftungsrat vertreten.

In den kommenden Jahren könnten sich Sanierungsarbeiten auf der Pfaueninsel auf die Besucherzahlen auswirken. Das kleine Schloss auf der Insel steht auf dem Sanierungsprogramm der Schlösserstiftung.



Steht im Verdacht, ein Teil des Problems zu sein: Die Fährverbindung zwischen Insel und Festland Bild: Biberbaer

Der 67 Hektar große Landschaftspark inmitten eines Naturschutzgebietes steht zusammen mit den Schlössern und Parks von Sanssouci in Potsdam und dem Schloss Glienicke seit 1990 auf der Weltkulturerbeliste der Unesco. Wie auch eine Landschaft im westlichen Samland wird die idyllische Pfaueninsel als „Preußisches Paradies“ bezeichnet.

Das Gebäude gilt nicht nur wegen seiner Form als künstliche Ruine als ein Kleinod. Im Auftrag Friedrich Wilhelms II. zwischen 1794–97 erbaut, ist das Schlösschen mit seiner weißen Holzverschalung eines der wenigen Hohenzollernschlösser in der Region, bei dem ein hohes Maß an Ursprünglichkeit erhalten geblieben ist. Friedrich Wilhelms II. Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm III. und dessen Ehefrau Königin Luise nutzten das Schloss auf der Pfaueninsel zwar noch als Sommersitz, aber bereits seit 1840 wird das Gebäude nicht mehr für Wohnzwecke genutzt. Kriegs- oder Brandschäden blieben ihm erspart.

Noch fast vollständig im Original zu sehen ist die um 1800 entstandene frühklassizistische Inneneinrichtung. Sehenswert ist ebenso der von Peter Joseph Lenné gestaltete Landschaftsgarten der Pfaueninsel. Neben den traditionell freilaufenden Pfauen können Besucher der Insel seit einigen Jahren auch Wasserbüffel sehen, die zur Beweidung der Feuchtwiesen genutzt werden. *Norman Hanert*

Riesige Marx-Statue in Trier aufgestellt

Das mehr als fünf Meter hohe Propaganda-Monument ist ein Geschenk der Volksrepublik China

Die Stadt Trier hat eine mit Sockel fünfeinhalb Meter hohe Karl-Marx-Statue aus der Volksrepublik China aufgestellt. Am 5. Mai, dem 200. Geburtstag des Revolutionspredigers, soll sie enthüllt werden. Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hat die Aufstellung der Kolossal-Statue scharf kritisiert und zu Protesten in Trier aufgerufen.

Der Marx-Koloss soll am 5. Mai um 11.30 Uhr auf dem Simeonstiftplatz in Trier enthüllt werden. Neben einer Delegation aus China werden viele weitere Ehrengäste erwartet. Der Vorsitzende der UOKG und Vizepräsident des Landtags von Brandenburg, Dieter Dombrowski (CDU), schrieb in einem Aufruf: „Bitte fahren Sie, soweit es Ihnen möglich ist, am 5. Mai nach Trier und protestieren Sie so lautstark, wie es nur geht. Wir nehmen es nicht hin, dass Karl Marx im Westen wieder aufersteht, nachdem wir es geschafft haben, ihn im Osten abzuschaffen!"

Auch die Gesellschaft für bedrohte Volker (GfbV) äußerte scharfe Kritik: „Das verherrlichende Marx-Monument ist ein vergiftetes Geschenk des offiziellen China. Es ist traurig, dass sich Trier von einer Regierung beschenken lässt, die Staatsterror gegen ihre eigene Bevölkerung betreibt", hieß es in einer Erklärung. Und: „Statt Menschenrechte zu fördern, schafft Trier eine Wallfahrtstätte für KP-Funktionäre."

Der Trierer Stadtrat hatte im März 2017 die Annahme der von China geschenkten Statue bei 42 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und vier Enthaltungen beschlossen. Dagegen hatten die jeweils zwei Stadträte von FDP und AfD gestimmt sowie drei Stadträte aus der insgesamt neunköpfigen Grünen-Fraktion. Es gab vier Stimmenthaltungen, und zwar drei von der CDU und eine aus der Grünen-Fraktion. Ein Antrag der AfD auf einen Bürgerentscheid wurde abgelehnt.

Die Kolossalstatue des chinesischen Bildhauers Wu Weishan wiegt 2,3 Tonnen und ist 4,4 Meter hoch. Hinzu kommt der 1,1 Meter hohe Sockel. Das Monstrum hat damit ziemlich genau dieselben Ausmaße wie die frühere Stalin-Statue in Ost-Berlin, von der zurzeit eine Kopie in der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu sehen ist. Den Stalin hat man dort allerdings bewusst auf den Boden gelegt. Der Marx-Koloss steht auf dem Simeonstiftplatz in Trier im Bereich der ehemaligen Stiftsmühle St. Simeon (Ecke Simeonstiftplatz-Kutzbachstraße) in der Nähe der Porta Nigra. Die Statue blickt in Richtung Südwest zu Marxens Geburtshaus in der Brückenstraße 10.

In einem Stadtratsbeschluss heißt es über die Kosten von Fundament und Sockel: „Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf zirka 70 000 Euro. Die Stadt Trier trägt ca. 39 000 Euro der Kosten, die Volksrepublik China zirka 31 000 Euro." Trier zahlt vor allem die straßenbautechnischen Kosten – Pflasterarbeiten, Erdaushub, archäologische Arbeiten, Baugrunduntersuchung, Fundamentierung und die Beleuchtung. Das Marx-Monster soll nämlich auch noch nachts angestrahlt werden. Inzwischen hat man die China-Statue vorsichtshalber auch noch gewachst, damit zum Beispiel Sprühfarbe wieder leichter entfernt werden kann. Auch muss der von den Trierer Schildbürgern aufgestellte Riesenmarx inzwischen für viel Geld nachts und an Wochenenden bewacht werden.

Der Trierer Baudezernet Andreas Ludwig (CDU) ist einer der größten Verteidiger der Riesenstatue. „Dass das größte Land der Erde an die kleine Stadt Trier denkt, das ist doch toll", hatte er schon 2017 im Sudwestrundfunk naiv erklärt. Jedes Jahr kämen 50 000 chinesische Touristen nach Trier.

Ludwig war vergangene Woche auch Teilnehmer einer Podiumsdiskussion, welche die Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhauen in der Europäischen Kunstakademie in Trier veranstaltete. Hier musste er sich scharfe Kritik vom Direktor der Stasi-Gedenkstätte, Hubertus Knabe, von Dombrowski und der Präsidentin des Unabhängigen Chinesischen PEN-Clubs aus Köln, Tienchi Martin-Liao, anhören. In einem Video-Grußwort erklärte die aus Rheinland-Pfalz stammende Bundesministerin Julia Klöckner zu der Marx-Statue: „Ich glaube nicht, dass wir die gebraucht haben." Und: „China denkt sich gewiss etwas dabei."

Martin-Liao sagte, Peking wolle mit „dem Monstrum" seine Propagandaarbeit verstärken. An Ludwig gewandt erklärte sie: „Sie betonen immer wieder, das sei ein Geschenk der Chinesen und ein Kunstwerk. Ich sage Ihnen, das ist kein Kunstwerk, sondern ein Propagandainstrument." Viele Millionen Chinesen seien im Namen von Marx und des Marxismus ums Leben gekommen. Wenn sie daran denke und jetzt diese Statue in Trier sehe, „bekomme ich Gänsehaut". Der Trierer Sinologe Christian Soffel erklärte bei der Podiumsdiskussion, die Errichtung der Karl-Marx-Statue sei von der „zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas veranlasst" worden. Marx und der Marxismus spielten „als „Grundlage der kommunistischen Ideologie eine ganz entscheidende Rolle" in China.

Während Ludwig erklärte, man müsse sich mit Marx auseinandersetzen, hielt Dombrowski dem entgegen: „Das bestreitet doch kein vernünftiger Mensch." Aber wenn Trier eine derartige Statue aufstelle, sei das keine Auseinandersetzung, „sondern eine Ehrung". Und: „Das ist keine Werbung für die Stadt." Auch Knabe unterstrich, es sei keine Auseinandersetzung mit einer Person, wenn man „gigantische Denkmäler" errichte. Auch würden bei den vielen zu Marx geplanten Veranstaltungen in Trier die Folgen der Marx'schen Ideologie praktisch nicht behandelt. Dombrowski erklärte unter Verweis auf das „Kommunistische Manifest", Marx habe das „Kochrezept" für die späteren kommunistischen Diktaturen geschrieben.

In Xiamen, der chinesischen Partnerstadt Triers, gibt es ein großes Straflager mit 3300 teils politischen Häftlingen. Sie müssen in der „Jiantou Salzmine" Zwangsarbeit leisten. Ob sich Ludwig danach bei seiner Reise 2017 nach Xiamen erkundigt habe, hatte ihn die FDP im Stadtrat gefragt. Ludwig hatte verneint: „Das hätte wirklich nicht gepasst, das dort anzusprechen." *Michael Leh*



Aufgestellt am Freitag, dem 13. April: Die 2,3 Tonnen schwere große Karl-Marx-Statue des chinesischen Künstlers Wu Weishan

Bild: pa

MELDUNGEN

Millionenhilfen für NS-Opfer

Berlin – Die Ausgaben für „verfolgte nicht jüdische NS-Opfer" summieren sich inzwischen auf 62,4 Millionen Euro. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei mitteilt, betrugen die Ausgaben dafür im vergangenen Jahr rund zwei Millionen Euro. Wie die Bundesregierung in der Drucksache weiter mitteilt, werden ebenso wie bei den Regeln für jüdische Verfolgte mit der Jewish Claim Conference auch für den Bereich der nichtjüdischen Verfolgten mit dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma regelmäßig Gespräche über „eine Nachsteuerung und Weiterentwicklung der Wiedergutmachung" geführt. *J.H.*

Wahl-O-Mat für 1919

Hamburg – Das Museum für Hamburgische Geschichte führt aus Anlass des 100. Jahrestages des Endes des Ersten Weltkrieges zahlreiche Veranstaltungen durch und bietet im Internet vielfältige Informationen dazu an. Darunter ist der vom Bundesarchiv zusammen mit dem Verein Weimarer Republik entwickelte historische Wahl-O-Mat für die Wahl zur Nationalversammlung von 1919. Dieser funktioniert wie der Wahl-O-Mat, der zu Bundes- und Landtagswahlen von der Bundeszentrale für politische Bildung bereitgestellt wird und unentschlossenen Wählerinnen und Wählern als Entscheidungshilfe für ihre Wahl dient. Die Wahl am 19. Januar 1919 war die erste freie und gleiche Wahl im Deutschen Reich und zum ersten Mal durften auch Frauen wählen. Zur Wahl standen SPD, USPD, Zentrumspartei, DDP, DVP und DNVP sowie einzelne Regionalparteien und kleinere Parteien. www.hamburg-18-19.de. *J.H.*

Kubicki versus Lindner

Der FDP-interne Streit geht nicht nur um die Russlandsanktionen

Mit mehr als zehn Prozent zog die FDP nach vier Jahren wieder in den Bundestag ein. Doch die große Euphorie ist bereits verflogen. Die Fraktion um Partei- und Fraktionschef Christian Lindner bleibt blass. Dies gefällt vor allem Wolfgang Kubicki.

Die Tonlage ist rau bei den Liberalen. „Herr Kubicki spricht für sich – und für wenige Andere", stichelte Lindner kürzlich, nachdem der Vizepräsident des Deutschen Bundestags ein Ende der Russlandsanktionen gefordert hatte. Nicht nur altgediente Beobachter des Berliner Politbetriebs zuckten zusammen. Schließlich galten Lindner und sein Stellvertreter Kubicki als verschworene Gemeinschaft. Im September 2013, so berichtete der Nachrichtensender NTV, versprachen sich die beiden, dass „keiner den anderen in den kommenden vier Jahren öffentlich kritisieren" werde. Die vier Jahre sind um. Kaum in den Bundestag eingezogen, verfallen die Liberalen in alte Verhaltensmuster, werden Spitzenfunktionäre nach Leibeskräften vorgeführt.

Das kann auch damit zusammenhängen, dass das Erscheinungsbild der neuen Bundestagsfraktion dürftig ist. Die großen Schlagabtausche liefern sich vor allem AfD-Vertreter mit der Regierungskoalition und den Grünen. Lediglich Kubicki, als Parlamentsvize eigentlich der Neutralität verpflichtet, keilt manchmal dazwischen. Wenigstens das bringt etwas öffentliche Wahrnehmung.

Im Mai ist der erste Parteitag seit dem Wiedereinzug in den Reichstag. Doch von Jubelstimmung keine Spur. Vordergründig geht es um die Russland-Frage, aber hinter den Kulissen rumort es. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern strebt die FDP offiziell eine Regierungsbeteiligung an. Doch den Themen, egal ob Innere Sicherheit, Zuwanderung oder Europa, läuft die Partei hinterher.



Kubicki und Lindner (v.l.)

Bild: Imago

Und im kommenden Jahr stehen Landtagswahlen in Mitteldeutschland an. Dort kommt der Anti-Russland-Kurs der Regierung besonders schlecht an. Dass Kubicki nun die außenpolitische Flanke beackert, dürfte aus Kalkül geschehen. Schließlich hat die FDP auch unter seiner Zustimmung die Sanktionen lange Zeit unterstützt. Nun spricht das Alphatier aus Schleswig-Holstein von „Quatsch" und schart seine Unterstützer um sich. „Kubicki spricht auf jeden Fall nicht für sich alleine", sagte der Thüringer FDP-Chef Thomas Kemmerich gegenüber „NTV". Mit Kubicki habe er schon intensiv die Positionen besprochen. „Ich denke, wir sind auf einer Wellenlänge und wollen in dieselbe Richtung."

Dies dürfte eine Richtung sein, die Parteichef Lindner nicht gefällt. Der sendete seinerseits Spitzen gegen den Altstar aus Kiel. Seine Partei müsse sich bis zur nächsten Bundestagswahl besser aufstellen, jünger und weiblicher werden. „Die FDP muss sich aktiv um Wählerinnen, weibliche Mitglieder und Führungskräfte bemühen. Ich sehe da ein ungehobenes Potenzial", so Lindner gegenüber der der Deutschen Presse-Agentur. *Peter Entinger*

Neue Einnahmequelle

Städte und Gemeinden sollen Bürgerdaten zu Geld machen

Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB), ist sich keiner Schuld bewusst. Er habe einen Debattenbeitrag leisten, eine freie Diskussion anstoßen wollen. „Die Städte und Gemeinden müssen sich noch mehr klarmachen, dass Daten das Öl des 21. Jahrhunderts sind und sich damit wichtige Einnahmen erzielen lassen", hatte er gegenüber der „Rheinischen Post" erklärt und damit für Aufsehen gesorgt. Er schlug demnach ein Konzessionsmodell vor, wonach private Unternehmen mit den Daten der Kommunen arbeiten könnten, aber künftig dafür bezahlen müssten. Die Einnahmen sollten dann wiederum den Bürgern zu Gute kommen.

Landsberg erklärte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (DPA), die Kommunen verfügten über wertvolle Datensätze. Diese sollten sie in anonymisierter Form nicht mehr nur kostenlos zur Verfügung stellen. „Es würde sich nicht um personenbezogene und schutzwürdige Daten handeln", ergänzte ein Sprecher auf Anfrage der DPA. Konkret nannte Landsberg dabei Daten, bei denen es um Lärmwerte, Messergebnisse zur Feinstaubbelastung oder um demografische Informationen gehe. Die Kommunen sollen diese Daten nicht nur selbst stärker nutzen, sondern sie auch an Privatfirmen wie Immobilienanbieter oder Transportunternehmen weitervermitteln können. Schließlich könnten sich potenzielle Immobilienkäufer in Portalen über die Feinstaubwerte in einem bestimmten Viertel oder die dortige Altersstruktur schlau machen.

Im Interview mit dem Südwestrundfunk (SWR) bemühte sich Landsberg, Bedenken zu zerstreuen. Der Vorstoß komme trotz der derzeitigen Skandale um Datensammler wie Facebook oder die Deutsche Post zum richtigen Zeitpunkt: „Die Bürger vertrauen uns und können sich darauf verlassen, dass wir niemals ihre persönlichen Daten weitergeben würden."

Die Kritik an Landsbergs Vorschlägen ist enorm. Die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff erklärte: „Die allein ökonomische Betrachtung personenbezogener Daten als Öl des 21. Jahrhunderts degradiert den Menschen zur Ware." Die Nutzung anonymer Daten sei zwar datenschutzrechtlich unproblematisch. Allerdings warnte sie davor, entsprechende Maßnahmen pauschal als unbedenklich abzustempeln: „In der heutigen Zeit existieren Möglichkeiten, auch vermeintlich anonyme und damit harmlose Daten so zu verknüpfen, dass plötzlich doch wieder Rückschlüsse auf einzelne Personen erfolgen können."

Konstantin von Notz, Digitalexperte der Grünen, sprach gegenüber der linken „Tageszeitung" von einem „höchst fragwürdigen Geschäft der Kommerzialisierung von Daten der Bürger. Erhöhte Sensibilität muss gerade für die an verfassungsrechtliche Vorgaben sehr eng gebundenen Kommunen, die gemeinwohlbezogen arbeiten, gelten."

Der Deutsche Städtetag reagierte ebenfalls skeptisch auf die Idee des Gemeindebundes. „Städte stellen zum Beispiel Geo-Daten immer häufiger kostenfrei zur Verfügung. Diese Daten können dann von Privatpersonen oder Unternehmen genutzt und aufbereitet werden. So entstehen beispielsweise Drei-D-Bilder, visualisierte Entwürfe von Architekten oder Simulationen über Verkehrsflüsse", sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Dies sei eine Sache des Gemeinwohls und nicht unbedingt ein Ansatz, um zusätzliche Gelder zu generieren. *P.E.*

Zeitzeugen



Wladimir Putin – Der russische Präsident stellte in seiner Rede an die Nation vom 1. März das Scheitern russischer Bemühungen fest, mit den USA zu einem strategischen Ausgleich zu kommen, und präsentierte eine neue Generation strategischer Waffen. Die Entwicklung dieser Waffensysteme hat laut Putin bereits begonnen, als die USA aus dem ABM-Vertrag ausstiegen, der Raketenabwehrsysteme nur eingeschränkt erlaubt.

Victor Abramowicz – Der australische Politikwissenschaftler, der sich auf Verteidigungs- und Sicherheitsthemen spezialisiert hat, arbeitet unter anderem für das Lowy Institute, eine unabhängige Denkfabrik. Seine Einschätzung: „Was der Kreml wirklich fürchtet, ist, dass Washington im Geheimen große Zahlen von Abwehrraketen aufstellt, ohne Russland die Chance zu Gegenmaßnahmen zu lassen.“



Michael Kofman – Der Wissenschaftler betreibt den Blog „Russia Military Analysis“, auf dem er die Entwicklungen im russischen Militär verfolgt, und arbeitet für die CNA Corporation, eine unabhängige Forschungseinrichtung in Washington. Für ihn ist Putins Rede über neue Waffen eine Warnung speziell an den US-Präsidenten Donald Trump, Russlands Interessen zu achten. Er hält Russland für fähig, die von Putin beschriebenen Waffen auch zu produzieren.

Pyotr Butowski – Der renommierte Luftfahrtautor, dessen Zeitungsartikel und Bücher primär auf Englisch, aber auch in Deutschland erscheinen, liefert Hintergrundberichte über die russischen Luftstreitkräfte, ihre Beschaffungsprogramme und Bewaffnung. Auf ihn gehen einige der Hinweise auf das „Kinzhal“-Programm zurück. Butowski schrieb mehrere Standardwerke über die russische Luftfahrt.



Sergej Surovikin – Der russische Generaloberst kommandiert zurzeit die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte. Davor befehligte er von 2013 bis Anfang 2017 den Östlichen Militärbezirk Russlands. Von Juni bis Dezember 2017 führte er die Truppen in Syrien. Er ist Absolvent der Frunse-Militärakademie und diente bei den Spezialeinheiten im Afghanistankrieg.

Moskau zeigt Zähne

In seiner Rede zur Lage der Nation präsentierte Putin der Öffentlichkeit neue Waffen

Der US-amerikanische Science-Fiction-Autor William Gibson sagt: „Die Zukunft ist längst hier. Sie ist nur ungleich verteilt.“ Wie viel von einer eher problematischen Zukunft bereits Wirklichkeit ist, bleibt angesichts neuer Waffenentwicklungen in Russland jedoch im Unklaren.

Am 1. März hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine aufsehenerregende Rede über neue Waffensysteme der russischen Streitkräfte. Einmal eingeführt, würden diese neuen Waffen zu einem beachtlichen Fähigkeitszuwachs speziell der strategischen Streitkräfte Russlands führen. Allerdings sind viele Experten von den neuen Waffen weniger überrascht, weil einige von ihnen schon seit Längeren getestet werden. Außerdem tut sich Russland bei der Entwicklung und Produktion neuer Waffensysteme eher noch schwerer als die Staaten der NATO.

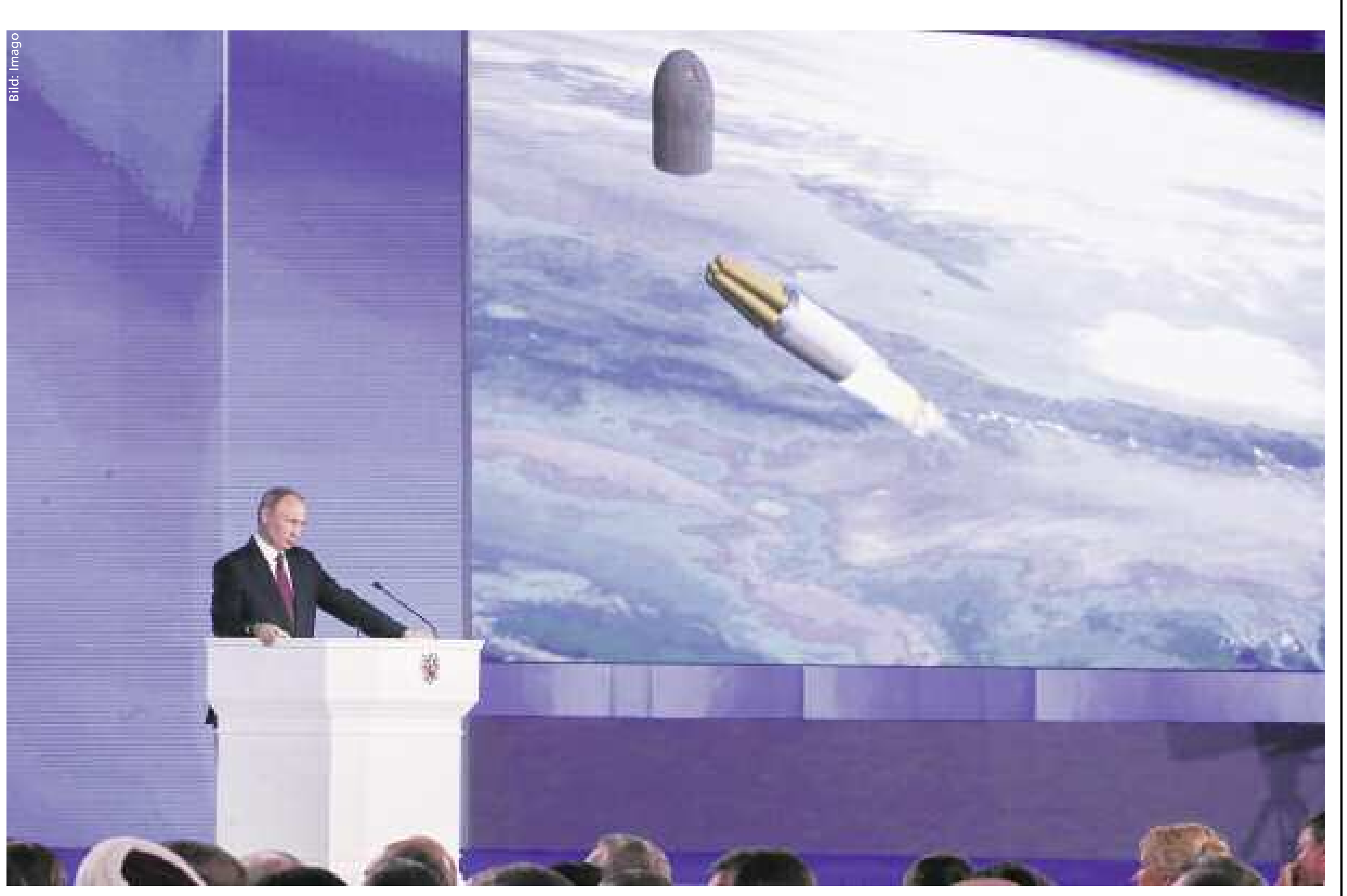
Putin präsentierte sechs neue Waffen für Russlands strategisches Waffenarsenal sowie Bilder einer mobilen Laserwaffe zur Lenkwaffenabwehr. Wohl das spektakulärste Projekt ist die „9M730“, ein Marschflugkörper mit Atomantrieb. Die genaue Typenbezeichnung ist nicht bekannt. „9M730“ soll in großer Höhe und mit hoher Überschallgeschwindigkeit einen Kernsprengkopf ins Ziel tragen. Nukleare Flugzeugantriebe wurden in den 1950er und 1960er Jahren von beiden Supermächten erforscht, aber als zu teuer und nicht machbar aufgegeben. Im Prinzip wird dabei die angesaugte Luft nicht durch eine Brennkammer geführt, sondern durch den mehrere tausend Grad heißen Reaktorkern. Dann wird sie wie bei einem Düsentriebwerk ausgestoßen. Zwar kann so ein Flugkörper hohe Geschwindigkeiten erreichen und fast unbegrenzt in der Luft bleiben. Aber er verstrahlt auch die Umgebung, denn der Schubstrahl ist radioaktiv. Putin sprach von einem erfolgreichen Testflug im Dezember 2017, während das US-Verteidigungsministerium nur ein paar fehlgeschlagene Starts vermeldete. Test- und Einsatzgebiet war und ist vermutlich die Arktis.

Marschflugkörper mit Atomantrieb

Der Nukleartorpedo „Status-6“, der bereits in einer Putin-Rede von 2015 erwähnt wurde, hat beides: Atomantrieb und einen nuklearen Gefechtskopf. Mit ihm will das russische Militär Marinestützpunkte bedrohen. Er erreicht Tiefen um 1000 Meter und Geschwindigkeiten um 100 Knoten (185 Kilometer in der Stunde). Experten bezeichnen ihn als Drittschlagswaffe, die ihr Zielgebiet erst erreichen würde, nachdem beide Seiten ihre Raketen bereits verschossen haben. Russland baut außerdem spezielle U-Boote, die diesen Torpedo sowie neuartige Unterwasserdrohnen einsetzen können. Diese Drohnen der „Klavesin“-Reihe können sowohl für zivile Forschung als auch für militärische Aufklärung genutzt werden.

Hinter Projekt „4202“ oder „Avangard“ verbirgt sich ein unbemannter Hyperschall-Gleiter mit einer Nuklearladung im Megatonnenbereich. „Avangard“ ist wahrscheinlich schon seit 2004 in der Entwicklung. Die Waffe startet als oberste Stufe einer Interkontinentalrakete und steigt bis in 100 Kilometer Höhe auf. Von dort aus gleitet sie mit fünf bis sieben Kilometern pro Sekunde oder rund Mach 15 in Richtung Ziel. Die ballistische „Kinzhal“-Rakete wird von MiG-31-Kampfflugzeugen abgefeuert. „Kinzhal“ ist eine Abwandlung der obersten Stufe der taktischen „Iskander“-Nuklearrakete, die auch in Ostpreußen stationiert ist. Allerdings richtet sich diese primär gegen Seeziele wie Flugzeugträger und deren Begleitschiffe. Sie erreicht Mach 10 und fliegt, je nach Quelle, entweder 1800 oder sogar 2000 Kilometer weit. Die strategischen Raketentruppen bekommen mit der R-28 „Sarmat“ eine neue Interkontinentalrakete, die seit 2011 in der Entwicklung ist und zurzeit erprobt wird. R-28 kann mehrere Sprengköpfe ins Ziel bringen. Außerdem ist sie mit Störsystemen ausgerüstet, welche die US-Abwehrsysteme irreführen sollen.

Experten wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Michael Kofman erwarten, dass die meisten dieser Waffen im Laufe des nächsten Jahrzehnts in Dienst gestellt werden. „Kinzhal“ soll bereits im Einsatz sein. *Friedrich List*


Bild: Imago

Mit Projektionen visuell unterstützt: Putins rüstungspolitische Ausführungen in seinem Bericht zur Lage der Nation vom 1. März

Ähnliche Probleme wie im Westen

In den letzten Jahren erfreuen sich Ankündigungen und offizielle Informationen über den Stand der russischen Rüstung wieder großer Aufmerksamkeit. Allerdings hat Russland im Prinzip dieselben Probleme wie der Westen. Die Budgets sind knapp und die Industrie liefert oft weder pünktlich noch in dem Zustand, der bei Auftragserteilung vereinbart war. Zudem zeigt sich immer wieder, dass die russische Rüstungsindustrie mit der Modernisierung nicht vorankommt. So sind wichtige Beschaffungsprogramme wie die neue Serie des schweren Bombers Tupolew Tu-160, das Kampfflugzeug Sukhoi Su-57 oder der neue Kampfpanzer T-14 „Armata“ wegen finanzieller und technischer Probleme immer wieder verschoben worden.

So sollte die Produktion neuer Tu-160-Bomber schon Anfang des Jahrhunderts beginnen. Dasselbe gilt für die Modernisierung der 16 aktiven Maschinen. Nun sollen 2021 die ersten neuen Flugzeuge abgeliefert werden, obwohl schon 2008 ein neu produziertes Flugzeug geflogen ist. Allerdings liegt die industrielle Infrastruktur für die Tu-160 seit den frühen 1990er Jahren praktisch still. Speziell der Triebwerkshersteller Kusnezow tut sich schwer damit, nach über 25 Jahren die Produktion wieder aufzunehmen. Nachdem der erste neue Bomber bereits Anfang 2018 geflogen und abgeliefert wurde, sollen nun ab 2021 pro Jahr drei Maschinen in Dienst gestellt werden. Ziel sind 50 neue Flugzeuge.

Verzögerungen bei der Beschaffung

Beim neuen Jäger Su-57 machen die Triebwerke und die anspruchsvolle Elektronik Probleme, sodass die russische Luftwaffe nun weiterhin bereits bewährte Typen bauen lässt. Der T-14-Kampfpanzer, von dem schon 2015 über 2000 Stück gebaut werden sollten, ist immer noch in der Testphase. Am meisten hatte die Marine unter Kürzungen zu leiden. Sie wird weiter U-Boote und Schiffe bis zur Fregattengröße erhalten, aber keine größeren Kriegsschiffe. *F.L.*

Krieg der Informationen

Nicht alles stimmt, was man über neue Waffen liest und hört

Mit der Neuauflage der Ost-West-Konfrontation erlebt auch der Informationskrieg und das Wechselspiel von Bluff und Gegen-Bluff zwischen beiden Seiten eine Neuauflage. Die Sowjetunion setzte dabei eher auf eine Kombination aus extremer Geheimhaltung und gezielten Fehlinformationen, die USA dagegen lancierten PR-Kampagnen und Forschungsvorhaben, um ihre Gegenspieler in die Irre zu führen.

Beide Seiten erzielten große Erfolge. Hier sind die „Raketenlücke“ und die „Bomberlücke“ zu nennen, die in der US-amerikanischen Innenpolitik der späten 1950er Jahre eine große Rolle spielten und die John F. Kennedy bei seiner Wahlkampagne für sich zu nutzen verstand. Dabei beruhten die Lücken auf sowjetischen Desinformationen. Darunter waren Hinweise auf einen Bomber mit Nuklearantrieb und auf eine Tupolew Tu-22 mit sechs Propellerturbinen, die aber nur als Studie existierte. Außerdem ließ die sowjetische Luftwaffe bei ihrer jährlichen Parade immer wieder Prototypen mitfliegen, um dann so zu tun, als handele es sich dabei um Einsatzmuster.

Wechselspiel von Bluff und Gegen-Bluff

Wohl der größte westliche Erfolg war die US-amerikanische Kampagne zum großen Raketenabwehrprogramm der 1980er Jahre. Diese Erzählung dominierten fortgeschrittene Waffensysteme, von denen bestenfalls Prototypen mit sehr eingeschränkten Fähigkeiten existierten. Wer im Südwesten der USA reale Testflugzeuge im Flug zu sehen bekam, wurde gerne als Ufo-Gläubiger diskreditiert. Um von der Entwicklung der Tarnkappenflugzeuge abzulenken, wurden gezielt Falschinformationen verbreitet. Danach wären gerade abgerundete Formen geeignet, das Radarecho eines Flugzeugs zu streuen, und in der Presse erschienen Illustrationen, die genau solche Flugzeuge zeigten. Als ein Hersteller von Modellbausätzen aus einer dieser Illustrationen ein Modell machte, ermittelte das FBI gegen ihn. Der Bausatz brachte das Unternehmen in den Verdacht, Zugang zu geheimen Informationen zu haben. Allerdings sah die reale F-117 dann mit ihren Ecken und Kanten völlig anders aus. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

CDU droht heikle Entscheidung

Mit wem ab 2019 koalieren? Brandenburgs Union laviert zwischen Linkspartei und AfD



Vor einer schwierigen Entscheidung, die Deutschland verändern könnte: Brandenburgs CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben

Bild: Imago

Ingo Senftleben, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Brandenburg, sorgt mit seinen Überlegungen für neue Koalitionsmodelle bundesweit für Aufsehen.

Gut anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl im Herbst 2019 hat Ingo Senftleben signalisiert, er wolle im Fall eines Wahlsiegs mit allen Landtagsparteien Gespräche führen. Ein Blick auf das Wahlergebnis bei der vergangenen Bundestagswahl und auf aktuelle Umfragen zeigt: Der CDU-Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag bekundet damit seine Bereitschaft, nicht nur mit SPD, Grünen und eventuell auch der FDP über eine Regierungsbildung sprechen zu wollen, sondern auch mit der Linkspartei und der AfD.

Die CDU sei bereit, „die politische Farbenlehre zu erweitern und über Grenzen hinweg zu denken", so Senftleben. Zwar sprach er davon, es gebe „große Unterschiede zwischen Union und Linkspartei", allerdings erklärte er auch, dass nach seinen Erfahrungen mit der Linken eine Zusammenarbeit in der Regel funktioniere. Und zwar so, dass man keine Protokolle brauche, denn es gelte: „Eine Absprache ist eine Absprache."

Bemerkenswert fiel die Reaktion der Landeschefin der Linkspartei und Sozialministerin, Diana Golze, aus. Die „Bild"-Zeitung berichtete zunächst, Golze schließe eine Koalition mit der CDU ebenfalls nicht aus. Später schränkte sie zwar ein: „Ich wüsste gar nicht, auf welcher inhaltlichen Basis." Die Bereitschaft zu Gesprächen mit der CDU erhielt Golze allerdings aufrecht.

Mehr Probleme deuten sich bei Gesprächen zwischen der CDU und der AfD an. Senftleben versah seine Ankündigung einer Gesprächsbereitschaft nämlich schon vorab mit einer Einschränkung. Er erklärte, eine Regierung mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Brandenburger AfD, Andreas Kalbitz, sei ausgeschlossen. Senftleben wirft Kalbitz eine „klare Nähe zu rechtsextremen Strukturen" vor.

> Kramp-Karrenbauer scheint eher zu den »Linken« zu neigen

Die Landtagsfraktion der AfD wies mögliche personelle Vorbedingungen des Brandenburger CDU-Chefs für die Aufnahme von Gesprächen allerdings umgehend zurück: „Wir werden uns ganz sicher nicht an einem Wunschportfolio eines Herrn Senftleben orientieren. Der Versuch, sich die Personalauswahl eines möglichen Koalitionspartners selbst gestalten zu wollen, ist ebenso vermessen wie politisch amateurhaft."

Hinter dem Koalitionsangebot der CDU an die Linkspartei wittert AfD-Chef Kalbitz wenig ehrenwerte Motive: „Es geht hier nicht um Inhalte, sondern nur um die nackte Macht." Auch Unionspolitiker haben den Vorstoß der märkischen CDU-Spitze deutlich kritisiert. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer sprach von einer „völlig absurden Koalitionsdiskussionen" und schloss ein Bündnis mit Linkspartei oder AfD weiter kategorisch aus. Auch der Berliner CDU-Fraktionschef Florian Graf zeigte sich ablehnend zum Gedanken einer Koalition der Hauptstadt-CDU mit der Linkspartei. Graf erklärte, die Politik der Dunkelroten sei mit den Werten, die die CDU vertritt, nicht vereinbar.

Differenzierter fiel die Reaktion der Generalsekretärin der Bundes-CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, aus. Sie führte mit Senftleben nach dessen Äußerungen ein längeres Gespräch. Im Interview mit dem Deutschlandfunk sprach sie davon, eine Zusammenarbeit mit der AfD „verbiete" sich insbesondere in Brandenburg. Die Linkspartei dagegen zeige sich in der Regierungsarbeit durchaus pragmatisch. „Aber es ändert nichts an der Tatsache, dass die Linkspartei eben auch Gruppen beherbergt wie etwa die kommunistische Plattform", so Kramp-Karrenbauer. Ob diese Reaktionen eine endgültige Absage an eine Zusammenarbeit zwischen der CDU und der Linkspartei auf Landesebene darstellt, bleibt abzuwarten. Das Ergebnis der jüngsten Bundestagswahl und Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass kommendes Jahr der Versuch einer Regierungsbildung nicht nur in Brandenburg ein schwieriges Unterfangen wird.

Außer in Brandenburg stehen 2019 auch in Sachsen und Thüringen Landtagswahlen an – in allen drei Bundesländern zeichnen sich eine Fragmentierung des Parteiensystems und eine anhaltende Schwäche der alten „Volksparteien" ab.

Nach jüngsten Umfrageergebnissen für Brandenburg hätte weder die jetzt amtierende rot-rote Koalition noch ein SPD-CDU-Bündnis im neuen Landtag eine Mehrheit. Selbst die Hinzunahme eines kleineren, dritten Koalitionspartners, etwa der Grünen, würde daran vermutlich nichts ändern.

In ihrer einstigen Hochburg Brandenburg kamen die Sozialdemokraten bei einer Meinungsumfrage zuletzt nur noch auf 23 Prozent. SPD, CDU, AfD und Linkspartei liegen mittlerweile alle relativ eng beieinander in einem Bereich von 17 bis 23 Prozent. Verfestigt sich dieser Zustand, wird sich die CDU zumindest in den östlichen Bundesländern früher oder später entscheiden müssen, ob sie mit der AfD oder aber mit der Linkspartei koalieren will.

Norman Hanert

Peinlicher »Personenkult«

Von Theo Maass

Personenkult kennen wir aus der Sowjetunion des Genossen Stalin oder der Volksrepublik China aus der Zeit Maos. Aber in dem gutbürgerlichen Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf? Genau dieser Vorwurf wurde aber jüngst gegen die 55-jährige Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski von der CDU laut. Penetrante 35 Mal prangt das Porträt der Frau im neuen „Wegweiser durch den Bezirk", der in einer Auflage von immerhin 40000 Exemplaren verteilt wird.

Hat die CDU derartige Aktionen nötig? Seit 2001 stellt die Partei den Bezirksbürgermeister. Die SPD landet bei Wahlen meist abgeschlagen hinter den Christdemokraten. Bis 2000 waren Steglitz und Zehlendorf autonome Bezirke, die gleichfalls „eine Bank" für die CDU waren.

Seit 1971 stellt die CDU in Steglitz den Bürgermeister. In Zehlendorf gleichfalls, wobei die SPD dort sogar noch schwächer war. Die Union kann dort vermutlich den sprichwörtlichen Besenstil als Kandidaten aufstellen und dürfte trotzdem Erfolg haben.

Die einzig erfolgreiche linke Partei im Bezirk sind die Grünen, die wohl auch davon profitieren, dass der Bezirk von einer Anzahl zugereister Studenten bevölkert wird.

Die Bilderflut nach dem Muster vergangener Diktaturen ist Richter-Kotowski mittlerweile selbst peinlich. Die Bezirksbürgermeisterin will mit all dem nichts zu tun gehabt haben: „Ich habe keinen Einfluss auf die Auswahl der Fotos. Als Bezirksbürgermeisterin nehme ich eine Vielzahl von Repräsentationsterminen wahr." Zudem erklärte sie, es gebe wichtigere Probleme im Bezirk, „als Fotos in Broschüren nachzuzählen".

Als kleinste Fraktion ist auch die Linkspartei mit drei Abgeordneten in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten, (AfD ist mit sechs, die FDP mit fünf Mandaten präsent). Gerald Bader, örtlicher Linkspartei-Chef, schimpft: „Ich sehe diese Häufung von Fotos von Frau Richter-Kotowski als unangemessene Wahlwerbung für die CDU, bezahlt aus öffentlichen Mitteln."

Das mit der Wahlwerbung könnte sogar hinhauen. Aber war da nicht noch was? Nämlich etwas mit der Geschichte der Linkspartei?

Dass sich ausgerechnet jene Truppe, die unter ihrem Traditionsnamen SED dem Personenkult in Deutschland aufs Übelste gehuldigt hat, nun am lautesten aufregt, hat doch einen ziemlich faden Beigeschmack. Wie sagte der berüchtigte Chefkommentator des DDR-Fernsehens, Genosse Karl-Eduard von Schnitzler, ausnahmsweise mal ganz richtig: „Erst fest an die eigene Nase fassen, bevor man woanders reinredet."

Gefängnissen fehlt Personal

Berlins JVA haben jahrelang zu wenig Beamte ausgebildet

Berlins Gefängnisse ächzen unter Personalnot. Laut Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) sind 200 Stellen in den Justizvollzugsanstalten (JVA) der Hauptstadt derzeit unbesetzt. Besserung ist kaum in Sicht: Zum 1. März absolvierten nur 17 Anwärter ihre Abschlussprüfung und konnten den regulären Dienst aufnehmen.

Anke Stein leitet die Justizvollzuganstalt Berlin-Moabit. In ihrer Not wandte sie sich an die Öffentlichkeit: „Mir fehlen alleine im allgemeinen Vollzugsdienst ungefähr 50 Personen – allerdings muss ich auch sagen, dass ich derzeit 80 in Ausbildung habe, um der Altersfluktuation Herr zu werden."

Bis Ende 2019 will Behrendt die Lücken vollständig auffüllen: „Mit unserem Nachwuchs reduzieren wir Schritt für Schritt die Personalnot in den Berliner Gefängnissen. Die kontinuierliche Verstärkung mit frisch ausgebildetem Personal ist für die Berliner Justizvollzugsanstalten sehr wichtig. Daher freue ich mich, dass die neuen Kolleginnen und Kollegen die Anstalten ab morgen tatkräftig unterstützen werden."

Hintergrund der Misere ist, dass in Berlin jahrelang zu wenig Nachwuchsbeamte ausgebildet wurden. Stein: „Wir haben erst vor einiger Zeit wieder angefangen mit der Ausbildung. Das Land Berlin fand es nicht nötig, im Justizvollzug auszubilden." Auf Messen und Veranstaltungen wirbt die Justizbehörde daher nun um Nachwuchsbewerber.

> Spektakuläre Ausbrüche auch Folge von Überlastung

Die Unterbesetzung führt zur Überlastung der Bediensteten, die wiederum eine hohe Krankheitsquote von bis zu 20 Prozent nach sich zieht. Udo Helmetag, ein Vollzugdienstleiter: „Wir haben Arbeitsverdichtung. Und die führt zu Unwohlsein bei den Bediensteten. Das müssen wir alles auffangen." Personalfehlstände sind offenbar auch ein Grund dafür, dass es in Berlin immer wieder zu spektakulären Häftlingsausbrüchen kommt. Während der Justizsenator glaubt, dass es ab 2019 keine Personalprobleme mehr in den Anstalten geben werde, teilt die zuständige Gewerkschaft diesen Optimismus nicht.

Öffentliche Aufmerksamkeit erfahren die Zustände in den JVA meist nur bei Ausbrüchen, und genau das wiederum bringt dann den Berliner Justizsenator ins Rampenlicht der Berichterstattung. Als im Februar 2018 einige Häftlinge aus Berliner Gefängnissen ausbrachen, waren dort statt der etatmäßig vorgesehenen 400 Wachleute nur 310 im Dienst.

Frank Bücker

Wansner will Flagge zeigen

CDU-Politiker plant Präsenz am Rande der linken »1.-Mai-Demo«

Im vergangenen Jahr hatte Kurt Wansner darauf verzichtet, mit seiner CDU Friedrichshain-Kreuzberg am 1. Mai Präsenz zu zeigen. Diesmal will er eine Kundgebung gegen linksradikale Gewalt am Rande des Kreuzberger „Myfestes" abhalten. Für die Zeit von 17 bis 18 Uhr hat er die Mitwirkung von 50 Teilnehmern angekündigt.

Um 18 Uhr wird vermutlich aber auch die „Revolutionäre 1.-Mai-Demo" (2017 mit 8000 Teilnehmern) am Kreuzberger Oranienplatz beginnen. Ob Wansners Kundgebung von der Ordnungsbehörde überhaupt genehmigt wird, ist noch ungewiss. Schon einige Stunden früher beginnt auf dem Mariannenplatz wieder ein Fest der Linkspartei.

Aus dem linksextremen Spektrum heißt es, dass man das „Myfest" stören wolle, es sei ein „Fest für Yuppies". Bezirksbürgermeisterin Monika Hermann (Grüne) zeigte sich „überrascht" von den linksextremen Plänen. Im linksextremen Umfeld gibt man sich vordergründig belustigt über Wansners Aktion. Dabei hat sie erheblichen Symbolcharakter. Vor einigen Jahren kommentierte der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux die Aktivitäten des CDU-Politikers: „Wansner will wohl als Märtyrer sterben."

> Linksextreme ignorieren straflos das Gesetz

Tatsächlich könnte der Umgang mit dem Kreuzberger Abgeordneten am 1. Mai dem normalen Bürger demonstrieren, wie der rot-rot-grüne Senat es mit dem Rechtsstaat hält. Wansner: „Wir wollen dagegen protestieren, dass die linksradikale Gewalt weiter zunimmt und der Senat das nicht zur Kenntnis nimmt." Der Senat sei nicht willens, „diese Mordanschläge und den Terror gegen Hauseigentümer und Gewerbetreibende zu stoppen." In der Vergangenheit war es immer wieder zu Anschlägen gegen Wansners Kreuzberger Bürgerbüro gekommen.

Die Polizei ist besorgt wegen dessen Vorhaben. Man werde mit Wansner sprechen, um ihm einen anderen Standort für seine Kundgebung vorzuschlagen. Ordnungsbehörde und Polizei dulden die „Revolutionäre 1. Mai-Demo", ohne dass sie angemeldet werden muss. Die Linksextremen fühlen sich durch die staatliche Untätigkeit bestätigt: „Wir stehen in keinem Kontakt zur Polizei."

Zur Demo kommen weitere linksextreme Veranstaltungen hnzu, die bisher nur teilweise angemeldet wurden. Um die Stadt vor linken Übergriffen zu sichern, werden wie in den Jahren zuvor wieder mehrere tausend Polizisten – auch aus anderen Bundesländern – aufgeboten.

F.B.

MELDUNGEN

Pornografie in Saudi-Arabien

Riad – Die staatliche saudische Kommission für Kommunikations- und Informationstechnologie hat erstmals ihr Wirken im Kampf gegen Pornografie vorgestellt. Es sei ihr in den letzten zwei Jahren gelungen, über eine halbe Million einschlägiger Internetseiten aufzuspüren und für das Land zu sperren. Solche Netzangebote stammten nicht nur aus dem Ausland, sondern würden in einer jährlich dreistelligen Zahl auch im Königreich selbst hergestellt. So konnten im vergangenen Jahr von der Behörde 26 Urhebergruppen ausfindig gemacht und vor Gericht gebracht werden. Überführten Tätern drohen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren sowie Geldstrafen von bis zu 700 000 Euro. *T.W.W.*

Heimlicher Nato-Anwärter

Brüssel – Die Nato hat ohne weitere Erklärung auf ihrer Netzseite den Status der Ukraine auf „Mitgliedschaftsanwärter“ geändert. Einen formalen Beschluss hierfür gibt es nicht, und dieser wäre auch rechtlich problematisch: Das zerfallene Land befindet sich zurzeit in kriegerischen Auseinandersetzungen und ist allein daher formal nicht berechtigt, Nato-Mitglied zu werden. Zudem hat Ungarn ein Veto gegen weitere Mitgliedschaftsverhandlungen ausgesprochen, solange die geplante Zwangsassimilierung der ethnischen Minderheiten nicht vom Tisch ist. Dennoch wird die Ukraine jetzt als auf einer Ebene mit Bosnien-Herzegowina und Makedonien stehend geführt. Beide müssen noch Reformen durchführen und andere Voraussetzungen erfüllen, um in die Allianz aufgenommen werden zu können. Eine Liste der Beitrittsvoraussetzungen für die Ukraine wurde noch nicht erstellt, dürfte aber nach Maßgabe der Nato-Statuten eine erhebliche Länge aufweisen. *T.W.W.*

Wirklich ein »Genozid«?

Berichte über Mordserie an weißen Farmern in Afrika halten Überprüfung nicht stand

Seit einiger Zeit wird in den Medien – auch in dieser Zeitung – über sich häufende Morde an weißen Farmern in Südafrika berichtet, wobei die Zahlen zuletzt zwischen 400 und 4000 schwankten. Der *PAZ*-Autor Wolfgang Reith hält sich seit Jahrzehnten regelmäßig für längere Zeit in Südafrika auf. Als profunder Kenner der im Land herrschenden Verhältnisse relativiert er diese Berichterstattung.

Ende März reagierte der australische Innenminister Peter Dutton auf diese Berichte, indem er weißen südafrikanischen Farmern, die vom Genozid bedroht seien, anbot, in sein Land überzusiedeln. Im Kabinett machte er sich dafür stark, weißen südafrikanischen Farmern, die unter „schrecklichen Umständen“ in ihrer Heimat zu leiden hätten, möglichst unbürokratisch Visa auszustellen, um nach Australien einreisen zu können, da sie der dringenden Hilfe „eines zivilisierten Landes wie des unsrigen“ bedürften. Südafrika reagierte prompt, indem es mitteilen ließ, es gebe keinen Grund zu der Annahme, dass ein Teil seiner Einwohner ernsthaft durch die eigene demokratisch legitimierte Regierung einer Gefährdung ausgesetzt sei. Befeuert wurde die Thematik dann noch dadurch, dass das südafrikanische Parlament kürzlich eine Landreform beschloss, in deren Rahmen es auch – die Betonung liegt auf auch – Enteignungen von Land ohne Entschädigungen („expropriatation of land without compensation“) geben werde. Doch was ist nun wirklich dran an den vielen Meldungen?

Der angesehene südafrikanische Journalist Peter Bruce ging der Sache nach und kam dabei zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Er griff zunächst die Meldung von Ian Cameron auf, dem Vorsitzenden der Abteilung für kommunale Sicherheit bei AfriForum, einer Bürgerrechtsbewegung, die sich als Interessenvertretung der Weißen in einem von Schwarzen regierten Südafrika versteht, wonach es im ersten Quartal 2018 wieder 109 Angriffe auf Farmen gegeben habe, bei denen 15 Menschen ums Leben gekommen seien. Bruce wollte nun wissen, wo die überfallenen Farmen lagen, um welche Art von Farmen es sich gehandelt hat und wie alt die getöteten Farmer waren. Statt konkreter Antworten musste er sich jedoch Beschimpfungen anhören, wobei ihm unterstellt wurde, er wolle das Problem verharmlosen. Bruce konfrontierte sein Gegenüber dann damit, dass er Bilder von angegriffenen älteren Weißen gesehen habe, und fragte, ob es sich dabei tatsächlich um noch tätige Farmer gehandelt habe. Auch hierauf erhielt er keine Antworten, ebenso wenig konnte man ihm Auskunft geben, als er ihm vorliegende unterschiedliche Zahlen präsentierte. Schließlich fragte Bruce bei Africa Check an, einer überparteilichen Organisation zur Überprüfung der Fakten in Nachrichten über Afrika mit Sitz an der Universität Johannesburg, ob die Zahl der Farmermorde signifikant höher liege als die allgemeine Mordrate. Zunächst blieb auch diese Frage unbeantwortet, dann teilte ihm Kate Wilkinson, Mitarbeiterin bei der Organisation, mit, sie verfüge über Zahlen aus dem vergangenen Jahr, die von der Partei Freedom Front Plus, die sich fast ausschließlich aus weißen afrikaanssprachigen Südafrikanern zusammensetzt, erstellt wurden. Danach habe es statistisch gesehen auf 100 000 Personen 133 Farmermorde gegeben, wohingegen im nationalen Durchschnitt nur 33 Morde auf 100 000 Einwohner kämen. Ein Parlamentsabgeordneter wiederum sprach von 97 Morden landesweit, bezogen auf 100 000 Personen, wobei eben der Tatbestand „Farmermorde“ nicht gesondert ausgewiesen wird.



Landwirtschaft als Rückgrat: Weißer Farmer bei der Traubenernte *Bild: Mauritius*

Schließlich erfuhr Bruce, dass zwischen 1994 und März 2012 in Südafrika insgesamt 361 015 Morde geschahen, davon 1544 an Farmen, wobei in diese Zahl sowohl die Farmer selbst als auch deren Familienangehörige sowie (schwarze) Farmarbeiter eingerechnet wurden. Außerdem stellte sich heraus, dass unter dem Begriff „Farm“ sowohl ein etwa 5000 Hektar großer produktiver Betrieb fiel als auch der etwas größere Gemüsegarten zur Selbstversorgung hinter dem Haus einer Familie. Bruce kam daher zu dem Schluss, dass die Häufigkeit der Farmermorde nicht höher anzusetzen sei als allgemeine Tötungsdelikte in den von Schwarzen bewohnten Vorstadt-Siedlungen oder in der für Gewaltkriminalität bekannten Innenstadt von Johannesburg. Für eine seriöse Untersuchung beispielsweise durch eine juristische Kommission wäre eine Zusammenstellung aller unnatürlichen Todesfälle auf jeder Farm des Landes im Verlauf der vergangenen zehn Jahre nötig.

Im Widerspruch zur Berichterstattung über einen Genozid an den weißen südafrikanischen Farmern steht zudem die Tatsache, dass sich die Agrarproduktion des Landes seit 1994 geradezu explosionsartig vermehrte. Lag der Wert der landwirtschaftlich produzierten Güter damals noch bei 28 Milliarden Rand, so steigerte er sich nach den Worten der Wirtschaftsexpertin Wandile Sihlobo zuletzt auf 246 Milliarden Rand. Berücksichtigt man die Inflationsrate während des Zeitraums, so hat sich der Wert immer noch mehr als verdoppelt. Wären aber in all den Jahren hunderte oder gar tausende Farmer ermordet worden, hätte dieses Ergebnis wohl kaum zustande kommen können, denn die Farmwirtschaft liegt nach wie vor weitgehend in den Händen weißer Südafrikaner. Sie bildet geradezu deren Rückgrat und liegt heute bei immerhin 75 Prozent gegenüber 85 Prozent im Jahre 1994.

Das Angebot des australischen Innenministers Dutton ist daher in Südafrika sehr zwiespältig aufgenommen worden. Tatsächlich haben seit 1994 mehrere tausend weiße Südafrikaner ihr Land verlassen, weil sie keine Zukunftsperspektive mehr sahen – die meisten ausgerechnet aus der eher liberalen englischsprachigen Bevölkerungsgruppe, die aber plötzlich doch nicht mehr in einem von Schwarzen regierten Staat leben wollten. Viele wanderten nach Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland aus, aber die wenigsten unter ihnen waren Farmer. Doch gerade aus Australien sind in den letzten Jahren auch wieder etliche Südafrikaner in ihre Heimat zurückgekehrt. Zum Teil kamen sie mit der dortigen Mentalität nicht zurecht, zum Teil lockte das Land am Kap aber auch mit lukrativen Angeboten zur Rückkehr, wenn es sich um Fachkräfte handelte, deren qualifizierte Tätigkeit nach 1994 plötzlich fehlte und nicht so schnell durch Schwarze ersetzt werden konnte.

Bleibt noch die Frage nach dem kürzlich gefassten Parlamentsbeschluss, Land, das Weißen gehört, in Zukunft auch ohne Entschädigung zu enteignen. Tatsächlich war dies nur eine Absichtserklärung, und bisher fehlen Ausführungsbestimmungen dazu. Es ist fraglich, ob sie vor den Wahlen im Jahr 2019 überhaupt noch erfolgen, denn in der Regierungspartei ANC gibt es zu viele Pragmatiker, die genau wissen, was eine solche Praxis bewirken würde. Auch der neue Präsident Cyril Ramaphosa hat vor voreiligen Schritten gewarnt, und so wird man abwarten müssen, ob letztlich alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde.

Wolfgang Reith

Alles falsch

Nordkorea manipuliert Daten und Fakten über die Herrscherfamilie

Am vergangenen Sonntag haben sich Nordkorea und sein Diktator Kim Jong-un wieder einmal selbst gefeiert. Denn dieser Tag ist der Geburtstag Kim Il-sungs (1912–1994), des Gründers Demokratischen Volksrepublik Korea, der mit großen Militärparaden und neuesten Raketenwaffen gefeiert wird.

Kaum einer der Teilnehmer dürfte auch nur ahnen, dass dessen wahrer Namen Kim Song-chu lautet und er sich des Namens des koreanischen Nationalhelden bediente, der im Untergrundkampf gegen die Japaner eine führende Rolle spielte. Die Behauptung, seine Eltern seien arme Bauern gewesen, dürfte kaum wahr sein: Sie hätten nie das Geld gehabt für seinen Besuch einer höheren Schule. Er gilt als Gründer der kommunistischen Partei der Arbeit Koreas, während ältere Bücher deren Gründungsjahr mit 1924 angeben, was angesichts von deren weiteren Entwicklung durchaus glaubhaft erscheint.

Kims erste Ehefrau wurde kürzlich zu ihrem angeblichen 100. Geburtstag durch einen besonderen Aufdruck auf einem Geldschein mit den Worten „Genossin Kim Jong-suk, Heldin des antijapanischen Kampfes“ geehrt. Tatsächlich kämpfte sie nicht „heldenhaft an vorderster Front“, sondern arbeitete als Küchenhilfe für die Guerilla-Trupps. In ihrer offiziellen Biografie wird ihr Tod überhaupt nicht erwähnt, nach damaligen Gerüchten unter hohen Funktionären in Pjöngjang wurde sie von ihrem Mann Kim Il-sung erschossen.

Dessen Nachfolger war sein Sohn Kim Jong-il, der in einem russischen Dorf unter dem Namen Jury Irsenowitsch Kim angeblich am 16. Februar 1942 geboren wurde. Korea-Experten glauben aufgrund mehrerer Indizien, er sei bereits ein Jahr zuvor auf die Welt gekommen. Die offizielle Mär verlegt den Ort an den heiligen Berg Paektu in Korea und will wissen, bei seiner Geburt habe sich am Himmel ein bunter Regenbogen gebildet, der ihm selber die Führung Koreas angekündigt und seinem Volk Glück und Wohlstand versprochen habe. Von 1950 bis 1960 soll er an einer nordkoreanischen Universität studiert haben, was angesichts des damaligen blutigen Bürgerkrieges unwahrscheinlich ist. Vielmehr dürfte er jene Jahre im sicheren China verbracht haben. Die Behauptung, er habe sich in der DDR für Neuerungen interessiert, ist dort bis heute unbekannt geblieben. Sein Tod sei am 17. Dezember 2011 auf einer Bahnfahrt zu einem landwirtschaftlichen Kollektiv eingetreten, heißt es von offizieller Stelle. Nach Aufnahmen von Satelliten hingegen gab es an jenem Tage keine einzige Zugfahrt von seinem Hause aus. Also muss sein Tod einen Tag zuvor erfolgt sein oder an jenem Tage zu Hause.

> Nicht einmal die Geburtsdaten stimmen

Sein Nachfolger Kim Jong-un hat am 8. Januar Geburtstag – in welchem Jahr genau, ist unbekannt. Trotz allen Götzenkults gibt es heute in Nordkorea keine Biografie über ihn. Neu ist die von zwei Spionagediensten bestätigte Information, welche das Bild von die Kim-Dynastie abrundet: Während Kim Jong-il und Kim Jong-un stets beteuerten, „unser heiliges sozialistisches Vaterland bis zum letzten Blutstropfen verteidigen zu wollen“, besorgten sie sich 1996 angesichts ihrer Sorge vor einem Volksaufstand in ihrem Lande und der dann für sie notwendigen Flucht von der brasilianischen Botschaft in Prag echte Pässe. Der Vater hieß danach Choi I-tong, während Kim Jong-un nunmehr den Namen Josef Pwas trug. Auf die Frage, wie die Fotokopien davon in den Westen kamen, erhält man verständlicherweise nirgendwo eine Antwort. *F.-W. Schlomann*

Ukraine will Blauhelme

Petro Poroschenko auf Überzeugungsmission in Berlin

Eine Blauhelmmission entlang der russisch-ukrainischen Grenze, die Garantie für den Fortbestand der ukrainischen Transitpipeline bei Umsetzung des Nord-Stream-2-Projekts sowie schärfere Sanktionen gegen Russland wie den Boykott der WM-Spiele – mit diesen Forderungen war der ukrainische Präsident Petro Poroschenko vergangene Woche nach Berlin gekommen. Die Reise fiel fast auf den vierten Jahrestag der Krim-Annexion durch Russland.

Poroschenko, der wegen Korruptionsvorwürfen im eigenen Land zusehends unter Druck gerät, rang Angela Merkel während seiner Überzeugungsmission einige Zugeständnisse ab. Bezüglich Nord Stream 2 sagte Merkel, das Projekt sei „ohne dass wir Klarheit haben, wie es mit der ukrainischen Transitrolle weitergeht, aus unserer Sicht nicht möglich“. Dabei sind die erforderlichen Genehmigungen zum Bau der Ostsee-Pipeline bereits erteilt, und es dürfte daher zu spät sein, der russischen Seite noch Bedingungen zu diktieren.

Die Kanzlerin ging mit ihrer Aussage auf den Verlust der Transitgebühren ein, welcher Kiew droht, wenn russisches Gas unter Umgehung der Ukraine in den Westen geliefert wird. Moskau hingegen hatte den Bau der Pipeline gerade mit der Absicht forciert, die Ukraine als Transitland überflüssig zu machen, da es jahrelang Streit zwischen Kiew und Moskau um Gaspreise und Transitentgelte gab. Poroschenko ging noch weiter: Er forderte vom Westen Investitionen in



Stellt Forderungen: Petro Poroschenko *Bild: Imago*

die bestehende ukrainische Gas-Transit-Pipeline.

Darüber hinaus erwartet der ukrainische Präsident, dass Berlin sich für die territoriale Integrität der Ukraine einsetzt. Seit Längerem fordert er den Einsatz einer UN-Blauhelmmission im Krisengebeit, die Moskau nicht will, weil Kiew sie entlang der Grenze zu Russland vorsieht, um Militärgüterlieferungen ins Separatistengebiet zu unterbinden. Obwohl Merkel zugeben musste, dass es bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarung keinerlei Fortschritte gibt, versicherte sie Poroschenko, Deutschland werde keine Mission unterstützen, die gegen den Willen Kiews sei. „Da braucht die Ukraine keinerlei Sorgen zu haben.“

Ganz auf Moskau kann die Kanzlerin dann doch nicht verzichten. Einen Tag vor Poroschenkos Besuch telefonierte sie mit Wladimir Putin. Anschließend teilte das Bundespresseamt mit, beide Seiten seien sich einig, dass die Minsker Vereinbarungen „zügig und vollständig umgesetzt werden müssen“.

Das könnte sich als schwierig erweisen, denn Poroschenko-Kritiker sagen ihm nicht nur nach, Teil des verbreiteten Korruptionssystems zu sein, sondern auch, mit seinen Privatunternehmen am Krieg gegen die Separatisten zu verdienen. Dmytro Drobot vom Antikorruptionszentrum in Charkiw beschuldigt den Präsidenten, reine Schaufensterpolitik gegen die grassierende Bestechlichkeit sowie die Veruntreung von Geldern zu betreiben. So sollen gar Entschädigungshilfen für Katastrophenopfer gestohlen worden sein. Nach Einschätzung europäischer Osteuropaexperten haben viele Ukrainer den Glauben daran verloren, dass die Ziele der Normandie-Vereinbarung erreicht werden können. *MRK*

Vulkanologen fordern Notfallpläne

Experten warnen vor den wirtschaftlichen Folgen des Ausbruchs eines sogenannten Supervulkans

Vulkanausbrüche bergen sehr viel größere Gefahren als der Klimawandel – sofern ein solcher überhaupt stattfindet. Dabei können sie nicht nur zu humanitären Katastrophen führen, sondern auch immense wirtschaftliche Auswirkungen haben.

Als der isländische Vulkan Eyjafjallajökull im Frühjahr 2010 geschätzte 0,14 Kubikkilometer Asche ausstieß, verursachte das einen finanziellen Schaden in Höhe von vier bis fünf Milliarden Euro. Besonders hart traf es damals Fluggesellschaften sowie die Transport- und die Tourismusbranche wegen der wochenlangen Einschränkungen des Luftverkehrs. Noch sehr viel schwerwiegender wären die Konsequenzen des Ausbruchs eines sogenannten Supervulkans mit extrem voluminöser Magmakammer, der eine der beiden größten Stärken sieben und acht auf der Vulkanexplosivitätsindex-Skala (VEI) erreicht. Dann würden sogar mehrere hundert oder gar tausend Kubikkilometer Auswurfmaterial in die Atmosphäre geschleudert.

Eruptionen dieser Art haben bereits stattgefunden. So zum Beispiel vor rund 74 000 Jahren, als der Toba in Indonesien ausbrach und 2800 Kubikkilometer Asche freisetzte, oder im April 1815. Damals explodierte der Tambora auf der Insel Sumbawa südöstlich des Tobas. Danach verteilten sich 160 Kubikkilometer Asche rund um den Globus und trübten jahrelang den Himmel. Das führte zu weltweiten Schäden in der Landwirtschaft sowie Hungersnöten mit unzähligen Toten.

Ein solches Ereignis kann sich jederzeit wiederholen. Denn es gibt diverse Supervulkane, die momentan beunruhigende Aktivitäten zeigen. Die meisten davon liegen in Indonesien und Japan sowie auf den Philippinen, 13 davon aber auch in Europa oder dessen unmittelbarer Nachbarschaft. Dazu zählen unter anderem die Phlegräischen Felder bei Neapel sowie der Vulkan im griechischen Archipel Santorin, unter dem sich seit 2011 geschätzte 20 Millionen Kubikmeter heißes Magma zusammengeballt haben. Das führte bereits zur spürbaren Aufwölbung der touristisch hochfrequentierten Hauptinsel Thera und gemahnt an die Große Minoische Eruption des Vulkans um 1650 v. Chr., die eine Stärke von knapp sieben auf der VEI-Skala erreichte.

Sollte einer dieser feuerspeienden Berge ausbrechen, dann sähe das Szenario heute höchstwahrscheinlich so aus: Die in die Hochatmosphäre katapultierte Asche würde für deutlich kühlere Temperaturen und damit verbreitet für Missernten sorgen. Folge dieses ein- oder gar mehrjährigen „vulkanischen Winters“ wären dramatische Versorgungsengpässe, Hamsterkäufe, Unruhen, Anarchie und vielleicht sogar Bürgerkriege sowie Flüchtlingsströme. Ebenso könnte das Auswurfmaterial aber auch zu Boden sinken und auch dadurch die Landwirtschaft beeinträchtigen. Immerhin vernichtet bereits eine Ascheschicht von nur wenigen Millimetern jede Ernte. Darüber hinaus käme natürlich die Stromerzeugung mittels Solarzellen zum Erliegen.

Außerdem dürfte das dann auch mit Asche bedeckte Oberflächenwasser nicht mehr zur Trinkwasserherstellung benutzt werden, womit weitere Probleme programmiert wären. Gleichfalls müssten die Kraftwerke dort, wo es Asche regnet, abgeschaltet werden, weil es an brauchbarem Kühlwasser fehlt. Das würde den Energiesektor noch härter treffen.

Die schwerwiegendsten Folgen hätte der Ausbruch eines Supervulkans allerdings im Bereich der Luftfahrt. Denn jetzt könnte es im Gegensatz zu 2010 passieren, dass der komplette Passagier- und Frachtflugverkehr zum Erliegen kommt – mit allen Konsequenzen für die ausgefeilte Logistik in unserer modernen Welt. Auch wäre dann ein Ausfall des Globalen Positionsbestimmungssystems (GPS) zu erwarten, mit dessen Hilfe sich Millionen von Fahrzeugführern an Land und zu Wasser orientieren. Die Sendeleistung der GPS-Satelliten würde vermutlich nicht ausreichen, um die Aschewolken zu durchdringen.

Angesichts dieser gravierenden Folgen eines großen Ausbruchs fordern nun Experten wie der renommierte Vulkanologe Christopher Newhall, der die VEI-Skala schuf, Regierungen, Wirtschaftsunternehmen und Hilfsorganisationen auf, umgehend konkrete Notfallpläne zu entwickeln. Sonst könnte sich das Szenario von vor 74 000 Jahren wiederholen. Zwar gab es zur Zeit des Toba-Ausbruchs noch keine störanfällige Infrastruktur beziehungsweise Ökonomie, doch stand die Menschheit damals trotzdem kurz vor dem Aussterben. Den plötzlichen Abfall der globalen Durchschnittstemperatur um mehr als drei Grad überlebten nach Meinung vieler Prähistoriker nur wenige Tausend Vertreter unserer Spezies.

Wolfgang Kaufmann



Könnte nur einen Vorgeschmack geboten haben: Der Ausbruch des isländischen Eyjafjallajökull im Jahre 2010 Bild: Imago

MELDUNGEN

Chinesische Digitalwährung

Peking – China will seine eigene Digitalwährung einführen. Erst vor Kurzem hatte das Land den Handel mit den hier beliebten Bitcoins unterbunden und Neuemissionen ähnlicher Produkte einen Riegel vorgeschoben. Wohl vor allem aus Werbungsgründen wird das neue Zahlungsmittel wie seine ehemaligen Konkurrenzprodukte ebenfalls auf einer Blockchain-Technologie beruhen. Offiziell soll es die Aufdeckung von Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung erleichtern sowie die Kosten der Bargeldherstellung begrenzen, tatsächlich aber will die KP sicher nicht zuletzt den allgemeinen Geldabfluss ins Ausland besser im Blick behalten. *T.W.W.*



Beamte in der Privatwirtschaft

Berlin – Seit Anfang 2004 haben 51 Beamte aus Bundesministerien oder Bundesbehörden einen Einsatz beziehungsweise eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft im Rahmen einer Zuweisung aufgenommen. Weiteren 41 Beamten aus Bundesministerien oder Bun-desbehörden wurde im gleichen Zeitraum Sonderurlaub gewährt, damit sie eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft ausüben konnten. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.964.331.921.570 €
Vorwoche: 1.964.379.455.597 €

Verschuldung pro Kopf:
23.724 €
Vorwoche: 23.724 €

(Dienstag, 17. April 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ächzen unter Sanktionen

US-Strafen gegen russische Unternehmer treffen erneut Europäer

Mit den kürzlich verhängten schärferen Sanktionen gegen Russland haben die USA scheinbar einen Punktsieg gelandet: Innerhalb eines einzigen Tages stürzten an der Moskauer Börse die Aktienkurse ins Bodenlose, der Rubel verlor fünf Prozent gegenüber dem US-Dollar. Die Aktien des strategisch wichtigen Aluminiumkonzerns Rusal verloren 50 Prozent. Dem Oligarchen Oleg Deripaska, dessen international vernetzte Firmen Basic Element und En+ neben Rusal ebenfalls von den Sanktionen betroffen sind, werden gute Beziehungen zum Kreml nachgesagt. Weil Donald Trumps Wahlkampfmanager Paul Manafort auf seiner Gehaltsliste stand, geriet Deripaska unter Verdacht, an der unterstellten Manipulation der US-Wahlen 2016 beteiligt gewesen zu sein.

Rusal hat rund 60 000 Mitarbeiter, generiert zehn Milliarden US-Dollar Umsatz jährlich, 14 Prozent davon in den USA. Deripaskas Unternehmen sind international ausgerichtet. Seit 2017 hat er einen zyprischen Pass und ist damit auch EU-Bürger. Er hält Anteile an der österreichischen Baufirma Strabag, deren Aktien mit drei Prozent in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Da auch westliche Firmen, die Transaktionen mit den betroffenen Russen tätigen, mit Strafen belegt werden, sind neben österreichischen und Schweizer auch deutsche Unternehmen von den Sanktionsfolgen betroffen, wie VW und Daimler, die Werke in Russland unterhalten.



Oleg Deripaska Bild: Imago

Rusal ist der zweitgrößte Aluminiumhersteller weltweit. Die Sanktionen sorgten bereits kurzfristig für einen Preisanstieg des Rohstoffs von 1,6 Prozent. Steigende Aluminium-Preise könnten nicht nur das Geschäft von Airbus trüben, sondern auch die europäische Lebensmittelindustrie könnte betroffen sein, da Aluminium dort große Verwendung findet.

Besonders hart trafen die Sanktionen das Wiener Bankhaus Raiffeisen, dessen Aktien international 14 Prozent verloren. Für die Raiffeisenbank ist das Russlandgeschäft der Hauptertragsbringer. Die Bank zählt zu den größten Kreditgebern in Osteuropa. Raiffeisen zog den gesamten Markt nach unten. In der Schweiz verzeichnete der Industriekonzern Sulzer ein Minus von 16 Prozent, in Deutschland traf es den Handelskonzern Metro mit 2,2 Prozent.

Die russische Regierung sieht in den Maßnahmen den Versuch der US-Regierung, „Konkurrenten am Weltmarkt zu eliminieren“, da Trump sich in seinem Wahlkampf dem Schutz der amerikanischen Metallbranche verschrieben hatte.

Statt Putin zu schaden, dürften ihm die erneuten Sanktionen innenpolitisch nützen: Seit Längerem versucht Russland, das Auslandskapital der Oligarchen ins Land zurückzuholen. Als Akutmaßnahme bot die Regierung nun Steuer-Oasen für Oligarchen an. Eine davon soll auf der Insel Lomse in Königsberg und eine in Wladiwostok entstehen. Dort müssen die Firmen nur auf die in Russland erwirtschafteten Gewinne Steuern zahlen, nicht jedoch für die Einnahmen aus dem Ausland.

Manuela Rosenthal-Kappi

Riesenspiegel von Schott

Die Europäische Südsternwarte bekommt ein neues Observatorium

Auch im Zeitalter der Weltraum-Teleskope sind Teleskope auf der Erde für die Astronomie unverzichtbar. Im chilenischen Atacama-Hochland befindet sich eine der größten von diesen. Die Anlage wird von der Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre betrieben, der 16 überwiegend europäische Staaten angehören.

Für die dortige Europäische Südsternwarte (ESO) wird nun ein neues Observatorium gebaut. Und das optische Hauptinstrument kommt aus Deutschland. Es soll Astronomen noch bessere Bilder von fernen Sternen, deren Planeten, weit entfernten Galaxien und von den Grenzen unseres Universums liefern. Die wichtigsten Komponenten liefert seit Anfang des Jahres die Mainzer Firma Schott. Einer ihrer Geschäftsbereiche ist die Produktion von Glaskeramik für optische Instrumente, die in der Luft- und Raumfahrt, aber auch in der Astronomie verwendet werden. Das Unternehmen produziert die Spezialspiegel für das neue Teleskop.

Dessen Hauptspiegel ist mit 39 Metern der größte seiner Art. Er besteht aus 789 sechseckigen Segmenten, die einzeln steuerbar sind. Jedes hat einen Durchmesser von 1,4 Metern und eine Dicke von ungefähr einem halben Dezimeter. Schott stellt die Spiegelsegmente aus Zerodur her, einem Keramikwerkstoff, der bereits seit den 1960er Jahren in der Astronomie verwendet wird. „Der Guss der Spiegelsubstrate für den M1 ist für die ESO ein Meilenstein im Projektplan. Der Hauptspiegel des ELT wird künftig das größte Auge der Menschheit sein und es uns ermöglichen, in noch nie zuvor erreichte Tiefen des Alls vorzudringen“, erläuterte Marc Cayrel vom ELT-Projektteam der Europäischen Südsternwarte. ELT steht für Extremely Large Telescope, ein im Bau befindliches optisches Teleskop der nächsten Generation für die ESO. Für die Fertigung der M1-Segmente hat Schott spezielle Gussformen entwickelt. „Der Glaseinsatzfaktor wird möglichst gering sein, sodass wir sehr effizient arbeiten können“, sagte Thomas Westerhoff, der bei Schott für Zerodur zuständige Director Strategic Marketing. Das Extremely Large Telescope soll 2024 fertiggestellt sein.

> Das größte Spiegelteleskop der Welt

Moderne Teleskope sind in der Regel Spiegelteleskope. Man sieht also nicht direkt hindurch wie durch den klassischen Feldstecher. Stattdessen sammelt ein Hohlspiegel, der sogenannte Primärspiegel, das Licht und bündelt es in einen wesentlich kleineren Spiegel. Dieser Sekundärspiegel sitzt im Brennpunkt des Hohlspiegels und liefert das eigentliche Bild. Entweder wird das Bild dann durch eine Optik geführt und ist für Beobachter sichtbar, oder an dieser Stelle sind optische Sensoren installiert, die das Bild aufzeichnen.

Aber das ELT wird gleich aus fünf Spiegeln bestehen – dem Haupt- oder Primärspiegel M1 von 39 Metern Durchmesser, einem Konvexspiegel von 4,2 Metern Durchmesser, einem Konkavspiegel mit 3,8 Metern Durchmesser sowie einem 2,4 Meter großen adaptiven Spiegel. Der dritte Spiegel gibt dem Teleskop ein größeres Sichtfeld als es das herkömmliche System aus Primär- und Sekundärspiegel könnte. Vom dritten Spiegel aus wandert das Licht dann in die beiden anderen Spiegel. Erst hier, am Schluss des Weges, zeichnen Spezialkameras das Bild auf. Das fertige Extremely Large Telescope wird zehn Millionen Mal so viel Licht einfangen können wie das menschliche Auge.

Friedrich List

Erpressung

Von Eberhard Hamer

Am 10. April war der ukrainische Machthaber Petro Poroschenko bei Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Forderung, den Bau der Pipeline North Stream 2 durch die Ostsee von Russland nach Deutschand zu stoppen. Diese würde „die Transitrolle der Ukraine für russisches Erdgas sowie die Einnahmen der Ukraine für dessen Gastransit und die strategische Position der Ukraine verändern“.

Tatsächlich soll die nicht mehr durch fremdes Hoheitsgebiet, sondern durch die Ostsee führende Leitung die Unabhängigkeit der Gaslieferungen von Russland nach Deutschland sichern, damit nicht die Ukraine die Möglichkeit hat, diese Gaslieferungen zu unterbinden, dass sie nicht den Durchleitungspreis auf Kosten Deutschlands diktieren, dass sie nicht ständig illegal die Gasleitung anzapfen könnte und dass Russland ebenso wie Deutschland für ihre lebenswichtigen Gaslieferungen aus der Abhängigkeit von der Ukraine befreit würden.

Poroschenko kann sich auf die EU-Kommission stützen, die aus Russland-Hass ebenfalls die North Stream 2 Pipeline bekämpft, weil sie sich die Ukraine als einziges Gastransitland und damit Faustpfand gegen Russland erhalten will. Und sogar die USA haben Sanktionen beschlossen gegen alle Firmen, die an der North Stream 2 beteiligt sind. Sie sind gegen den Bau dieser Gasversorgung, weil sie selbst im eigenen Land ein Überangebot an Gas haben, das sie verflüssigt in Europa und vor allem nach Deutschland (Cuxhaven) absetzen wollen.

Zum Glück ist Altkanzler Gerhard Schröder im Aufsichtsrat von North Stream 2 und hat innenpolitisch den Kampf gegen diese eigentlich für Deutschland unverzichtbare Gasversorgung bisher beruhigt. Ob er aber dem außenpolitischen Druck von Washington, Brüssel, der Ukraine und der westlichen Öl- und Gasindustrie auf Dauer widerstehen kann, entscheidet sich letztlich in Berlin.

Wie immer knickt Merkel auch in dieser Frage bereits teilweise ein. Sie hat Poroschenko zugesichert, „dass ein Projekt North Stream 2, ohne dass wir eine Klarheit haben, wie es mit der ukrainischen Transitrolle weitergeht, aus unserer Sicht nicht möglich ist“. Sie ist also zum Stopp der für unsere Wirtschaft überlebenswichtigen Gassicherheit bereit, wenn sie dadurch die derzeitige Erpressungssituation der Ukraine aufrechterhalten kann. Gerade diese Erpressung der Ukraine zu verhindern, ist der Sinn der teuren neuen Gasleitung North Stream 2.

Merkel, die den deutschen Mittelstand schon für alle Zockerbanken und Schuldenstaaten Europas in Mithaftung getrieben hat, die nun auf Befehl Macrons auch deutsche Direktzahlungen (Finanzunion) für die europäischen Pleiteländer freimacht, die Millionen von der Türkei in nordwärts getriebene Zuwanderer aufgenommen hat und die nächtlich afrikanische Sozialeinwanderer nach Deutschland einfliegen lässt, ist auch bereit, ihre Wähler mit dem Ukraine-Risiko der russischen Gasversorgung und dessen Ersatz durch das teurere amerikanische Flüssiggas zu schädigen. Die Bundesregierung traut sich schon wieder nicht, der Order der USA zu widerstehen.

Gabriel beklagt Bürgerferne

Von Hermann Paul Winter

Im „Tagesspiegel“ beklagt Sigmar Gabriel völlig zu Recht die Bürgerferne der heutigen Politik. Dabei könnte man den Eindruck bekommen, er selbst hätte nie politische Verantwortung getragen. Gabriel saß acht Jahre auf der Regierungsbank und war einer der Hauptakteure, welche die Spaltung unserer Gesellschaft und die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern betrieben. In der Enttäuschung über seinen politischen Abstieg prangert er nun Missstände an, an deren Beseitigung er hätte mitwirken müssen.

Nach Merkels Linksruck seit 2005 sahen sich viele Wähler durch die falschen Entscheidungen in der Europolitik, der Bildungs-, Familien- und Energiepolitik nicht mehr repräsentiert. Sie erlebten ohnmächtig, wie die Politik sich immer weiter von ihnen entfernte. Sogar in der politischen Debatte fehlte jegliches bürgerliche Korrektiv. Dramatischer Höhepunkt war schließlich die fatale „Flüchtlingspolitik“ seit 2015, die das Fass zum Überlaufen brachte.

Folgerichtig wurde die AfD immer stärker, bot sie doch als einzige Partei eine Opposition gegen den links-grünen Allparteienblock. Die selbsternannten „Volksparteien“ griffen zu einer obskuren Abwehrstrategie: Statt sich mit der Politik der Konkurrenz auseinanderzusetzen, führten sie ihren plumpen und pathologischen „Kampf gegen rechts“ gegen die AfD – und damit gegen Millionen von Wählern, die sie damit ausgrenzten, diffamierten und stigmatisierten. Dieses böse Agieren trug ganz wesentlich zur heute beklagten Entfremdung bei.

> Dabei hat er das Feindbild »Bürger« selbst etabliert

Gabriel war hierbei stets wortführend. Schon 2013 verunglimpfte er europäische EU-Kritiker als Rechtspopulisten. Dass der Begriff „Populismus“ – wie immer man ihn definieren mag – per se ein Hinweis auf die Distanz zwischen Elite und Volk, also auf fehlende Bürgernähe ist, hat er offenbar nicht kapiert.

Auch sonst zeigte Gabriel mit proletenhaften Äußerungen gerne, was er von den Bürgern hält: Mal sind sie für ihn „Pack“, mal zeigte er Protestierenden den Stinkefinger.

2016 verstieg Gabriel sich zu der Behauptung, AfD-Mitglieder seien wie „Nazis“. Entlarvend und pikant seine Begründung: Diese Mitglieder würden sich wie sein Vater anhören, der überzeugter Nationalsozialist gewesen sei. Und weiter in der Hassrede des Vizekanzlers: AfD-Mitglieder würden die verklemmte Republik der 60er Jahre wiederhaben wollen und abends beim Bier alte Wehrmachtslieder singen. Nach der Wahl im September polterte er: Erstmals seit 1945 säßen nun „echte Nazis“ im Reichstag.

Mit solchen ehrverletzenden Hetztiraden hat Gabriel in der Republik ein Feindbild „Bürger“ etabliert. Heute will er sich mit seinem Wehklagen feige aus der Verantwortung stehlen. Würde er sich tatsächlich um die Spaltung der Gesellschaft sorgen, müsste er sich bei den Diffamierten entschuldigen und für immer von der öffentlichen Bühne verschwinden.



Acht Jahre saß er auf der Regierungsbank, von 2005 bis 2009 als Bundesumweltminister, von 2013 bis 2017 als Bundesminister für Wirtschaft und Energie, 2017 und 2018 als Bundesaußenminister sowie von 2013 bis 2018 sogar als Vizekanzler: Sigmar Gabriel

Bild: Imago

Frei gedacht



Der emsige Max vom Ersten

Von Eva Herman

Wie sagte es Lisa Fitz kürzlich treffend: „Den Zeitungen laufen die Leser davon, den Sendern die Zuschauer und den Parteien die Wähler.“ Fürwahr. Die Veröffentlichungen der letzten Wochen zur „Gemeinsamen Erklärung 2018“ zeigen alleine schon die akute Hilflosigkeit der Massenmedien, die jetzt einen weiteren Höhepunkt im Unbedingt-Recht-behalten-wollen gefunden hat: Die ARD-Sendung „Titel, Thesen, Temperamente“ vom 8. April ist das perfekte Beispiel.

Da steht er nun, der seit vielen Jahren der ARD ergebene Moderator Max Moor und soll über den Vorgang reden: Weit über 100 000 Menschen unterschrieben diese Erklärung, in der Kanzlerin Angela Merkel aufgefordert wird, den Rechtsbruch der weit geöffneten Grenzen Deutschlands rückgängig zu machen. Viele kennen den Ansager noch unter Dieter Moor, doch 2013 ertrug er seinen Namen plötzlich nicht mehr und benannte sich kurzerhand um. Kein Scherz. Aber egal. Jetzt heißt der Dieter eben Max, und da sehen wir ihn im Bild, öffentlich-rechtlich recht schwach beleuchtet, in hellem, feinem Hemd und rabenschwarzer Jacke. Eigentlich möchte man ihn mögen, wie er da so steht, zumal er ja auch Ökobauer gewesen sein soll. Aber das ist ja heutzutage auch nicht mehr ohne, wie wir wissen: Der NDR brachte kürzlich jene Menschen, die das Landleben und ihre traditionsreiche Kultur bevorzugen, mit völkisch-nationalistischem Gedankengut in Verbindung. Auch egal. Also, diesen Moderator möchte man eigentlich nett finden, wenn er nur nicht so ungeheuerliche Dinge in die Welt posaunen würde, völlig gedankenlos, oder eben doch vorsätzlich? Der Begriff „geistige Brandstiftung“ drängt sich auf. Max Moor leitet den ARD-Filmbeitrag über die „Gemeinsame Erklärung 2018“ mit kernigen Worten ein: Die Unterzeichner derselben seien längst nicht mehr nur – wörtlich – „Schnürstiefelträger“, die „Nationalismus, Rassismus, Herrenmenschendenken wieder aufleben lassen“. Weiter entfleucht dem emsigen Moderator die Feststellung, in der „selbstherrlich sogenannten ‚Gemeinsamen Erklärung 2018‘ meldeten sich hier nun „Intellektuelle“ zu Wort. Es lebe die Ironie? Nein, er meint es bitterernst, dieser ARD-Moderator.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Kleine Randnotiz: Der Max, der ja früher Dieter hieß, wollte übrigens 2012 auch seinen Schweizer Pass abgeben und einen deutschen beantragen, mit der persönlichen Begründung: „Schweizer haben kein Selbstbewusstsein und verfälschen permanent die Geschichte.“ Erstaunlich, was? Die Schweizer jetzt also auch? Aber, wie gesagt, das nur am Rande. Der langgediente ARD-Mann – sein letztes Buch trägt übrigens den bedeutungsvollen Titel „Flo und der Schnüffel-Büffel“, das jedoch auch nur am Rande –, er atmet tief durch, wenn er mit ausladendem Bariton über die bereits im Weltgericht verworfenen Unterzeichner der „Gemeinsamen Erklärung“ spricht: „Sie behaupten, Deutschland würde, Zitat, durch illegale Masseneinwanderung beschädigt.“ Wegwerfende Handbewegung: „Natürlich wissen diese Leute selbst: Es ist absurd!“ Oh, je. Der Moor-Mann glaubt dies wirklich, entgegen allen nachweisbaren, ziemlich unerfreulichen Fakten und Belegen. Anders könnte er sonst nicht in dieser selbstbewussten Überzeugungshaltung verharren. Aber, er muss so etwas wohl sagen, mit 60 Jahren ist es keine Selbstverständlichkeit mehr, bei der ARD einen festen Moderatorenjob zu haben – man darf schließlich auch die Verelendungsängste nicht vergessen, von denen auch immer mehr Journalisten im Alter heimgesucht werden. Und da der Dieter – damals war es noch der Dieter – einst das Diplom der Schweizer Schauspielakademie errungen hatte, fährt er ganz ernsthaft und mit theatergeübter Mimik fort: Es gehe ja hier nicht um Tatsachen, „sondern um Suggestion“. Alternative Fakten würden „einfach so lange penetrant behauptet“, bis sich immer mehr Menschen wörtlich: „bedroht fühlen – irgendwie – und nach dem starken Mann rufen, der endlich aufräumen soll“. Nach dem starken Mann? Aufräumen?

Im Klartext heißt das also, wer sich bedroht fühlt anlässlich dieser tatsächlichen Bedrohungslage in Deutschland, gehört jetzt also zu den Nazis? Die Christen und Juden etwa auch, deren Leben zum Teil bereits gefährdet ist angesichts des dazugekommenen arabischen Antisemitismus, den nun auch die „Bild“-Zeitung laut beklagt? Man muss davon ausgehen, dass dieser Herr Moor die Moderation selbst geschrieben hat, da er ja andernfalls nur ein einfacher Vorleser wäre. Davon gehe ich nicht aus. Schließlich war er in den 90er Jahren in seiner preisgekrönten Vox-Sendung „Canale Grande“ als Typ wirklich einmal witzig und schlagfertig gewesen. Aber das ist lange her, und damals war er eben auch noch der Dieter. Die Bedeutung dieses Namens passt heute wohl auch deswegen nicht mehr, denn sie lautet übersetzt: Volksgenosse. Während der Max abgeleitet wird von Maximus, also der Größte! Gut, wer es braucht ... Heute muss der Maximus vielleicht wirklich schon kämpfen um sein Rentenbrot, und das verdient man in diesem System nicht mehr durch Schlagfertigkeit, Tiefsinn und unbequeme Wahrheiten, sondern eher durch Anpassung.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Er scheint es also auch nicht gerade leicht zu haben auf seine alten Tage. Zumal es ja vielversprechende, junge Nachwuchsmoderatoren gibt, die wie in einem Haifischbecken um ihre Existenz kämpfen müssen. So wird also vielleicht eher ein Schuh draus. Als „altbewährtes Despotenrezept“ bezeichnet der Moderator den aktuellen Vergleich mit Deutschlands dunklem Geschichtskapitel dann noch, das ihm, ob seiner vielfach deutbaren Formulierung selbst offenbar einen Schauer nach dem anderen den Rücken herunterlaufen lässt. Drama, Tragödie, Schicksal! Alles dabei!

Die schauspielartige Moderation des Herrn Maximus Moor wird nicht durch hilfreiche Inhalte für den Zuschauer getragen, um ein bestimmtes Thema etwa besser zu verstehen, sondern sie wird ausschließlich zu einer Hetze übelster Art gegen Andersdenkende. Die Show wird erst zur Show durch des Mooren bühnentaugliche Mimiken und Gestiken, durch eine kühl berechnete, schwülstige Inszenierung, einschließlich pseudokünstlerisch eingesetzter Zäsuren, die mit leicht geneigtem Haupte etwas mehr hermachen – die dem dienstbeflissenen Akteur vor allem eine Weiterbeschäftigung in der Anstalt sichern dürften. Und so hetzt der Max aus der Schweiz – ach, so, mit dem deutschen Pass hat es wohl nicht geklappt, bei Wikipedia wird der Künstler auch heute noch als Schweizer geführt –, und so hetzt er sich dann halt durch die ARD-Sendung mit dem festen Vorsatz: Alle über inzwischen 100 000 Unterzeichner der „Gemeinsamen Erklärung“ müssen Rassisten, Nationalisten, müssen üble Herrenmenschen sein, denen nunmehr der Untergang im deutschen Absurdistan gewiss sein dürfte. Jedenfalls, wenn es nach ihm beziehungsweise seinem noch mächtigen ARD-Arbeitgeber geht. Wir wissen nicht, wie diese hässliche Geschichte einst ausgehen wird. Klar ist, dass ich zu keiner Zeit mit dem Dieter oder auch mit dem Maximus tauschen möchte. Diese Sendung wurde, wie bereits erwähnt, ausgestrahlt von der ARD, jenem Sender, an den Sie, liebe Zuschauer, allmonatlich zwangsweise Ihre Gebühren entrichten – müssen.

http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/videos/sendung-vom-08042018-video-108.html

Museale Wundertüten

Wenn Museen anfangen, sich mit sich selbst zu beschäftigen – Eine Ausstellung über Ausstellungen

Ausstellungen seien ein Relikt des 19. Jahrhunderts, heißt es häufig. Statt lehrmeisterhaft zu wirken, sucht man – wie beim künftigen Berliner Humboldt-Forum – neuerdings nach Konzepten, um mit den Besuchern zu interagieren. Die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden widmet dem Präsentieren von Kunstwerken im Wandel der Zeit jetzt sogar eine große Sonderausstellung.

Bei den alten Griechen war das Museion ein Tempelheiligtum, in dem den Musen als den Schutzgöttinnen der Künste geopfert wurde. Seit 200 Jahren verstehen wir unter einem Museum eine öffentlich zugängliche Sammlung, in der Kunstwerke oder andere sehenswerte Dinge zusammengetragen und einem Publikum präsentiert werden. Warum eigentlich? Und wie wird das Zeigen organisiert? Das Museum erscheint uns so selbstverständlich, dass wir diese Frage kaum mehr stellen. Wobei das erste öffentlich zugängliche Kunstmuseum dieser Art, was nur wenige wissen, nicht etwa in Paris, sondern in Kassel stand.

Nun hat sich also die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden die kulturhistorische Annäherung an eine Grundbedingung des modernen Museums vorgenommen und zeigt noch bis zum 17. Juni die Ausstellung „Ausstellen des Ausstellens. Von der Wunderkammer zur kuratorischen Situation“. Betrachtet man ähnlich ausgerichtete Ausstellungen der letzten Monate in Frankfurt und Hamburg – das dortige Museum für Kunst und Gewerbe eröffnete erst vor wenigen Tagen eine Schau über „Das Museum unserer transkulturellen Gegenwart“, in der sich der Museumsfundus aus neuer Perspektive erschließen lassen soll –, so scheint das neue Forschungsinteresse an den Beziehungen zwischen Kunstwerk und Betrachter sowie deren Vermittlung durch die Institutionen Museum und Kunstmarkt gewissermaßen in der Luft zu liegen.


Bild: Jens Ziehe 2013

Vorbei mit der Schwarz-Weiß-Malerei: Musealer Farbtupfer

Die Baden-Badener Ausstellung empfängt den Besucher in der zentralen Museumshalle zunächst mit einem gerafften Überblick über die Anfangsgeschichte der Präsentation von Bildern vom späten 18. Jahrhundert bis zur vorletzten Jahrhundertwende. Gezeigt werden einige Gemälde, viele Zeichnungen und Radierungen und ein sehr frühes Foto von 1858, die alle teils reale, teils idealisierte Ansichten historischer Museumsräume darstellen. Sie werden ergänzt durch Hängepläne und Notizen, die sich in alten Nachlässen erhalten haben. Historische Tischvitrinen und schwere Bilderrahmen illustrieren diese 100 Jahre Museumsgeschichte weiter und verdeutlichen zugleich den Wandel des Selbstverständnisses, den die Kunstmuseen durchlaufen haben, die ihre Präsentationen von der geordneten und ökonomisch arrangierten Bildersammlung hin zum Prinzip des genreübergreifenden „Epochenraums“ entwickelten, so wie ihn die Museumsreformbewegung um 1900 als neuen Erlebnisraum erfunden hat.

Im 20. Jahrhundert veränderten Künstler und Kuratoren die Strategien der Präsentation noch weitergehend, die nun durch wechselnde Avantgarden geprägt waren und immer stärker didaktisch auf die Wahrnehmung des Besuchers einwirken wollten. Marksteine waren die radikal nackte Präsentation von Bildern vor kahlen Betonwänden, wie sie die erste Documenta von 1955 praktizierte, oder Verfremdungsmaßnahmen, wie sie der belgische Künstler Marcel Broodthaers in den 1970er Jahren erprobte.

In einem weiteren Raum wird die historische Ausstellungskonzeption von Friedrich Kiesler für Peggy Guggenheims Gallerie „Art of this century“ von 1942 rekonstruiert, um in den letzten Räumen – unter einem Bruch der titelgebenden Logik – die Arbeiten zeitgenössischer Künstler zu zeigen, die das Thema „Zeigen“ zum Thema von Kunstwerken machen.

Nach dem informativen historischen Eingangsteil vermag das eher weniger zu überzeugen. Das gilt auch für einen experimentellen Teil der Ausstellung, der künstlerische Interventionen außerhalb der Museumsmauern im Baden-Badener Stadtbild ansiedelt, die den Charakter von Zugaben kaum wesentlich überragen, oder sogar die Realsatire streifen.

Insgesamt vermisst man aber einen dezidierteren Kommentar zur politisch-ideologischen „Anfälligkeit“ von kuratorischen Konzepten, die etwa in den auf Überwältigung angelegten Propaganda-Schauen der Ära des Kalten Krieges mit Händen zu greifen war, aber auch im asketischen „white cube“-Konzept eine sich unaufdringlich gebende „demokratische Transparenz“ feiert. Ideologisch sind immer die anderen.

200 Jahre Geschichte des Museums im Blick

Doch ungeachtet dieser überschaubaren Schönheitsfehler ist die Ausstellung durchaus ansprechend gemacht, wirft interessante Schlaglichter auf eine 200-jährige Geschichte des Kuratierens und regt auch zu eigenen Überlegungen an. *Nike U. Breyer*

Staatliche Kunsthalle, Lichtentaler Allee 8 a, 76530 Baden-Baden, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 7 Euro. Der Katalog kostet 45 Euro, www.kunsthalle-baden-baden.de

Der Denker von Köln

Das „Denken“ hat es den Bildhauer Gerhard Marcks (1889–1981) ähnlich angetan wie Rodin. Wie dieser hat Marcks „Denker“-Skulpturen geschaffen, so seine bekannte „Albertus Magnus“-Figur. Wenn er arbeitet und denkt, dann werden seine Gedanken in Zeichnungen umgeformt und zu einer (an)fassbaren Plastik gewandelt. Diesen künstlerischen Prozess zeigt jetzt noch bis 3. Juni das Kölner Kollwitz-Museum.

Co-Kurator Arie Hartog, Direktor des Bremer Gerhard-Marcks-Hauses, nennt eine Eigenart des Bildhauers Marcks: „Er arbeitete nicht mit Berufsmodellen, sondern griff meist auf Freunde und Verwandte zurück. Die ließ er im Atelier auf- und ablaufen, bis er die ‚richtige‘ Situation oder Position meinte gefunden zu haben.“ Seine Eindrücke und Ideen hielt Marcks dann jeweils in Zeichnungen und Skizzen fest – quasi Momentaufnahmen seiner Wahrnehmung und seines Denkens. Geschätzte 80 000 Blätter sammelten sich so im langen Leben des Künstlers an.

In der Ausstellung werden rund 100 Zeichnungen und Skizzen 20 vollendeten Skulpturen gegenübergestellt. Die Beispiele lassen gut erkennen, wie und was der Künstler bei seinem Schaffen wahrgenommen hat, und erahnen, was er sich dabei gedacht hat.


Bild: Lempertz/Buchen/VG Bild 2018

Albertus-Magnus II

Marcks leistete als 25-Jähriger Kriegsdienst in Flandern, aus dem er als Schwerkranker 1916 zurückkehrte. Seine künstlerische Karriere begann 1918 mit der Berufung als Dozent an die Kunstgewerbeschule in Berlin. Im Jahr darauf wurde er Leiter der Bauhaus-Keramikwerkstatt in Weimar und 1925 schließlich Lehrer für Bildhauerei an der renommierten Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein bei Halle an der Saale.

Anfang der 1930er Jahre zählte er zu den Koryphäen der deutschen Bildhauer. Ausstellungen im In- und Ausland verschafften ihm weltweite Anerkennung. Die Karriere endete jäh 1933 mit dem Beginn der NS-Zeit. Marcks, mittlerweile stellvertretender Direktor in Halle, wurde suspendiert, weil er gegen die Entlassung einer jüdischen Kollegin protestierte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Marcks seine Karriere fortsetzen. Als unbelasteter Regimekritiker erhielt er nun zahlreiche öffentliche Aufträge. Das Totendenkmal „Trauernde“ schuf er 1946 für die Stadt Köln. 1950 übersiedelte er von Hamburg nach Köln in ein gestiftetes Atelierhaus. Hier entstanden Büsten von Adenauer und Heuss, aber auch Plastiken, die heute in vielen Städten zu sehen sind – etwa die Bremer Stadtmusikanten. Jeder Student in Köln kennt zudem die monumentale, knapp drei Meter hohe Statue des Albertus Magnus, denn der Gelehrte des Mittelalters sitzt denkend vor dem Hauptgebäude der Universität. *ske*

Kollwitz-Museum Köln am Neumarkt. Geöffnet: Dienstag bis Freitag 10 bis 18 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 5 Euro.

Alpenklang am Meer

Das FolkBaltica-Festival im Norden entdeckt ganz neue Töne

Sobald von grenzüberschreitender Musik die Rede ist, denkt man an Stichworte wie „Klassik trifft auf Rock“. Aber das FolkBaltica-Festival überschreitet alljährlich sprichwörtlich eine Grenze. Denn der deutsch-dänische Konzertreigen findet in der Grenzregion von Nord- und Südschleswig statt und hat seinen Schauplatz in zahlreichen Städten, wobei insbesondere Flensburg einen Zentralort darstellt. Seit 2005 begeistert das Festival zahlreiche Besucher durch sein innovatives und abwechslungsreiches Programm, das sich schwerpunktmäßig nordischen und baltischen Musikkulturen widmet.

Schwindelerregende Höhen, tiefe Täler und massiver Fels auf der einen Seite, endlose Weite, freier Blick und das Element Wasser, das ständig im Fluss ist. Größer könnten die Pole nicht sein. Und doch will die FolkBaltica 2018 unter dem Motto „Berg und Meer“ diese Gegensätze musikalisch überbrücken und verschmelzen.

„Dadurch, dass Musik in sich selbst Unterschiede vereinen kann, ist sie auch hervorragend geeignet, Brücken zu bauen, Menschen zusammenzubringen und somit Gegensätze zu überwinden“, so Festivalleiter Harald Haugaard. „Gruppen aus den Alpen und Dolomiten treffen bei der diesjährigen Ausgabe des Folkfestivals auf Musiker aus den Ostseestaaten und Skandinavien und bereichern sich gegenseitig.“

Einen Höhepunkt stellt dabei das „Sharing Heritage – Love Tree Ensemble“ dar, welches eigens ins Leben gerufen wurde und beim Hauptkonzert am 28. April seine Premiere in der Öffentlichkeit feiert. „Damit leisten wir einen musikalischen Beitrag zum Europäischen Kulturerbejahr 2018“, so Geschäftsführerin Juliana Christiansen. „Denn FolkBaltica ist institutioneller Botschafter des von der Europäischen Kommission ausgerufenen Themenjahres. Auf diese Auszeichnung sind wir sehr stolz – aus diesem Grund lautet der Untertitel des Festivals ‚Sharing Heritage‘, das Erbe teilen.“


Bild: Theresa Pewal

Hauskünstlerin des Festivals: Geigerin Julia Lacherstorfer

Haugaard ergänzt: „Europas kulturelle Vielfalt ist reich, aber zuweilen durch gesellschaftliche und politische Entwicklungen bedroht. Wir wollen mit unserem Festival einen Beitrag dazu leisten, dass die große musikalische und kulturelle Vielfalt in Europa sichtbar und hörbar wird.“ Vom 21. bis 29. April können die Besucher dies in 31 Konzerten in 27 Spielstätten an 20 Orten in Schleswig-Holstein und dem dänischen Süderjütland erleben.

Nach einem Auftaktkonzert in der Messe Husum am 21. April wird das Festival offiziell am Mittwoch, den 24. April im Alsion in Sonderburg unter Leitung von Haugaard mit dem vor fünf Jahren gegründeten FolkBaltica-Ensemble und den Vorarlberger Geigern sowie dem Sønderjysk Pigekor und der Hauskünstlerin Julia Lacherstorfer eröffnet. „Eine moderne europäische Künstlerin aus dem Herzen Europas, die mit der traditionellen Musik ihrer Heimat aufwuchs und sie mit ihrer Band ‚Alma‘ oder dem Duo ‚Ramsch & Rosen‘ auf den Kopf stellt“, schwärmt Haugaard.

„Die alpine Musik hat ganz viel Kraft und Energie“, sagt Lacherstorfer, die gerade sowohl den Deutschen Weltmusikpreis als auch den Preis der Deutschen Schallplattenkritik für die Sparte traditionelle ethnische Musik gewonnen hat. „Die Tiefe und Melancholie der nordischen Musik habe ich vor drei Jahren auf der FolkBaltica schätzen gelernt.“ Seitdem orientiert sich die 32-jährige Österreicherin mit ihrer musikalischen Arbeit gen Skandinavien, greift die traditionelle Musik dieser Gegend auf und macht sie zu etwas Neuem.

Dank neuer Sponsoren und langfristiger Zuwendungen konnte das Budget für die FolkBaltica auf 300 000 Euro für das Jahr 2018 erhöht werden. „Im Rahmen des Kulturerbejahres hoffen wir auf weitere europäische Fördergelder“, so Geschäftsführerin Juliana Christiansen. So werden zumindest keine finanziellen Grenzen überschritten. *A. Guballa*

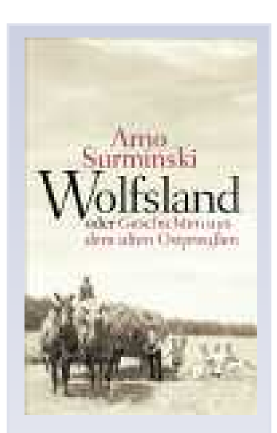
Tickets und weitere Infos unter: www.folkbaltica.de

Deutscher Stern

Arno Surminski stellt sein neues Buch vor

Er ist ein immer wieder gern gesehener Gast im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus: Arno Surminski. Der im ostpreußischen Kreis Rastenburg geborene Roman- und Sachbuchautor kam diesmal für eine Lesung aus seinem neuen Buch „Wolfsland“ an den Rhein. Winfrid Halder, der Direktor des Hauses, konnte rund 50 Gäste begrüßen.

Surminski, mittlerweile 83 Jahre alt, aber fit wie ein Turnschuh, war die lange Anreise aus Hamburg nicht anzumerken. Seinen Zuhörern präsentierte er in abendlicher Frische eine Auswahl von rund einem Dutzend der 40 Geschichten aus dem alten Ostpreußen, die er in seinem neuen Buch zusammengetragen hat. Das „alte Ostpreußen“, das Surminski meint, umfasst den Zeitraum vom 15. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Danach, so Surminski, hörte Ostpreußen auf zu existieren – jedenfalls als politische Einheit: „Das Wort ‚Ostpreußen‘ auszusprechen, galt lange Zeit als revanchistisch.“ Sein Buch solle dazu beitragen, „dass uns dieses Land geistig nicht verlorengeht.“



Arno Surminski: „Wolfsland oder Geschichten aus dem alten Ostpreußen“, Verlag Langen Müller, Stuttgart 2018, gebunden 207 Seiten, 20 Euro

Wie das Bewahren des geistigen Erbes Ostpreußens funktionieren kann, zeigt Surminski mit der Geschichte „Der Domherr von Frauenburg“ auf. Es geht dabei um Nicolaus Copernicus, den großen Astronomen des 16. Jahrhunderts, der ein heliozentrische Weltbild (die Sonne steht im Mittelpunkt unserer Welt, nicht die Erde) vertrat. Copernicus war im Hauptberuf Domherr in Frauenburg im Ermland. Verbittert streiten Deutsche und Polen um die Herkunft des Astronomen. Schon beim Namen fängt der Streit an: Nicolaus Copernicus oder Mikołaj Kopernik – obwohl er eigentlich Niklas Koppernigk hieß.

In Surminskis Anekdote über Copernicus wird der Domherr von Spaziergängern gefragt: „Bist du deutsch oder polnisch“, worauf Kopernikus die Gegenfrage stellte: „Ist die Sonne polnisch? Sind die Sterne deutsch?“ und schließlich lachend seines Weges ging. Surminski erklärte: „Copernicus sprach Lateinisch, die weltumspannende Sprache seiner Zeit. Er war ein Lateiner.“ Im 21. Jahrhundert, nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, könnte der unendliche Streit zwischen Polen und Deutschen um Copernicus eine neue Antwort finden: Copernicus war ein großer Europäer.

Diese Geschichte Surminskis vom Domherrn aus Frauenburg mit dem „Happy-end“, dass Copernicus nicht mehr von Polen oder Deutschen vereinnahmt wird, sondern als Europäer gesehen werden sollte oder könnte, sei sein „Wunschdenken“, meint der Autor. *Siegfried Schmidtke*

Warum die Garnisonkirche gesprengt wurde

Vor 50 Jahren beschloss die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung die Zerstörung des Gotteshauses

Zwei Jahrhunderte lang war die Garnisonkirche das Wahrzeichen Potsdams. Beim Bombenangriff auf Berlin wurde sie stark beschädigt. Am 14. Mai 1968 erfolgte auf Anordnung der SED-Führung die erste Sprengung der Ruine. Zwei weitere waren später notwendig, um auch den Turm vollständig zum Einsturz zu bringen.

Niemand habe die Absicht, die Garnisonkirche zu sprengen. Diese Botschaft an die Potsdamer war eine Lüge wie vieles, was die Machthaber der DDR verbreiten ließen. Sie sollte Proteste empörter Bürger im Keim ersticken. Überfallartig rückte der Sprengtrupp des VEB Verkehrsbau Magdeburg an diesem Maitag an. Die Umgebung der Kirche wurde eilig abgesperrt und Dynamit am Turm angebracht. Doch der Plan, die Sache in Sekundenschnelle mit möglichst wenigen Augenzeugen zu erledigen, ging nicht auf. Das dicke Mauerwerk erwies sich als wehrhaft. Beim erneuten Versuch am 19. Juni blieb die eine Hälfte des 90 Meter hohen Turms stehen. Die andere ragte wie anklagend in den Himmel. Am 23. Juni wurde auch sie dem Erdboden gleichgemacht.

Anfang der 60er Jahre hatten Optimisten noch geglaubt, dass die Kirche, in der Friedrich Wilhelm I. und sein Sohn Friedrich der Große zu letzten Ruhe gebettet worden waren, aus ihrer Ruine auferstehen könnte. Ein Wettbewerb unter Architekturstudenten befasste sich mit dem Wiederaufbau. Tatsächlich war die Sprengung der Ruine zu diesem Zeitpunkt längst beschlossen. „Warum steht die denn immer noch?“, soll Walter Ulbricht bei einem Besuch im Sommer 1967 in Potsdam gesagt haben. Nicht nur die Ruine stand, die evangelische Heilig-Kreuz-Gemeinde hatte sich dort eine Kapelle für 150 Gottesdienstbesucher eingerichtet. Die Kirche sollte nach dem Willen der SED-Führung Platz machen für eine neue Architektur im sozialistischen Stil und eine verbesserte Verkehrsführung. Die Ruine, so lautete der Vorschlag Ulbrichts, könne man fotografieren und auf Postkarten an ausländische Touristen verkaufen.

Am frühen Morgen des 6. März 1968 erschienen Mitarbeiter der staatlichen Bauaufsicht und vom Rat des Bezirks Potsdam bei Pfarrer Uwe Dittmar und gaben vor, das Stützgerüst in Augenschein nehmen zu wollen. Als sie begannen, die Dicke und Höhe der Mauern zu vermessen, schöpfte der Pfarrer Verdacht. Wenig später kam ein Spezialist für Sprengungen hinzu. Da wusste Dittmar, dass das Schicksal der Kirche besiegelt war. Ein Kompromissvorschlag seiner Gemeinde, der Erhalt und Sicherung des Turms als Mahnmal gegen den Krieg, fand keine Gnade. Die Sprengung wurde von der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung am späten Abend des 26. April durchgewinkt.

Vorausgegangen war ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Kirchenleitung. Ein Briefwechsel zwischen Superintendent Konrad Stolte und Stadtrat Heinz Nutbohm dokumentiert die perfide Strategie der DDR-Oberen. Die Zuständigkeit wurde zwischen der Stadt Potsdam und den Berliner Ministerien hin- und hergeschoben. Alle Eingaben bis hin zum Staatsratsvorsitzenden Ulbricht liefen ins Leere.

Es ging nicht nur um Wohnungsbau und Verkehrsplanung. Auch aus ideologischen Gründen war der DDR-Führung die zerbombte Kirche ein Dorn im Auge. Am sogenannten Tag von Potsdam, dem 21. März 1933, hatten sich dort die nicht der SPD oder KPD angehörenden Abgeordneten des am 5. März neu gewählten Reichstages zu einem Festakt versammelt, an dem auch Reichspräsident Paul von Hindenburg teilnahm. An dem Ort, an dem die beiden großen Preußenkönige begraben lagen, sollte die Verbindung von „alter Größe und der jungen Kraft“ des Nationalsozialismus sichtbar gemacht werden. Der Handschlag zwischen dem 43-jährigen Reichskanzler und NSDAP-Vorsitzenden Adolf Hitler sowie dem doppelt so alten Reichspräsidenten und kaiserlichen Feldherren Hindenburg ging in die Geschichte ein. Die Garnisonkirche sollte quasi für die Verbrechen der Nationalsozialisten haften.

Bis zur Bombardierung am 14. April 1945 durch die Briten begleitete das Glockenspiel im Turm das Leben in Potsdam mit Chorälen und Volksweisen, zur vollen Stunde erklang „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“. Zu Ehren Gottes, für den Hofstaat und die Garnison hatte der Soldatenkönig den Architekten Philipp Gerlach mit der Errichtung der Kirche beauftragt. Der Bau dauerte von 1730 bis 1735. Das Bauwerk aus 2,5 Millionen Ziegelsteinen wurde Zeuge preußischer und deutscher Geschichte. Friedrich Wilhelm III. und Zar Alexander I. bekräftigten am 5. November 1805 in der königlichen Gruft ihr Bündnis gegen Napoleon. Ein Jahr später besuchte der siegreiche französische Kaiser den Sarg Friedrichs des Großen. „Wenn dieser noch lebte, wäre ich nicht hier“, soll der Franzose gesagt haben. Ab 1809 tagten die ersten frei gewählten Stadtverordneten in der Garnisonkirche. Unter den Widerstandskämpfern des 20. Juli befanden sich Offiziere des Infanterieregiments 9, das zur Gemeinde der Garnisonkirche gehörte.

Viele Bürger Potsdams konnten sich nicht mit dem Gedanken abfinden, dass dieses Kulturdenkmal für immer vom Erdboden verschwunden sein sollte. Im Juni 2004 gründete sich die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam und im Juli 2008 die Stiftung Garnisonkirche Potsdam. Gleichzeitig formierten sich Aktionsbündnisse, welche die Wiedererrichtung der „Soldatenkirche“ als Rückkehr eines militaristischen Geistes von Potsdam und als sinnlose Geldverschwendung ablehnten. Nach der Einstufung als national bedeutendes Kulturdenkmal bewilligte die Bundesregierung zwölf Millionen Euro für die Rekonstruktion. Die evangelische Kirche stellte zinslose Darlehen in Höhe von 4,75 Millionen Euro in Aussicht. Mäzene wie der in Potsdam ansässige Fernsehmoderator Günther Jauch spendeten weitere Millionenbeträge. Im Herbst vergangenen Jahres hat der Wiederaufbau des Turms mit Aussichtsplattform und Glockenspiel nach dem historischen Vorbild begonnen. Für den ersten Bauabschnitt sind 38 Millionen Euro veranschlagt. Die Kirche soll als Ort der Versöhnung und des Friedens genutzt werden.

Friedrich der Große, der nicht neben seinem ungeliebten Vater, sondern neben seinen Hunden begraben werden wollte, ruht seit 1991 dort, wo er es gewünscht hatte: auf der oberen Terrasse von Schloss Sanssoucis. Die Gebeine Friedrich Wilhelm I. fanden in einiger Entfernung, im Mausoleum der Potsdamer Friedenskirche im Marlygarten, ihre letzte Ruhestätte. *Klaus J. Groth*


Nach dem Kirchenschiff wurde im Juni 1968 als Letztes der Kirchturm gesprengt: Die Potsdamer Garnisonkirche Bild: Imago

Nie gab es derart viele Migranten

Eine Suche nach den Ursachen, verbunden mit einer kleinen Geschichte der Migration, die bis in graue Vorzeit zurückreicht

In der Geschichte der Menschheit kam es immer wieder zu Migrationsbewegungen beträchtlichen Ausmaßes. Denn den Lebensmittelpunkt von einer Region der Erde in eine andere verlegen zu können, gehört zu den grundsätzlichen Fähigkeiten unserer Spezies. Allerdings gab es niemals derartig viele Immigranten wie heute, was die Frage nach den Ursachen aufwirft.

Am Anfang des Siegeszuges des Homo sapiens stand die Auswanderung aus Afrika, die vor reichlich 100 000 Jahren begann und mit der Besiedlung Europas, Asiens, Amerikas sowie Australiens und Ozeaniens endete. Dieser ersten großen Immigrationswelle folgten unzählige weitere – insbesondere nach dem Ende der Steinzeit, als der nunmehrige Antagonismus zwischen umherziehenden Nomaden und sesshaften Ackerbauern zu ersten Verteilungskämpfen führte, die damals allerdings noch leicht durch ein Ausweichen in unbewohnte Gebiete beendet werden konnten.

> Vor über 100 000 Jahren begann die Auswanderung des Homo sapiens aus Afrika in die anderen Kontinente

Als es dann immer weniger fruchtbares Land gab, das niemand beanspruchte, begann die Phase der Eroberungszuwanderung, die klare Verlierer und Gewinner hervorbrachte. Zu letzteren zählten die germanischen Stämme am Ende der Völkerwanderung im 6. Jahrhundert, die Araber, die sich ab 633 über den südlichen Mittelmeerraum, Nordafrika, Mesopotamien und Teile Zentralasiens ausbreiteten, sowie die Türken, welche im 11. und 12. Jahrhundert in Massen nach Kleinasien vordrangen. Verlierer wiederum waren vor allem Westrom und Ostrom, wo anfangs noch der Irrglaube vorherrschte, man könne von den Immigrationsbewegungen profitieren oder diese zumindest kontrollieren beziehungsweise eindämmen.

Weitere starke Ströme gab es zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert. Diese resultierten zum einen aus dem osmanischen Vormarsch auf dem Balkan, der viele orthodoxe Christen zur Flucht veranlasste. Zum anderen zog es nun Millionen von Europäern in die „Neue Welt“ auf der anderen Seite des Atlantiks. Dort wuchs bald die Nachfrage nach schwarzen Sklaven für die Landarbeit, was den Handel mit diesen anheizte und dazu führte, dass einige Regionen Afrikas nahezu entvölkert wurden. Außerdem waren da noch die erbitterten Religionskonflikte in Europa nach dem Aufkommen der Reformation. In deren Folge mussten zahlreiche konfessionelle Gemeinschaften ihre Heimat verlassen und an anderer Stelle neu beginnen, weil das Prinzip Cuius regio, eius religio / wes der Fürst, des der Glaub' galt.

Die nächste Wanderungswelle ging auf die industrielle Revolution zurück, deren auswanderungsförderliche Wirkung dadurch verstärkt wurde, dass sie Massenverkehrsmittel wie die Eisenbahn und das Dampfschiff hervorbrachte, mit denen mehr Menschen als je zuvor von einem Ort zum anderen wechseln konnten. Das nutzten viele Europäer, die infolge der frühkapitalistischen Verhältnisse verelendet waren und in der Auswanderung ihre einzige Chance auf ein besseres Leben sahen. Letzteres galt auch für jene politisch Andersdenkenden, die nach den großenteils gescheiterten bürgerlich-demokratischen Revolutionen in der Zeit ab 1848 desillusioniert ins Exil gingen. Insgesamt verließen ab 1750 um die 70 Millionen Menschen den europäischen Kontinent und emigrierten nach Übersee – die meisten davon in die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Gegenzug strömten dann wiederum Ende des 19. Jahrhunderts billige Arbeitskräfte aus den europäischen Randgebieten in die neu entstandenen Ballungszentren Mitteleuropas, wo der Personalbedarf permanent wuchs.

Und dann brach das 20. Jahrhundert an, in dem es zu einer nochmaligen und diesmal nachgerade explosiven Zunahme von Migrationsbewegungen kam, die zum Teil bis heute anhalten. Verantwortlich hierfür waren vor allem der Erste und der Zweite Weltkrieg sowie die daraus resultierenden Vertreibungen und Deportationen, die bolschewistische Revolution in Russland, die Dekolonialisierung, unzählige Bürgerkriege, Religionskämpfe und ethnische Spannungen, der Ost-West-Konflikt samt der endlosen Stellvertreterkriege rund um den Globus, die totalitäre Repression hinter dem Eisernen Vorhang, die Millionen Ostblockbewohner zur Flucht veranlasste, die ökonomische Rückständigkeit vieler Ex-Kolonien nach der Erlangung der Unabhängigkeit, Naturkatastrophen, der immer lauter werdende Ruf nach ausländischen Arbeitskräften sowie dann schließlich die Globalisierung. Darüber hinaus entfaltete auch der vom linken Mainstream initiierte Schuldkult nach der ideologischen Wende der Jahre ab 1968 eine fatale Wirkung. Bewohner der Dritten Welt wurden nun regelrecht ermuntert, die „Flucht“ in die Industrieländer anzutreten und sich dort vom Steuerzahler alimentieren zu lassen, damit der Westen endlich „Wiedergutmachung“ für die Kolonialzeit leisten könne.

> Derzeit leben mehr als 150 Millionen Menschen außerhalb ihrer ursprünglichen Siedlungsräume

Durch all diese Faktoren hat die Migration zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein in der Geschichte bisher nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Derzeit leben bereits mehr als 150 Millionen Menschen außerhalb ihrer ursprünglichen Siedlungsräume. Das als „wünschenswert“ zu bezeichnen, wie es die Migrationsbehörde der Vereinten Nationen IOM kurz vor Ostern tat, ist absurd. Schließlich zeitigt die Migration heute deutlich weniger positive Effekte als in der Vergangenheit. Vielmehr destabilisiert sie sowohl die Herkunfts- als auch die Aufnahmestaaten. Einerseits bringen die Zuwanderer inzwischen kaum noch nennenswerte innovative Fähigkeiten oder den Willen zur Integration mit, andererseits fehlen sie als Arbeitskräfte bei der dringend notwendigen Sanierung ihrer heruntergewirtschafteten oder traditionell rückständigen Heimat.

Deshalb wäre es volkswirtschaftlich sinnvoll, wenn die Zielländer auf Anreize zum Einwandern verzichteten, wie beispielsweise die voraussetzungslose Aufnahme in die sozialen Sicherungssysteme oder unangemessene Privilegien für Versorgungssucher. Ebenso wäre der Westen gut beraten, mit aller Konsequenz gegen diejenigen vorzugehen, welche die Einwanderung ganz offensichtlich als Waffe gegen ihn selber einsetzen. Denn es ist selbstmörderisch, die Islamisierung des Gastlandes anstrebende Moslems, Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste, Terroristen und sonstige Kriminelle widerstandslos einwandern zu lassen. *Wolfgang Kaufmann*

»Dach des großen Versprechens«

Vor 60 Jahren wurde die Berliner Kongresshalle als US-amerikanisches »Geschenk« dem Regierenden Bürgermeister übergeben

„Das war ein Propagandabau, der sich an die Sowjets richtete, die nur einen knappen Kilometer entfernt waren“, kennzeichnet der Architekt Hugh Stubbins selbst die von ihm entworfene Berliner Kongresshalle. Dieses gilt insbesondere für das avantgardistische, frei hängende Dach mit doppelt gekrümmter Spannbetondecke, das „Dach des großen Versprechens“, als das Stubbins es verstanden wissen wollte.

Die Deutschen im Allgemeinen und die Berliner im Besonderen haben unter dem Kalten Krieg gelitten. Aber der Wettkampf der Systeme hat ihnen auch einige Erleichterungen bei der Besatzungsherrschaft und ein paar Prestigebauten beschert. Dazu gehört neben der Stalinallee auch die 1956/57 errichtete Berliner Kongresshalle, auch „Schwangere Auster“ genannt.

Zum damals offiziellen 70. Geburtstag Josef Stalins wurden im Ostteil die Große Frankfurter Straße und die Frankfurter Allee in „Stalinallee“ umbenannt. Das war Verpflichtung. Die nun zur Prachtstraße ausgebaute Allee sollte der Welt an der Nahtstelle der Systeme die Schönheit, Leistungsfähigkeit und Überlegenheit des Sozialismus vor Augen führen.

Ähnlich wie nach dem sogenannten Sputnikschock (siehe *PAZ* vom 25. August 2017) sah sich der Westen durch die Stalinallee herausgefordert, nun seinerseits seine Leistungsfähigkeit und Modernität demonstrativ unter Beweis zu stellen. Als Schaufenster wurde das im vorangegangenen Weltkrieg weitgehend zerstörte Hansaviertel gewählt. Unter der Überschrift „Wiederaufbau des Hansaviertels“ sollten dort im Rahmen der Internationalen Bauausstellung des Jahres 1957 in Berlin, der Interbau, bekannte Architekten der Welt zeigen, was modernes Bauen bedeuten kann. Naheliegenderweise wurde seitens West-Berlins auch das American Institute of Architects (AIA), der Berufsverband der Architekten der Führungsmacht der westlichen Welt, eingeladen.

Die Amerikaner wollten kein profanes Wohnhaus bauen. Eher war an ein prestigeträchtiges öffentliches Gebäude gedacht. Bereits 1954 war im Berliner Senat der Wunsch nach einer Veranstaltungshalle für Konzerte und Kongresse laut geworden. Das griffen die Amerikaner nun auf. Es sollte eine Kongresshalle werden. Als Architekt wurde Hugh Stubbins gewählt, einerseits ein US-Amerikaner, aber andererseits auch ein Schüler und ehemaliger Mitarbeiter des deutschen US-Immmigranten und Bauhaus-Gründers Walter Gropius.

Das Faszinierende an seinem Entwurf ist, dass er konsequent dem Motto „Mehr scheinen als sein“ folgt. Der Nutzwert ist zweitrangig, entscheidend ist der Effekt.

Das fing schon bei der Wahl des Grundstücks an. Der Platz sollte gut einsehbar sein, er sollte nahe der Sektorengrenze liegen, damit auch die Ost-Berliner das Gebäude bewundern konnten, und er sollte sich nahe der möglicherweise später einmal unweit des Reichstages entstehenden deutschen Regierungszentrale befinden. Da bot sich der Standort an der Spree an. Damit das Gebäude noch besser einsehbar ist, wurde extra ein Hügel aufgeschüttet, auf dem es thront und seine Umwelt überragt.

Der Wunsch nach Effekthascherei prägte vor allem die Bedachung. Das „Dach des großen Versprechens“ sollte mit seiner prägnanten Form dem Gebäude gleichsam Flügel geben als Symbol der Freiheit West-Berlins. Um als „Leuchtfeuer der Freiheit, das seine Strahlen nach Osten sendet“ besser zu leuchten, konkret: um bei Tage den Sonnenschein und bei Nacht das Scheinwerferlicht besser zu reflektieren, war das unverhältnismäßig große Dach in strahlendem Weiß gehalten.

Bei dem ganzen Imponiergehabe besonders ambitioniert war der Versuch, bei der Dachkonstruktion mit nur zwei Auflagepunkten auszukommen. „Ein Dach, was auf zwei Punkten aufliegt, ist eine statische Absurdität, die bauliche Kunstgriffe notwendig macht. Diese Kunstgriffe dürfen nicht sichtbar sein, auf dass die Wirkung nicht verloren gehe, die man durch die Absurdität selbst zu erreichen versuchte“, kritisierte der italienische Bauingenieur Pier Luigi Nervi das Streben nach Wirkung. Und auch der deutsche Architekt Frei Otto sah in dem Dach keinen verwegenen, genialen Wurf: „Noch nie hat es ein hängendes Dach mit einer solch teuren und umständlichen Konstruktion gegeben.“


Bild: Berthold Werner

„Ein Propagandabau, der sich an die Sowjets richtete, die nur einen knappen Kilometer entfernt waren“: Berliner Kongresshalle

Ironie des Schicksals: Ausgerechnet der prestigeträchtigste Teil des Prestigebaus hat kein Vierteljahrhundert nach Bauabschluss massiv geschwächelt. 1980 stürzte er ein. „Der Einsturz des südlichen Außendaches und Randbogens der Kongresshalle in Berlin wurde durch konstruktive Mängel bei der Planung und Bauausführung der Außendächer und als Folge davon durch korrosionsbedingte Brüche ihrer den Randbogen tragenden Spannglieder verursacht“, lautete das offizielle Gutachterergebnis.

Stubbins fiel ob des Einsturzes des Daches nicht in Ungnade, konnte er doch darauf verweisen, dass seine ursprüngliche Planung nicht nur bei Kollegen, sondern auch bei den Zuständigen in den West-Berliner Ämtern auf Skepsis gestoßen war und sie einige wesentliche Änderungen durchgesetzt hatten.

West-Berlin stand nach dem Einsturz vor der Frage: Abriss oder Wiederaufbau? Die Stadt hatte seit 1979 das Internationale Congress Centrum Berlin (ICC Berlin) und von daher keinen Bedarf. Doch wieder war der Schein entscheidend. Die Kongresshalle wurde für 40 Millionen D-Mark bis zur 700-Jahr-Feier der Stadt 1987 wieder aufgebaut und dient seit 1989 als Sitz des Hauses der Kulturen der Welt. Die West-Berliner Politik scheute halt die symbolische Bedeutung der Entsorgung eines US-amerikanischen „Geschenkes“. Zwar musste für ungefähr die Hälfte der Kosten der deutsche Steuerzahler aufkommen, doch gilt die Kongresshalle als US-amerikanisches Geschenk an West-Berlin. Auch dies ist ein Teil der Propaganda des Kalten Krieges, welche die jeweiligen Besatzer dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges möglichst edel und großherzig aussehen lassen sollte.

Manuel Ruoff

Gleich zwei Frauen berieten den Großen Kurfürsten

Sowohl mit Luise Henriette als auch mit Dorothea Sophie führte Friedrich Wilhelm eine geradezu moderne Ehe

Manche fürstlichen Ehen waren furchtbar. Einige waren fruchtbar. Die beiden Ehen des Großen Kurfürsten waren offensichtlich nicht furchtbar, sondern glücklich, und fruchtbar waren sie auch. Der Kurfürst von Brandenburg und preußische Herzog zeigte sich als bemerkenswert moderner Ehemann. Obwohl seine Frauen häufig schwanger waren, sah er sie keinesfalls nur als Gebärmaschinen, sondern nahm sie als Beraterinnen ernst. Sie waren in seine Politik involviert. Er wollte sie so oft wie möglich an seiner Seite haben. Alles deutet darauf hin, dass sie ihm wirklich am Herzen lagen.

Als Friedrich Wilhelm von Brandenburg am 6. Februar 1620 in Cölln bei Berlin zur Welt kam, war der Dreißigjährige Krieg bereits seit zwei Jahren im Gange. Um den Kurprinzen vor den Unbillen und Gefahren des Krieges zu schützen, wurde der 14-Jährige in die Niederlande geschickt. Dort studierte er an der Universität in Leiden, erlernte das Schiffsbauhandwerk und lernte die älteste Tochter des Statthalters Friedrich Heinrich von Oranien kennen: Luise Henriette von Oranien. Die hübsche Brünette mit den großen, dunklen Augen gefiel ihm sehr. Nur durfte er das nicht zu sehr zeigen, war er doch als Bräutigam der schwedischen Kronprinzessin Christine vorgesehen. Die hatte aber kein Interesse an einem Ehemann, und so konnte Friedrich Wilhelm Luise Henriette heiraten.



Porträt einer Dame (vermutlich Luise Henriette von Oranien): Ölgemälde von Willem van Honthorst aus dem Jahre 1649

Bild: Wikipedia

Der Brandenburger bekam nicht nur eine liebenswürdige, hübsche Frau, sondern auch eine Mitgift von 120 000 Reichstalern plus Schmuck im Wert von ungefähr 60 000 Talern. Und das war noch nicht alles: Luise Henriette brachte jede Menge holländischer Handwerker, Baumeister, Kaufleute, Künstler, Verwaltungsspezialisten und Landwirte mit in ihr neues, bitterarmes Heimatland. Vor allem um Berlin und Potsdam herum entstanden „holländische Kolonien“ und sorgten für einen ordentlichen Aufschwung der Wirtschaft.

Der nach dem Tod seines Vaters zum brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Herzog aufgestiegene Friedrich Wilhelm sah es mit Freude – und ähnlich viel Freude machte ihm seine wachsende Familie. Zwar hatte Luise Henriette einige Fehlgeburten, doch das war man in dieser Zeit gewöhnt. Zu den Fehlgeburten kam der frühe Tod von fünf ihrer sechs Kinder. Wilhelm Heinrich starb 1649 im zweiten Lebensjahr, Karl Emil im 20., Amalia im ersten, Heinrich im ersten und Ludwig im 21. Von den sechs erreichte nur einer mit 55 Jahren ein fortgeschrittenes Alter: der Kurprinz Friedrich, der sich später als Friedrich I. zum preußischen König krönte.

Es ist erstaunlich, wie Luise Henriette trotz ihrer Schwangerschaften durch die Lande reiste. Den Haag, Königsberg, Berlin und Kleve, Warschau und Jütland in Dänemark – sie nahm das „Wo du hingehst, will ich auch hingehen“ sehr ernst und war immer an der Seite ihres Herrn, auch wenn der zur Jagd ging oder seine weiträumigen Besitzungen inspizierte. Und sie war über alles informiert und eingeweiht. Zeitgenossen wussten, dass sie den Kurfürsten beriet und er auf sie hörte – vielleicht hat sie da auch einen Teil seiner „Größe“ ausgemacht?

Ihre Lebensweise war nicht sonderlich gesund, und das wirkte sich aus. Sie erkrankte an Schwindsucht und starb 1667.

Friedrich Wilhelm war sehr traurig, aber er wusste, dass er mehr Kinder brauchte, um die Erbfolge zu sichern. Und er wollte gerne wieder heiraten. Er hatte sich als Ehemann wohlgefühlt, ihm fehlte eine Frau an seiner Seite. Eine neue fand sich in Gestalt von Dorothea Sophie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der Witwe des Herzogs Christian-Ludwig von Braunschweig-Lüneburg. Allerdings sprach eines gegen sie: Sie hatte in ihrer ersten Ehe keine Kinder gehabt.

Doch es zeigte sich bald, dass das nicht an ihr gelegen hatte. Mit Friedrich Wilhelm hatte sie sieben, von denen nur eines, die 1675 geborene Tochter Dorothea, mit gerade einmal 14 Monaten und damit bereits als Kleinkind starb. Die anderen sechs kamen durch und wurden erwachsen, sodass den Kurfürsten schließlich von seinen 13 Kindern aus zwei Ehen wenigstens sieben überlebten.

Dorothea Sophie muss eine robuste Dame gewesen sein, denn auch sie begleitete ihren Ehemann auf all seinen Feldzügen. Wie ihre Vorgängerin war sie informiert und mischte sich ein. Auffallend ist ihre glückliche Hand in finanziellen Dingen. Sie sorgte nicht nur für die Vermehrung des eigenen Vermögens, sondern stärkte mit klugen Investitionen auch das Wohl des Staates. Und sie sicherte ihre Kinder ab, indem sie die Herrschaft Brandenburg-Schwedt und andere Adelssitze erwarb.

Möglicherweise hat sie es mit der Versorgung ihrer eigenen, leiblichen Kinder zulasten ihrer Stiefkinder übertrieben. Dabei soll sie auch vor Giftmord nicht zurückgeschreckt haben. Die Ursache des plötzlichen Todes ihres Stiefsohnes Ludwig ist bis heute ungeklärt. In seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ schrieb Theodor Fontane: „Todesfälle und plötzliche Erkrankungen regten den Verdacht und die alten Befürchtungen wieder an und nachdem Kurprinz Friedrich selbst bei Gelegenheit eines Festmahls, das ihm die Stiefmutter gab, von einem heftigen Kolikanfall heimgesucht worden war, steigerten sich seine Befürchtungen bis zu solchem Grade, daß er seinen Vater um die Erlaubniß bat, sich nach Schloß Coepenick zurückziehen zu dürfen.“



Dorothea Sophie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg: Ölgemälde im Residenzmuseum im Celler Schloss

Bild: Wikipedia

Anders als sein jüngerer Bruder Ludwig überlebte Friedrich sowohl den Vater als auch die Stiefmutter. 1688 trat er die Nachfolge Friedrich Wilhelms in Brandenburg und Preußen an. Friedrichs Erhebung zum ersten preußischen König im Jahre 1701 erlebte Dorothea Sophie hingegen nicht mehr. Sie starb bereits ein Jahr nach ihrem zweiten Mann. Wie letzterer hat auch sie ihre letzte Ruhestätte in der Hohenzollerngruft des Berliner Doms gefunden.

Sibylle Luise Binder

Moment der Woche


Bild: Imago

Das Eisbärenpaar im Berliner Zoo fühlt sich sichtlich wohl. Doch sind ihre Artgenossen in freier Wildbahn bedroht? Seit ein angeblicher Rückgang der Eisbärenpopulation in der Arktis mit dem vermuteten Klimawandel in Zusammenhang gebracht wird, ist hierüber ein heftiger Streit entbrannt. Unumstritten ist: Seit die Bären nicht mehr massenhaft gejagt werden, hat sich ihr Bestand deutlich erholt – von nur noch geschätzten 5000 Exemplaren in den 50er Jahren auf 25 000 Tiere heute. Oder sind es sogar noch mehr? Laut „klimafakten.de“ stehen zu neun von 19 Siedlungsgebieten, in welche Forscher die Heimat der Polarbären eingeteilt haben, nur unzureichende Daten zur Verfügung. Kanadische Inuit (Eskimos) behaupten, dass sich in ihrer Heimat mehr Eisbären tummelten denn je. *H.H.*

Auf zur globalen Ökodiktatur

Wie der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber die Welt umbauen will

Selbst peinliche Fehlleistungen kratzen nicht am Nimbus des bekanntesten deutschen Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber. Seine Warnungen und Prognosen finden Gehör bei den Mächtigen wie im Volk. Wer sich jedoch ausmalt, wohin er und seine Mitkämpfer die Welt führen wollen, kommt ins Schaudern.

Seine Augen sind nie ganz geöffnet, und wenn er schweigt, dann formt sich sein Mund stets zu einem spöttelnden Lächeln. Doch Schweigen ist eindeutig nicht das Metier von Hans Joachim Schellnhuber. Der wohl bedeutendste deutsche Klimaforscher und Freund großer Worte hält eigentlich nur inne, wenn es gilt, sich selbst bei einem seiner zahlreichen Termine mit Pressefotografen gekonnt in möglichst intellektuell wirkender Pose zu inszenieren.

Vermutlich hatte diese so aufdringlich zur Schau getragene Attitüde des avantgardistischen Querdenkers nicht unwesentlichen Anteil daran, dass die Zeitschrift „Cicero“ Schellnhuber noch vor einigen Jahren unter die

Wenn es kälter wird, liegt es daran, dass es wärmer wird

500 einflussreichsten Geistesgrößen im deutschsprachigen Raum einordnete. Jedenfalls hat sich die jahrzehntelang in eigener Sache betriebene Imagepflege für den 1950 im niederbayerischen Ortenburg geborenen Wissenschaftler bezahlt gemacht.

Sie katapultierte ihn von einer Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter für theoretische Physik an der Universität Oldenburg über verschiedenste Stationen ab den 80er Jahren bis in den Olymp der internationalen Klimafolgenforschung. Doch gezieltes Eindrucksmanagement ist nur ein Teil von Schellnhubers Erfolgsgeheimnis. Da es nun einmal nicht ausreicht, sein Kinn beständig in Denkerpose für die Kameras auf die eigene Hand zu stützen, um von seinen Mitmenschen als geistiger Vorreiter wahrgenommen zu werden, bedarf es außerdem auch noch einer wirkmächtigen Botschaft. Diese besteht für Schellnhuber selbstverständlich darin, vor den Auswirkungen eines vermeintlichen Klimawandels zu warnen. Dabei bedient er sich – und hierin dürfte der wesentliche Grund für seinen gesellschaftlichen Einfluss zu suchen sein – fast schon apokalyptisch anmutender Zukunftsvisionen.

Während sein erstes, 1993 erschienenes Buch noch den relativ unspektakulären Titel „Klimaänderung und Küste“ trug, prangt auf seinem jüngsten Werk von 2015 die eindringliche Aufschrift „Selbstverbrennung“. Dort sind allerlei düstere Metaphern über die Erde nach Eintritt der drohenden Klimakatastrophe zu lesen.

Auch ansonsten ist Schellnhuber ein Freund des Alarmismus. 2009 verkündete er in einer Fernsehsendung, dass die Gletscher des Himalaya bei einer durchschnittlichen Zunahme der Erderwärmung um zwei Grad Celsius schon im Jahr 2035 vollständig abgeschmolzen sein werden, mit katastrophalen Folgen für die dort lebenden Menschen. Gestützt hat er sich dabei auf Daten des Weltklimarates (IPCC), in dem Schellnhuber maßgeblich selbst mitwirkt.

Später stellte sich jedoch heraus, dass die vermeintlichen Experten dieses Gremiums die tatsächliche Eisfläche um das 15-fache zu hoch angesetzt hatten. Mit einem Abschmelzen der zentralasiatischen Gletscherfläche kann zudem erst ab dem Jahr 2350 gerechnet werden, und dies auch nur dann, wenn die weiteren Berechnungsmodelle des IPCC überhaupt korrekt sind. Aber nicht nur im Umgang mit Daten zeigt sich Schellnhuber kreativ, auch die Hypothese über einen angeblich menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen ist von dem Gründer des staatlich finanzierten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung ebenso maßgeblich wie ideenreich mitgestaltet worden.

Beispielsweise ist er der Erfinder der Theorie von den sogenannten Kippelementen. Diese besagt, dass es bestimmte Regionen auf der Welt gebe, die besonders empfindlich auf klimatische Veränderungen reagierten und daher rasch „kippen“ könnten, was zu extremen Wetterphänomenen führen soll.

Für Skeptiker stellt eine solche Annahme im Wesentlichen nur eine Methode dar, um die These vom „anthropogenen“ (vom Menschen verursachten) Klimawandel gegen Kritik zu immunisieren. So kann beispielsweise ein außergewöhnlich kalter Winter in Deutschland dennoch weiterhin mit der angeblichen Erderwärmung erklärt werden, indem man nachträglich einfach behauptet, dass durch die globale Temperaturerhöhung der atlantische Golfstrom in der Karibik umgelenkt worden sei und infolgedessen weniger warme Meeresströmungen nach Europa gelangt seien. Auch wenn es also plötzlich kälter ist, liegt dies daran, dass es wärmer wird.

Der Einfluss Schellnhubers lässt sich vor allem daran erkennen, dass er in seiner Funktion als Berater der Bundesregierung und des Papstes als Mitglied des IPCC entscheidend daran mitgewirkt hat, die Begrenzung des Anstieges der durchschnittlichen Erdtemperatur auf zwei Grad Celsius zum Ziel nationaler und internationaler Politik zu machen.

Doch er fungiert längst nicht mehr als bloßer Ratgeber, der den Mächtigen dieser Welt Forschungsergebnisse für deren weitere Entscheidungen präsentiert. Schellnhuber macht selbst Politik. Auf Grundlage der wissenschaftlich nach wie vor unzureichend abgesicherten Hypothese einer durch Kohlenstoffdioxid bedingten Erderwärmung konstruiert er globale Probleme in der Zukunft und bietet zugleich vermeintliche Lösungen an.


Berät die Mächtigen der Welt: Hans Joachim Schellnhuber Bild: Imago

Er möchte die Ressourcen der Welt neu verteilen und die Souveränität der Staaten weiter zugunsten supranationaler Strukturen reduzieren. Die „Große Transformation“ ist denn auch das Schlagwort, unter dem die politische Neugestaltung des Planeten vorangetrieben werden soll und zu dem es neben einem von Schellnhuber zu verantwortenden Gutachten für die Bundesregierung mittlerweile sogar ein Comic-Heft gibt, in welches er sich selbst gleich mit hineinzeichnen ließ. Wer die wichtigsten Teile dieses 421 Seiten starken Gutachtens liest, ohne sich von den zahlreichen wohlklingenden Phrasen täuschen zu lassen, dem wird schnell klar, dass es sich bei diesem Dokument um nichts weniger handelt als den Masterplan für eine globale Ökodiktatur. *Dirk Pelster*

Hans Joachim Schellnhuber studierte an der Universität Regensburg Physik. 1976 erwarb er sein Diplom und 1980 den Doktorgrad. Nach seiner Habilitation und verschiedenen wissenschaftlichen Tätigkeiten im Ausland hatte er von 1989 bis 1993 einen Lehrstuhl für Theoretische Physik an der Universität Oldenburg inne. 1992 wurde er Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Mit dieser Tätigkeit verband sich zugleich eine Tätigkeit im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung. Schellnhuber ist langjähriges Mitglied des Weltklimarates.

Nicht alle jubeln

Rückkehr der Luchse löst Debatte aus

Der Luchs schleicht wieder durch unsere Wälder. Für die Rückkehr des faszinierenden Waldbewohners in seinen einstigen Lebensraum gibt es in der Öffentlichkeit eine breite Zustimmung. Die Luchsforschung läuft auf Hochtouren. Doch die schäferhundgroßen Wildkatzen mit den Pinselohren haben auch Feinde. Wer genau das ist, bleibt einstweilen ungeklärt.

Nachdem die Bestände in Deutschland vor rund 150 Jahren ausgelöscht worden waren, ist der Eurasische Luchs (Lynx lynx) mit Hilfe des Menschen wieder in Mitteleuropa heimisch geworden. Die deutschen Mittelgebirge sind Teil seines riesigen Verbreitungsgebietes, das sich von den Pyrenäen über Skandinavien und die gesamte Taiga bis nach Kamtschatka erstreckt.

Wie der Wolf ist der Luchs durch nationale und internationale Gesetze streng geschützt. Einst wurde er wegen seines Pelzes gejagt. Seine Fellfarbe ist gelbbraun bis rotgrau mit dunklen Flecken, Kinn- und Bauchfell sind cremeweiß. Das verschafft ihm eine gute Tarnung im Unterholz des Waldes. Da der Luchs gelegentlich auch Herdentiere reißt, war er als Schädling verrufen. Heute weiß man um seine positiven Wirkungen auf die Ökosysteme des Waldes. So schöpfen Luchse die hohen Nachwuchsraten bei häufigen Arten wie Rehwild ab.

Luchse sind Einzelgänger. Nur während der Ranzzeit im Februar und März finden Männchen und Weibchen zusammen. Dann bekommt man auch tagsüber aktive Luchse zu Gesicht. Gleich nach der Paarung gehen Luchs und Luchsin wieder eigene Wege. Nach knapp drei Monaten bringt die Luchsin in ihrem Bau zwei bis drei Jungtiere zur Welt. Einige Wochen werden diese von der Mutter gesäugt, bevor sie gemeinsam mit ihr in der Dämmerung und nachts auf Schleichjagd gehen.

Nach einem Jahr müssen sich die Jungluchse ein eigenes Revier suchen. Luchse jagen überwiegend mittelgroßes Wild wie Reh, Gämse und Mufflon, erbeuten daneben aber auch alles, was sie überraschen können, wie junges Rotwild, Hasen, Füchse, Marder, Wild- und Hauskatzen, Kleinsäuger und Vögel. Wildschweine meiden sie.

Zwar bevorzugen die scheuen Raubtiere Waldareale mit dichtem

Die Einzelgänger tun sich nur zur Paarung zusammen

Unterholz als Lebensraum, nutzen aber auch offene Landschaften in der Nähe von Siedlungen. Immer wieder sterben Luchse im Straßenverkehr, wenn sie auf der Suche nach Beute große Streifgebiete durchwandern. Da sie zu Menschen Distanz halten und ihre Territorien oft und großräumig wechseln, ist es schwierig, ihre Verbreitung genauer einzugrenzen.

Im Mai 2015 tauchte ein aus der Schweiz zugewanderter männlicher Luchs im Mittleren Schwarzwald auf. Experten gelang es, das „Friedl“ genannte Tier mit einem Halsbandsender auszustatten. Zunächst durchstreifte „Friedl“ monatelang eine Fläche von gut 200 Quadratkilometern, danach wandte er sich nach Osten. Von der Schwäbischen Alb zog er in Richtung Ulm, machte kehrt und wanderte entlang der A 8 bis Weilheim unter Teck. Ein Jahr, nachdem sich sein Sender wie vorgesehen abgelöst hatte, wurde „Friedl“ Anfang 2017 nochmals von der Forschung erfasst. Im Oberen Donautal bei Sigmaringen hatte er insgesamt fünf Schafe und Ziegen gerissen, wie Gentests erwiesen. Experten versichern zwar, dass sich der Luchs nur sehr selten an Nutztieren vergreife. Allerdings sehen sich immer mehr Weideviehhalter gezwungen, kostspielige und aufwendige Maßnahmen zum Schutz ihrer Herden vor Luchs und Wolf vorzunehmen.

Den Harz besiedeln inzwischen 90 Luchse flächendeckend. Ab dem Jahr 2000 waren im Nationalpark Harz 24 Tiere aus Nachzuchten europäischer Wildparks in die Freiheit entlassen worden. 2010 wurden im hessischen Teil des Kaufunger Waldes erstmals junge Luchse außerhalb des Harzes gesichtet. Auch im Solling, im Leinebergland, in Sachsen-Anhalt und Thüringen sind sie wieder ansässig geworden. Jagdrevierinhaber im Altkreis Wernigerode meldeten 2015, dass die früher 400 Stück umfassende Muffel-

Gewilderte Luchse wurden grausam verstümmelt

wildpopulation unter dem Einfluss des Luchses erloschen sei. Solche unerwünschten Auswirkungen lösen einigen Unmut aus.

15 bis 25 Luchse, die gegenwärtig durch den Bayerischen Wald streifen, gehören zu einer bayerisch-tschechisch-österreichischen Luchspopulation von bis zu 60 Tieren. Ihre Anfänge reichen in die 1950er Jahre zurück. Aus den Karpaten waren die ersten Tiere zugewandert. In den 70er Jahren wurden im Nationalpark Bayerischer Wald weitere Luchse vermutlich karpatischen Ursprungs ausgesetzt.

Seit Jahren stagniert die Population im Bayerischen Wald. Immer wieder verschwinden einzelne Tiere jenseits der Nationalparkgrenzen spurlos. Einige gewilderte Luchse wurden grausam verstümmelt aufgefunden. Offenbar sind gewisse Personen daran interessiert, die Verbreitung der noch immer vom Aussterben bedrohten Tierart über die Staatsforste hinaus zu verhindern. Über die Täter kann bislang nur spekuliert werden.

Die Bauern sorgen sich um ihre Herdentiere und melden wegen der Luchse Gesprächsbedarf an. Der Bayerische Jagdverband unterstützt zwar die Rückkehr der Großkatze, will sich aber zu Einzelfällen nicht äußern. Manche Jäger hätten durchaus ein Problem mit dem Luchs als Jagdkonkurrenten, weiß Markus Schwaiger vom Luchsprojekt Bayern.

Pro Woche benötigt ein Luchs ein Stück Rehwild, um satt zu werden, das sind 50 bis 60 Rehe im Jahr. Wird seine bevorzugte Beute knapp, weicht er auf das schwieriger zu jagende Rotwild aus. In staatlichen Forstbetrieben ist die Anwesenheit des Luchses durchaus erwünscht, da man dort aus Forstschutzgründen an minimalen Rehwildbeständen interessiert ist. Anders sieht es in den privaten Eigenjagd- und gemeinschaftlichen Jagdbezirken aus.

Ein Luchsrevier kann bis zu 30 Jagdreviere abdecken. Bei deutlich zurückgehenden Wildbeständen sinkt der Jagdwert der Reviere, sodass die Grundeigentümer keine Pachtinteressenten mehr finden. Sollten die kriminellen Taten weiterhin nicht aufgedeckt werden, könnte dem Luchs in Bayern auch zukünftig ein eisiger Wind entgegenschlagen. *D. Jestrzemski*

Das Ostpreußenblatt



Nr. 16 – 20. April 2018

»Mit einer Stimme gesprochen«

Deutsche Vereine trafen sich in Sensburg zur diesjährigen Arbeitstagung – Bericht über erste Initiative auf EU-Ebene

Für den 7. und 8. April hatte die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) die Vorsitzenden und Delegierten der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen zur jährlichen Arbeitstagung ins Hotel „Anek" in Sensburg eingeladen. Schwerpunktthema war in diesem Jahr „Minderheitenrechte".



Am See in Sensburg: Teilnehmer der diesjährigen Arbeitstagung Bild: U.H.

Es ist bereits Tradition, dass die jährliche Delegiertenversammlung des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) in die Arbeitstagung für die Delegierten und Vertreter aller Vereine der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen übergeht. In diesem Jahr konnten dazu in Vertretung des Lycker Bischofs Pfarrer Jerzy Fidura aus Lötzen sowie Konsul Giuseppe Lo Coco vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig begrüßt werden. Als Referenten konnte die Organisatorin vor Ort, Edyta Gładkowska, Bernard Gaida, den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, und Rafał Bartek, den Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, gewinnen.

Gastgeber in Vertretung der LO war wie im Jahr 2017 Dieter Chilla, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg und Mitglied des Vorstands der LO, der auch diesmal die Veranstaltung souverän leitete. Auch der LO-Sprecher Stephan Grigat hatte es sich nicht nehmen lassen, persönlich bei der Arbeitstagung dabei zu sein. Neben der Begrüßung hatte er die angenehme Aufgabe, die langjährige Vizevorsitzende der Bartensteiner Gesellschaft der Deutschen Minderheit, Jadwiga Piluk, für ihren Einsatz für die Minderheit und die Heimat mit der Ehrennadel der Landsmannschaft auszuzeichnen.

Die finanzielle Förderung der Deutschen Minderheit in der Republik Polen durch die deutsche Bundesregierung war das Thema von Konsul Lo Coco. Dieses Kapitel ist für die Vertreter der deutschen Vereine nicht einfach, sind doch je nach Art der satzungsmäßigen Aktivitäten verschiedene Ministerien zuständig. Darüber hinaus werden im Jahr 2018 die Mittel wegen der lang dauernden Regierungsbildung ziemlich spät kommen.

Ein Schwerpunkt der Diskussion waren die Sprachkurse in den deutschen Gesellschaften. Sie bieten einerseits die Möglichkeit, der Mehrheitsbevölkerung die eigene Kultur nahezubringen, andererseits rekrutieren die Vereine damit eher selten neue Mitglieder. Gaida machte auf ein Projekt des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Oppeln aufmerksam, das seit Kurzem Treffen für deutsch-polnische Familien organisiert.

Sein Hauptthema war die Minority Safepack Initiative, kurz MSPI, die am 3. April zu Ende gegangen ist. Da die Situation der 50 Millionen Mitglieder religiöser, nationaler oder sprachlicher Minderheiten in Europa sehr unterschiedlich war, brachte die Föderative Union Europäischer Nationen (FUEN) 2013 die MSPI auf den Weg, um Minderheitenfragen in die Kompetenz der europäischen Ebene zu verschieben und zu standardisieren. Nach der Ablehnung dieser Bürgerinitiative durch die EU-Kommission und einer Klage vor dem Gerichtshof der EU in Luxemburg wurde sie vom 3. April 2017 bis 3. April 2018 durchgeführt. Das Ziel von einer Million Unterschriften aus 28 Staaten und der Überschreitung einer Mindestzahl von Unterschriften in mindestens sieben Staaten wurde erreicht.

Der Wermutstropfen dabei war, dass in Polen nicht die erforderliche Mindestzahl von 38 250 Unterschriften gesammelt wurde. Die Deutsche Minderheit steuerte etwa 21 000 zu den gesammelten 25 000 Unterschriften bei. Die EU-Kommission muss sich jetzt mit dem Thema befassen. Wie ihre Entscheidung ausfällt, lässt sich aber noch nicht sagen. „Doch selbst wenn sie die Initiative ablehnt, haben zum ersten Mal alle Minderheiten in Europa deutlich mit einer Stimme gesprochen", sieht Gaida den Erfolg der MSPI und ein Signal für die Zukunft.

Welchen Einsatz von der Deutschen Minderheit diese Zukunft verlangt, war Thema des Referats von Rafał Bartek. Einer gründlichen Analyse der Ausgangslage ließ er Chancen und Vorschläge für Aktivitäten folgen. „Selbst wenn die Menschen sich von ‚Gestaltern' zu ‚Empfängern' ändern, sind die Strukturen der Deutschen Minderheit stabil", erklärte Bartek, „und die Wirtschaft sieht die deutsche Sprache als Standortvorteil." Entsprechend solle gerade die Weitergabe der Sprache erhalten bleiben, aber auch neue Ideen wie die „Miro deutsche Fußballschule" in Schlesien sollten umgesetzt werden. Eine wichtige Rolle kommt dabei den Medien der Deutschen Minderheit zu, wobei auch hier neue Übermittlungswege wie soziale Medien notwendig würden. Passend dazu wurden bei der Arbeitstagung in Sensburg die Ergebnisse einer Hörerumfrage zur Radiosendung für die Deutsche Minderheit im südlichen Ostpreußen, „Allensteiner Welle", vorgestellt, die im letzten Jahr durchgeführt worden ist.

Als Entspannung während der intensiven Arbeit hatten die Organisatoren der Tagung für die Teilnehmer am Sonnabend abends einen Film im Angebot – einen Ausschnitt aus der DVD-Box von Hermann Pölking, „Ostpreußen – Panorama einer Provinz", der sich mit dem Zeitraum von 1914 bis etwa 1932 befasste. Diese Entspannung, aber auch das Frühlingswetter und die gut präsentierten, für die Teilnehmer spannenden Themen in angenehmer Atmosphäre hinterließen bei den Vertretern der deutschen Gesellschaften einen sehr positiven Eindruck und die Hoffnung darauf, dass die Arbeitstagung im kommenden Jahr wieder so gut wird. *Uwe Hahnkamp*

Denkmal spaltet Allensteiner

Sowjetisches Mahnmal müsste laut Gesetz abgerissen werden

Am 1. April sind genau zwei Jahre vergangen, seit das polnische Parlament das sogenannte Dekommunisierungsgesetz verabschiedet hat (siehe *PAZ* 15, Seite 2). Die Städte und Gemeinden sind verpflichtet, die Straßen innerhalb von einem Jahr umzubenennen. Angesichts der neuen Rechtslage haben die Kommunen meistens öffentliche Umfragen durchgeführt, um für strittige Orte akzeptable Namen zu wählen.

In Allenstein wurden die Namen von acht Straßen geändert. Beispielweise heißen die Berling-, Sawicka- und Hibnerstraße jetzt Pileckiego-, Wrocławska- und Pasymskastraße. Die Stadtabgeordneten waren sich über die erwähnten Umbenennungen einig, was bei anderen Straßen nicht der Fall war. Deswegen fasste der Woiwode Ende 2017 den Entschluss, weitere Straßennamen zu ändern. Die Stadtbehörde klagt gegen diese Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht..

Der Streit betrifft zum Beispiel die Kaiserstraße (Dabrowszczakówstraße). Weil nach den politisch-historischen Bewertungen des Instituts für das Nationale Gedächtnis die Dabrowski-Brigade, die im Spanischen Bürgerkrieg in den 30er Jahren kämpfte, den Aufbau eines stalinistischen totalitären Staates in Spanien anstrebte und somit die kommunistische Ideologie befürwortete, wollte der Woiwode für die Straße einen anderen Patronen bestimmen. Sie sollte nach dem 2017 verstorbenen masurischen Schriftsteller und Dichter Erwin Kruk benannt werden. Das stieß nicht nur auf Widerstand seitens der Stadtbeamten, sondern auch auf Unzufriedenheit der an die alte Bezeichnung gewöhnten Anwohner, die im vergangenen Jahr eine Protestaktion veranstalteten und für die Beibehaltung des bisherigen Straßennamens demonstrierten.



Umstritten: Sowjetdenkmal in Allenstein Bild: D.K.

Gemäß dem Dekommunisierungsgesetz müssen auch kommunistische Denkmäler weichen. In Allenstein hat der Gesetzgeber jedoch eine harte Nuss zu knacken. Während das Denkmal in Heilsberg abgebaut wurde, wagt niemand das hiesige, seit 1993 denkmalgeschützte Mahnmal zu zerlegen. Das Verhältnis der Bewohner Allensteins zum Relikt der kommunistischen Ära ist ambivalent. Seine Anhänger unterstreichen, dass das Denkmal ein Teil der städtischen Geschichte sei und sich in die Stadtlandschaft tief eingewurzelt habe. Es dient oft als Treffpunkt für Jugendliche. Vor dem Denkmal befindet sich ein großer Parkplatz.

Das vom polnischen Bildhauer Xawery Dunikowski entworfene und 1954 fertiggestellte Mahnmal besteht aus zwei 13 Meter hohen viereckigen Granitsäulen, die dem architektonischen Vorbild eines Pylonen folgen. Die Türme flankieren den Treppenaufgang zu einem großen Sockel und sollen an einen Triumphbogen erinnern. An einem der Türme sind Flachreliefs angebracht, die Kampfszenen aus dem Zweiten Weltkrieg veranschaulichen; am zweiten Turm sieht man die Figur eines sowjetischen Soldaten mit erhobener Hand und die Sowjetsymbole Hammer und Sichel. Diese Symbole provozieren die Feinde „des Galgens" – so wird das Denkmal pejorativ bezeichnet. Um ihren Widerstand gegen die totalitäre Symbolik im Stadtzentrum zum Ausdruck zu bringen, hatten Aktivisten einer rechtskonservativen Gruppierung namens Pro Patria die Symbole mit roter Farbe besprüht.

Am 22. Januar 2018 – dem Jahrestag des Einmarsches der Roten Armee in Allenstein – organisierte die gleiche Gruppe eine Protestaktion, indem man zwischen den Pfeilern des Mahnmals ein riesiges Banner mit der Aufschrift „das Denkmal zum Dank für die Unterdrückung" aufhängte. Die Empörung über kommunistische Missstände war gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin gerichtet. Auf dem Plakat war ein sowjetischer Soldat dargestellt, der eine Frau an den Haaren zerrt. Dabei sah sein Gesicht Putin zum Verwechseln ähnlich. Da es unmöglich ist, den von Kommunisten aufgebauten Zankapfel abzureißen, fordern die patriotischen Verbände, vor dem Denkmal Tafeln aufzustellen, die über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und seine Folgen sowie über die Verbrechen der Roten Armee informieren. *Dawid Kazanski*

Mehr Visa-Anträge

Deutsches Konsulat in Königsberg gefragt

Im vergangenen Jahr hatten die deutschen Visavergabestellen in der Russischen Föderation 16 Prozent mehr Anfragen zu verzeichnen als im Vorjahr. Allein in Königsberg wurden 28 000 Anträge bearbeitet. Die Statistik zeigt, dass etwa ein Drittel aller ausgestellten Visa eine Frist für ein Jahr und länger haben. Die Mehrheit sind Touristenvisa (40 Prozent), dann folgen die zum Ziel von Verwandtenbesuchen (zirka 30 Prozent), 22 Prozent sind Geschäftsvisa und sechs Prozent hatten medizinische Behandlungen zum Ziel. Im laufenden Jahr wird mit einer Zunahme der Anträge um zehn Prozent gerechnet.

Umsatzplus trotz Krise in Russland

Trotz Krise kauften Russen im vergangenen Jahr mehr in Deutschland ein. Zwar gab es in den vergangenen drei Jahren eine negative Tendenz, dennoch haben Russen 2017 in Deutschland 16 Prozent mehr eingekauft als im Vorjahr. Traditionell sind bei Russen die Städte München und Berlin beliebt für Einkaufstouren. In diesen Städten geben sie das meiste Geld aus. Daneben verzeichnet Düsseldorf einen Umsatzanstieg durch russische Bürger. Man geht davon aus, dass auch 2018 die Ausgaben von Russen für Einkäufe in Deutschland weiter steigen.

Es gibt Grund zu der Annahme, dass es in diesem Jahr einen zusätzlichen Anreiz für Königsberger geben wird, mehr Zeit in anderen europäischen Ländern zu verbringen. Der damalige Bürgermeister Alexander Jaroschuk und die Sprecherin des Gebietsparlaments Marina Orgejewa hatten schon frühzeitig die Bewohner Königsbergs aufgefordert, die Stadt während der WM-Spiele zu verlassen, um einen Verkehrskollaps in der Stadt zu verhindern.

Orgejewa versetzte die Städter in Schrecken: „Es gibt unterschiedliche Fans, deren Absicht vielfältig sein kann. Man muss sich nicht dorthin begeben, wo es Konflikte geben könnte." Sie sagte, dass es ein besonderes Verkehrssystem geben werde, und dass viele Einrichtungen geschlossen blieben. „Wer nicht zu den Spielen geht, sollte sich nicht in der Stadt aufhalten." *Jurij Tschernyschew*

Anfang in Tilsit

Musikmeister Walter Harmens diente in der preußischen Armee, in der Reichswehr und in der Wehrmacht

Walter Harmens wurde am 23. Januar 1879, als Sohn eines Kapellmeisters, in Germau (Samland) geboren. Als 18-Jähriger trat er dem 1. Ostpreußischen Feldartillerie-Regiment Nr. 16 bei und zeichnete sich dort bald als Kornettist und Geiger aus. Am 27. Januar 1908 (Kaisers Geburtstag) wurde Harmens nach bestandener Hochschulprüfung in Berlin-Charlottenburg zum Musikmeister befördert. Danach wurde er zum Dragoner-Regiment Prinz Albrecht von Preußen Nr.1 nach Tilsit versetzt und führte dort das Trompeter-Korps. Hier diente er für zehn Jahre.

Der Autor Hermann Sudermann setzte Harmens mit seinen „Lithauischen Geschichten“ in „Die Reise nach Tilsit“ ein literarisches Denkmal. Als junger Dirigent und Nachfolger des bekannten Komponisten Robert Leuschner hatte Harmens in Tilsit auch Sinfonien von Haydn, Mozart, Beethoven und Schubert zur Aufführung gebracht. Den Ersten Weltkrieg machte er an der Ost- und Westfront mit. Für einen gefährlichen Melderitt erhielt er 1918 das Eiserne Kreuz Zweiter Klasse. und wurde am 31. August des gleichen Jahres zum Obermusikmeister befördert.



47 Jahre im Dienst: Musikmeister Walter Harmens... Bilder: Schobeß

Nach Friedensschluss kam Harmens zunächst nach Berlin zum Infanterie-Regiment 15 und kurz darauf nach Potsdam. Am 1. Januar 1921 übernahm er dort das Trompeter-Korps der 3. (Preuß.) Nachrichten-Abteilung. Hier entstanden auch die ersten eigenen Militärmärsche wie „Töchterlein“, „niemand zuliebe niemand zuleide“ und die oft gelobte „Festfanfare“ von 1927. Die „Festfanfare“ gelangte als einziges Musikstück von insgesamt elf eigenen Fanfaren- und Parademärschen (Schellack) in die deutsche Heeresmusik-Sammlung (HM IIIA, 60). Zuvor, im Jahr 1923, gab es unter Harmens die erste musikalische Rundfunkübertragung nach Übersee in die USA. Es spielte das Musikkorps der 3. Nachrichtenabteilung in Streicherbesetzung. 1924 veranstaltete die Abteilung gegenüber ihrer Kaserne auf dem Sportplatz Bornstedter Feld ein sechstägiges Sportfest für Soldaten der Nachrichtentruppe. Für die Musik war Obermusikmeister Harmen mit seinem Trompeterkorps zuständig.

Im Zuge der Heeresvermehrung von 1936 wurde Harmens mit 40 weiteren Obermusikmeistern zum Stabsmusikmeiser ernannt. Inzwischen war er längst verheiratet, hatte einen Sohn und drei Töchter. Nachdem im gleichen Jahr die Nachrichten-Abteilungen ihre Trompeter-Korps abgeben mussten, gelangte Harmens am 1. Oktober zum Artillerie-Regiment 23. Der gleiche Kasernenkomplex konnte beibehalten werden, da die sich nun 23. Nachrichten-Abteilung nennende Truppe in angrenzende Neubauten umgezogen war. Bald darauf wurde Harmens zum militärmusikalischen Berater für berittene Truppen beim III. Armeekorps ernannt. Nach dem Großmanöver der Wehrmacht von 1937 in Mecklenburg erfolgte vom 22. bis 23. September die sogenannte „Mussolini-Parade“ in Berlin. Die 3. Nachrichten-Abteilung beteiligte sich an dem nächtlichen Großkonzert der Wehrmacht zu Ehren des italienischen Diktators. In den 30er Jahren wurden in Potsdam einige Denkmäler für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichte. Traditionell stellte für die feierliche Einweihung dieser Denkmäler die 3. Nachrichten-Abteilung die entsprechende Musik.

...und in des Kaisers buntem Rock bei der Paradeaufstellung (re.)



...mal hoch zu Ross...

Am 26. November 1937 beging Harmens in Potsdam sein 40. Dienstjubiläum. Die Ansprache beim Regimentsappell hielt der Kommandeur Oberst Pfeiffer. Bei der anschließenden Feier im Offizierkasino waren der Divisionskommandeur, Generalleutnant Ernst Busch, der Stadtkommandant, General Hartmann, die beiden Heeresmusikinspizienten und der Oberbürgermeister Hans Friedrichs anwesend. 1938 gehört das Trompeter-Korps von Walter Harmens zu den Militärkapellen, die in Gegenwart von Hitler und Mussolini in Italien eine Konzertreise absolvierten.

Während des Zweiten Weltkrieges war Harmens in Frankreich und zuletzt in Dänemark stationiert. Die meiste Zeit im Sattel, verabschiedete sich Walter Harmens nach 47 Dienstjahren am 1. Februar 1945 vom Dienst, nachdem sein Musikkorps schon im September 1944 aufgelöst worden war. Zu seinem 80. Geburtstag, in Westberlin, gab ihm das Polizei-Standortorchester noch ein Ständchen. Walter Harmens verstarb im 84. Lebensjahr am 18. Februar 1963 und wurde auf dem Städtischen Friedhof in Berlin-Steglitz beigesetzt.

Volker Schobeß

Östlich von Oder und Neisse

Nah am Wasser gebaut

Bromberg feiert die Industrialisierung entlang einer historischen Route

Während sich die ostoberschlesische Woiwodschaft Schlesien auf das diesjährige Fest der Industriekulturdenkmäler, bei dem man Stätten der Industriegeschichte mit einem Busshuttle bereisen kann, vorbereitet, will Bromberg mit einem ähnlichen Projekt Schritt halten. Während Oberschlesien für Bergbau- und Hüttenindustriedenkmäler steht, setzt die Bromberger „TeH2O“-Technikroute auf Industriedenkmäler, die mit Wasser zu tun haben. Im September vergangenen Jahres beschlossen die Ratsherren, 2018 zum „Jahr des Bromberger Industrie-Kulturerbes“ (Rok Bydgoskiego Dziedzictwa Przemysłowego) zu erklären. Ziel des Vorhabens soll sein, Touristen und Bromberger auf die Kulturdenkmäler der 2015 gegründeten „TeH2O“-Technikroute aufmerksam zu machen. Als Motto wählte man „Mensch und Technik“. Berühmte Industriepioniere der Region sollen entlang der Stationen vorgestellt werden.

So rückt zum Beispiel eine historische Barkasse auf der Brahe in den Fokus. Sie ist zwar längst ein beliebter Veranstaltungsort für Konzerte und Feste, doch nun wird die Geschichte des Besitzers Adolf Schmidt hervorgehoben. Schmidt ließ die Barkasse 1937 bauen und taufte sie „Lemara“. Dabei verband er die Vornamen seiner Eltern: Leon und Marianne.

Schmidt hatte aber nicht lange Spaß an seiner „Lemara“, denn bald schon fiel sie in die Hände der Sowjets, später der Polen. Schmidt wurde vom Besitzer zum Mieter degradiert, doch die Barkasse fuhr noch bis 1982, als Schmidt bereits nicht mehr lebte. 2009 wurde sie saniert und zum beliebten Veranstaltungsort der Bromberger umfunktioniert. Die „Lemara“ zählt neben den Speicherhäusern auf der Brahe, dem Bromberger Kanal, der Mühleninsel oder dem Bromberger Wasser-



„Lemara“ Bild: Pit 1233

turm zu insgesamt 15 Stationen der 2015 gegründeten Technikroute. All diese Sehenswürdigkeiten werden während des Industriefestes Veranstaltungsorte sein. Ergänzend wird vom 22. bis 24. Juni das Wasserindustriefest „Steuer auf Bromberg“ organisiert. Das Fest verbindet die Welten von Schiffern, Künstlern und Geschichtsfreunden.

Im Danziger Wald, dem höchstgelegenen Areal der Stadt, steht der 1900 durch Franz Marschall entworfene Wasserturm, der nebst der dazugehörenden Wasserwerkhalle ein Technikmuseum beherbergt. In diesem zylindrischen Bau befand sich ein Ausgleichsbehälter, der 90 Jahre lang den korrekten Wasserdruck im Netz hielt, damit das Wasser bei Verbrauchsspitzen auch alle Abnehmer problemlos erreichte. Von der Galerie des 45 Meter hohen neugotischen Backstein-Wasserturm hat man einen herrlichen Blick über die Stadt. Die Galerie war bis 2012 unzugänglich. Der Wasserturm beherbergt eine Ausstellung zur Geschichte der Bromberger Wasserwirtschaft. Dort werden Dokumente, Bilder, einstige Ausstattungselemente, Bäder und Toiletten sowie Fragmente von Holzrohren gezeigt, die Teil der ersten Wasserleitung aus dem 16. Jahrhundert waren.

Neben dem Wasserturm gehört auch die historische Pumphalle an der Danziger Str. 242 (ul. Gdanska) zum Museum. Dieses ist ein wichtiger Schwerpunkt beim Fest am 15. September. Ab 12 Uhr geht es mit den Veranstaltungen los. So können Interessierte in der 1865 gegründeten Holz-Werkzeugmaschinenfabrik historische Maschinen im Einsatz erleben. Im malerischen Viertel „Bromberger Venedig“ kann die 600-jährige Tradition der Braukunst des Bromberger Brauhauses erkundet werden, im „Exploseum“, das im ehemaligen Nitroglycerin-Werk der DAG-Fabrik Bromberg entstanden ist, wird man in die Rüstungsindustrie des Zweiten Weltkriegs zurückversetzt und im Museum des Bromberger Kanals, das sich in einem Wirtschaftsgebäude aus dem 19. Jahrhundert befindet, kann man Fotos, Ansichtskarten oder Uniformen von Matrosen und Binnenschiffern bewundern.

Chris W. Wagner



Zum 99. Geburtstag

Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 20. April

Zum 98. Geburtstag

Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April

Zum 97. Geburtstag

Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, verw. **Palluck**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 20. April

Zum 96. Geburtstag

Behrendt, Gertrud, geb. **Audehm**, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 20. April
Olschewski, Paul, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. April

Zum 95. Geburtstag

Biallowons, Erika, geb. **Tanski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Czychi, Mathilde, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 20. April
Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April
Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, von-Mackensen-Straße 2, am 25. April
Herbstreit, Erwin, aus Königsberg-Tannenwalde, am 21. April
Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 21. April
Montro, Hildegard, geb. **Slembeck**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April
Trappe, Gerhard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 21. April

Zum 94. Geburtstag

Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April
Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 25. April
Gorray, Johanna, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April
Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, am 24. April

Zum 93. Geburtstag

Benner, Eva-Maria, geb. **Desens**, aus Damerau-Försterei, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April
Herbstreit, Horst, aus Königsberg-Tannenwalde, am 12. April
Kattanek, Edith, geb. **Wassel**, aus Schippenbeil, Kreis Bartenstein, am 22. April
Salamon, Hildegard, aus Lyck, am 24. April
Warnat, Gustav, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. April

Zum 92. Geburtstag

Andresen, Liesbeth, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. April
Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. April
Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April
Herrmann, Ruth, geb. **Metzdorf**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April
Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 24. April
Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April
Posywio, Luzie, geb. **Karbaum**, aus Loien, Kreis Lyck, am 20. April
Richter, Maria, geb. **Hill**, aus Rostken, Kreis Lötzen, am 26. April
Schneider, Dorothea, aus Rohnen, Kreis Ebenrode, am 21. April
Struckmann, Christel, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

Zum 91. Geburtstag

Baltruschat, Hanni, geb. **Bloch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Berger, Dorothea, geb. **Engelhardt**, aus Ebenrode, am 23. April
Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Bradke, Herta, geb. **Hoffmann**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 21. April
Faber, Elli, geb. **Strauss**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 20. April
Kaminski, Erna, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Müller, Renate, geb. **Loch**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Nemetz, Helmut, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 22. April
Schulz, Franz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. April
Sulewski, Bruno, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 26. April

Zum 90. Geburtstag

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April
Haekel, Gerhard, aus Seebach, Kreis Ebenrode, am 20. April
Jakubowski, Hedwig, geb. **Jezarzek**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 21. April
Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April
Kuihs, Gerhard, aus Siegenau, Kreis Johannisburg, am 24. April
Lasarzewski, Heinz, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 20. April
Mett, Hilde, geb. **Gollembusch**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 25. April
Meyer, Manfred, aus Sentken, Kreis Lyck, am 24. April
Nicolai, Anni, geb. **Staschko**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April
Rehfisch, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April
Turzynski-Woerdemann, Irena, geb. **Braczko**, aus Lyck, am 20. April
Zitzmann, Irmgard, geb. **Melsa**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

Zum 85. Geburtstag

Arnold, Edith, geb. **Falkus**, aus Marguhnen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. April
Bartel, Albert, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Dörsam, Paula, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 26. April
Doppelfeld, Hildegard, geb. **Jorzik**, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 22. April
Ehrichs, Elfriede, geb. **Klimaschewski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 23, am 25. April
Erdt, Hans-Werner, aus Keipern, Kreis Lyck und Martinshagen, Kreis Lötzen, am 23. April
Erlhöfer, Helmut, früher **Olschewski**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. April
Feind, Christel, geb. **Krahn**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. April
Gertulla, Gerhard, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Kretschmann, Helmut, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 21. April
Kretschmann, Rudi, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 21. April
Krokowski, Klaus, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 26. April
Kuntze, Edith, geb. **Segatz**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 26. April
Lojewski, Siegfried, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 24. April
Ruttkowski, Ruth, geb. **Kroll**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Sinagowitz, Dieter, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Theilig, Edeltraud, geb. **Knieß**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 24. April
Wegelin, Willi, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 24. April
Wieczorek, Edith, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 23. April
Worßa, Ingeburg, aus Bor schimmen, Kreis Lyck, am 24. April

Zum 80. Geburtstag

Besteher, Marianne, aus Lyck, am 23. April
Bock, Barbara, aus Lyck, am 25. April
Browarzik, Dieter, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 21. April
Dudda, Fritz, aus Treuburg, am 22. April
Gerwin, Ursula, geb. **Mrowka**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 20. April
Gläser, Manfred, aus Stadaunen, Kreis Lyck, am 26. April
Goertz, Ingrid, aus Gneist, Kreis Lötzen, am 21. April
Harring, Gerlinde, geb. **Rinio**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 20. April
Hoffmann, Edna, geb. **Donnic**, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 23. April
Kallweit, Kurt, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 25. April
Kowalek, Jürgen, aus Neidenburg, am 20. April
Kresin, Manfred, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 26. April
Krüger, Gerda, geb. **Reinhart**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 25. April
Lojewski, Ingrid, geb. **Saborowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. April
Plehn, Lieselotte, geb. **Kochonek**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 23. April
Schulz, Gottfried, aus Groß Rödersdorf, Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 25. April
Schulz, Wilhelm, aus Groß Rödersdorf, Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 25. April
Sedello, Lothar, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 26. April
Struck, Ingrid, geb. **Bolk**, aus Lyck, am 22. April

Zum 75. Geburtstag

Boczkowski, Herbert, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 24. April
Möller, Rosemarie, geb. **Venohr**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 22. April
Osigus, Hans-Jürgen, Vorfahren aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

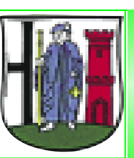
Termine der LO

2018
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Allenstein Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Zeitplan für Fusion mit Allenstein-Land

Während seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Stadtgemeinschaft über einen möglichen Zeitplan der Fusion mit der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land beraten. Die KG Allenstein-Land hat bei ihrer kürzlich erfolgten Mitgliederversammlung, am 14. April, die Satzung und die Wahlordnung für die neue Kreisgemeinschaft beschlossen. Die nächsten Schritte wären der Eintrag in das Vereinsregister, die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt, die Einrichtung des neuen gemeinsamen Kontos und der Abgleich der Mitgliederkartei.

Sofern diese Voraussetzungen erfüllt sind, könnten im Jahre 2019 in der Stadtgemeinschaft Allenstein und der KG Allenstein-Land die Wahlen zu der gemeinsamen Kreisversammlung durchgeführt werden. Dazu müsste zu Weihnachten 2018 der Wahlaufruf im Allensteiner Heimatbrief und im Heimatjahrbuch sowie der *PAZ / Ostpreußenblatt* erfolgen. Nach erfolgter Wahl könnte die frischgewählte Kreisversammlung erstmals zum Jahrestreffen 2019 zusammentreten, um unter anderem den gemeinsamen Vorstand zu wählen.

Anlässlich des Jahrestreffens würde auch die Stadtversammlung letztmalig zusammentreten, um eine Übertragung des Vermögens der Stadtgemeinschaft und die Auflösung des Vereins zum 31. Dezember 2019 zu beschließen. Mit der Meldung an das Amtsgericht Gelsenkirchen wäre die Fusion dann abgeschlossen.



Angerburg

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Ausschreibung des Kulturmuseums

Die Gesellschaft zur Rettung des kulturellen Erbes der ehemaligen und gegenwärtigen Zeit „Ojcowizna“ verkündet die 20. Edition des Wettbewerbs unter dem Motto „Unser Schicksal“, der unter anderem an alle Bewohner des südlichen Ostpreußens gerichtet ist. Das turbulente 20. Jahrhundert komplizierte die Schicksale der Völker, Familien und auch einzelner Menschen. Kriegsbedingte Zusammenbrüche, Naturkatastrophen, Wanderungen ganzer Gemeinschaften erschütterten die Welt und die nächste Gegend. In dieser schrecklichen Welt gab es aber auch Momente der Ruhe, die Menschen liebten sich, gebaren Kinder, schöpften Kraft, starben einfach...

Versuchen wir, die Schicksale der Familien und einzelner Menschen nachzubilden – aus Gedächtnissplittern, Fotografien, Briefen, Tagebüchern, Gegenständen, die auf den weiteren Weg mitgenommen worden waren, um das neue Zuhause zu erschaffen. Es wird auch Gelegenheit zu gemeinsamen familiären Erinnerungen sein, sich mit Interesse über alte Fotos zu beugen zum Wiederfinden vergessener Verwandtschaften.

Wir bilden in Angerburg eine Kollektion dieser Andenken – das Archiv – unser gemeinsames Porträt. Erfahrungen aus fünf folgenden Editionen erbreiterten die Formel des Wettbewerbs um neue Kategorien (Ortsgeschichte, Erinnerungen vom Militärdienst).

Die 20. Edition des Wettbewerbs endet mit einer großen Ausstellung der zugesandten Arbeiten. Wir werden aus ihnen Kopien und Nachbildungen anfertigen und garantieren Ihnen die Rückgabe der ausgeliehenen Andenken.

Gegenstände des Wettbewerbs sind: Fotografien, Briefe, persönliche Urkunden und Dokumente, Memoiren, Erinnerungen.

Alle, die am Wettbewerb teilnehmen möchten, bitten wir um genaue Beschreibung jedes Fotos oder komplex aller Fotos. Die Beschreibung sollte folgende Daten beinhalten: Datum und Name des fotografierten Ortes, wen oder was es vorstellt, welches Ereignis, Name des Fotografen, wenn eine genaue Beschreibung unmöglich ist, sollte jedes Foto mindestens eine der Angaben beinhalten. Es ist die Bedingung zur Qualifizierung des Fotos zum Wettbewerb oder zur Ausstellung.

Den Veranstalter des Wettbewerbs interessieren auch ausführliche Beschreibungen, wie die Genealogie der Familie, der Verlauf des fotografierten Ereignisses, die dazu gehörenden Zeremonien, Familienfeiern mit den damit verbundenen Bräuchen, spätere Schicksale der fotografierten Personen.

Zur Teilnahme am Wettbewerb laden wir auch junge Leute ein, die sich für die Geschichte ihrer Eltern und der nächsten Gegend interessieren.

BRIEFE, DOKUMENTE, ANDENKEN: Wer ist der Eigentümer? Wer war der Besitzer, Absender, Empfänger? Wo wohnte er? Womit beschäftigte er sich? Was hat ihn interessiert? Wie war sein Schicksal? Familienverbindungen mit jetzigem Dokumenteigentümer, Lobbriefe, Diplome, Auszeichnungen und Orden.

MEMOIREN, ERINNERUNGEN: Form und Umfang beliebig, wichtigste Voraussetzung ist die Authentizität der beschriebenen Ereignisse. Preise und Auszeichnungen für die interessantesten Arbeiten werden von der Jury in fünf Kategorien verliehen: Fotografie, Dokumentation der Familiengeschichte, Erinnerungen, Ortsgeschichte und Erinnerungen vom Militärdienst.

Mitglieder der Jury, Höhe der Preise und Auszeichnungen werden wir zu einem späteren Termin bekanntgeben.

Entsprechend geschützte Wettbewerbsarbeiten bitten wir persönlich abzugeben oder bis September 2018 per Post mit dem Vermerk, ob der Eigentümer der Präsentation oder eventuellen Publikation seiner Arbeiten zustimmt, an folgende Adresse zu schicken:

Muzeum Kultury Ludowej, 11-600 Wegorzewo, ul. Portowa 1, Telefon und Fax (0087 427) 3242 oder (0087 427) 4275278, E-Mail: mkl.historia@wp.pl.

Autoren der zum Wettbewerb qualifizierten Arbeiten erhalten Nachricht bis Ende Oktober 2018.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaten
Fortsetzung von Seite 15

Jedem Teilnehmer garantieren wir die Rückgabe der Arbeiten nach der Preisauslosung und Beendigung des Wettbewerbs. Versandkosten der Arbeiten zum Wettbewerb trägt der Absender, die der Rückgabe der Organisator. Die Zusendung der Arbeiten zum Wettbewerb bedeutet das Einverständnis zum Kopieren für unser Archiv. Absender und Autoren der zum Wettbewerb zugesandten Arbeiten werden Einladungen zur Eröffnung der Ausstellung und Teilnahmediplome erhalten. Termin der Ausstellung: Oktober 2018. Die Rückgabe der Arbeiten ist bis November 2018 vorgesehen. *Barbara Graziewicz-Chludzinska*



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha. Stellvertreter: Uwe Nietzelt. Geschäftsstelle: Telefon (0344) 8966746, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Familienforschung: Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021

Vortragsreihe „Hans Parlow“

Eckernförde – Sonnabend, 28. April, 17 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: „Traumatische Erlebnisse aufgrund von Krieg und Vertreibung“, Referent ist Herr Kürz. Der Eintritt ist frei. Bitte vormerken: Das Pillauer Treffen findet in diesem Jahr einen Monat später statt, am 8 und 9. September.

»Heimatarbeit« auch im Internet



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuer Kreisvertreter



Heiligenbeil: Arnold Hesse (links) und der neue Kreisvertreter Bernd Schmidt Bild: privat

Im Rahmen der Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil in „Haases Gasthaus“ in Burgdorf wurde am Sonnabend, dem 7. April, ein neuer Kreisvertreter gewählt.

Einziger Kandidat war Bernd Schmidt aus Plössen im Kirchspiel Zinten / Land. Bernd Schmidt wurde einstimmig gewählt.

Bernd Schmidt: „In meiner Amtszeit sollen vor allem die Landsleute im Mittelpunkt meiner Aufmerksamkeit stehen.“

In einem weiteren Wahlgang wurde Arnold Hesse einstimmig zum neuen Kassenwart der Kreisgemeinschaft gewählt. Arnold Hesse, der aus Klein Windkeim im Kirchspiel Bladiau kommt, verfügt in seinem Aufgabenbereich über viel Erfahrung.

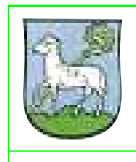
Wir wünschen den neuen Amtsträgern für ihre Arbeit viel Freude und Schaffenskraft zum Wohle der Kreisgemeinschaft!

Weitere Tagesordnungspunkte waren auch das Ergebnis der Kassenprüfung mit Entlastung des Vorstandes, der neue Haushaltsplan sowie das Kreistreffen 2018.

Die gesamte Kreistagssitzung fand in einer kreativen und freundschaftlichen Atmosphäre statt. *Christian Perbandt, 2. Kreisvertreter*

Sondertreffen Zinten-Land/Stadt

Altenau – Freitag 20., bis Sonntag, 22. April, Pension Quellenhof, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau: 30. Sondertreffen.



HEILSBERG

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueting@gmx.de, stellvertretender Kreisvertreter: Karl-Heinz Küting, E-Mail: khkueting@gmx.de.

Neuer Vorstand

Liebe Landsleute in der Landsmannschaft Ostpreußen, liebe Ermländer, es gibt Neuigkeiten aus der Kreisgemeinschaft Heilsberg!

Nachdem ein mögliches und sogar baldiges Ende der Kreisgemeinschaft lange Zeit wie ein dunkler Schatten über uns hing, kann ich Ihnen heute mitteilen, dass wir einen (Aus-)Weg gefunden und einen neuen Vorstand bestellt haben. Anlässlich unserer letzten Kreistagssitzung am 24. März in Köln wurde noch einmal mehr deutlich, dass wir den Untergang der Kreisgemeinschaft weder so noch zum jetzigen Zeitpunkt akzeptieren oder zulassen wollten. Maßgeblich waren für uns dabei die Interessen unserer Vorfahren und all derer, die ihre Heimat oder das Land ihrer Ursprungsfamilien nicht einfach vergessen und damit verloren geben wollten.

Der bisherige Vorsitzende, Erwin Popien, trat aus Altersgründen nicht erneut zur Wahl an und übergab sein Amt an den neuen Vorstand. Dieser setzt sich zusammen aus Mitgliedern des bisherigen Vorstandes und jungen Nachfolgern, die familiäre Wurzeln im Ermland haben, Land und Leute in der Vergangenheit meist durch ihre Eltern kennen und schätzen lernten und sich dem Vermächtnis ihrer Vorfahren mit Blick in die Gegenwart und dem Land im Kontakt innerhalb eines geeinten Europa für die Zukunft auf besondere Weise verbunden fühlen.

Wir danken Erwin Popien für seinen unermüdlichen, nicht immer einfachen Einsatz und hoffen, der uns übertragenen Verantwortung und den Aufgaben im Interesse der Kreisgemeinschaft gerecht zu werden. Dabei zählen wir auf tatkräftige Unterstützung Ihrerseits, gerade in den Anfängen, denn – offen gestanden – so ganz wohl ist uns „Neulingen“ noch nicht bei der Sache.

Aber es ist Frühjahr – Zeit des Aufbruchs und Neubeginns – und in diesem Sinne freuen wir uns auf einen guten Start und eine konstruktive Zusammenarbeit.

Jutta Küting, Kreisvertreterin, und Karl-Heinz Küting, stellvertretender Kreisvertreter



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimattreue Insterburger

Helmstedt – Vom 8. bis 10. Juni: Treffen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail: ursel26@googlemail.com.

HEIMATGRUPPEN

Köln – Mittwoch, 25. April, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg). Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Hamburg – Mittwoch, 2. Mai, 12 Uhr: Monatstreffen mit buntem Programm.

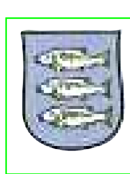


JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen. Internet: www.kreisge-meinschaft-johannisburg.de

35. Johannisburger Heimatkreistreffen

Düsseldorf – Dienstag, 1. Mai, 10 bis 16 Uhr, Goldener Ring, Burgplatz 21: 35. Johannisburger Kreistreffen. Leitung: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

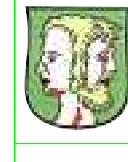


LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Begleitprogramm zur Ausstellung

Neumünster – Sonnabend, 21. April, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr geöffnet und Gelegenheit, die Sonderausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“ zu besuchen. Ab 15.30 Uhr werden im Ausstellungsraum als Begleitprogramm zur Sonderausstellung die 19 Werke von Carl Knauf (1898–1944) aus dem Sammlungsbestand von Bernd Schimpke, Hamburg, präsentiert, zwei Filme des litauischen Regisseurs Arvydas Barysas gezeigt: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus“ (2009) und „Zwischen Wanderdünen. Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“ (2015). Eine kurze Einführung in die gezeigten Dokumentarfilme gibt Ute Eichler. Eintritt – wie immer – frei.

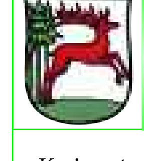


LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Reise nach Ostpreußen

Freitag, 8. bis Sonntag, 17. Juni: Kombinierte „Schiffs- & Bus-Ostpreußen-Reise“ 10 Tage, der Kreisgemeinschaft Lyck über Memel, Kurische Nehrung, Memelland, Nördliches Masuren, Kreis Lyck mit Bärbel Wiesensee von der Kreisgemeinschaft Lyck und Gerhard Scheer.

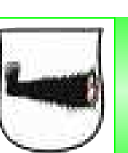


ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Landbezirke

Herne – Sonntag, 22. April, 10 Uhr, Restaurant „Zille“, Eingang: Rückseite Kulturzentrum, Willi-Pohlmann-Platz 1: Treffen der Landbezirke Alt Keykuth, Eichthal, Groß Schöndamerau, Hamerudau, Kaspersguth, Kobbelhals, Lehmanen, Leinau, Neu Keykuth, Neuvölklingen, Rohmanen und Ulrichsee.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

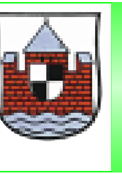
Kirchspieltreffen

Sorquitten – Sonnabend, 28. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.

Warpuhnen – Sonnabend, 28. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.

Dittchenbühne – Kinderkleiderflohmarkt

Elmshorn – Sonnabend, 21. April, 14 bis 17 Uhr, „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: Kinderkleider-Flohmarkt. Baby- und Kinderkleidung aller Art werden von privat angeboten. Bei gutem Wetter findet der Flohmarkt gegebenenfalls auch im Außenbereich der Dittchenbühne statt. Der Eintritt ist frei. Kuchenspenden – so die Organisatoren – sind sehr willkommen, denn die werden auf der Veranstaltung zugunsten des Kindergartens „Storchennest“ verkauft. Informationen unter www.dittchenbuehne.de.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Rosenhof 17, 09002 Chemnitz, Telefon (0371) 642448. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Nachbarschaftsgespräch

Zum diesjährigen Nachbarschaftsgespräch hatte die Stadtgemeinschaft Tilsit die Vorstände der Nachbarkreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung nach Köthen in Sachsen-Anhalt eingeladen. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Vorbereitung und gemeinsame Koordinierung der nächsten Vorhaben. Im Mai dieses Jahres veranstaltet die KG Tilsit-Ragnit ein gemeinsames Heimattreffen für die Mitglieder aller drei Kreise in Eitorf. Das nächste Drei-Kreise-Treffen bereitet die KG Elchniederung in Lüneburg vor.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat mit der Neuwahl ihrer Stadtvertretung Kandidaten aus den Reihen der Nachgeborenen und aus der Bekenntnisgeneration gewonnen und eine Verjüngung erreicht. Die neue Stadtvertretung zählt zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben, Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben und die Perspektive der Stadtgemeinschaft Tilsit über die kommende Legislaturperiode hinaus „auf Dauer“ anzulegen. Dabei wird se sich auf das Wirken einer Arbeitsgruppe stützen, die ein Zukunfts-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Zusendungen für Ausgabe 18

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 18/2018 (Erstverkaufstag: 4. Mai) bis spätestens Mittwoch, 25. April an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.



Tilsit-Stadt: In Köthen trafen sich die Vorstände der drei Kreisgemeinschaften Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung zu ihrem traditionellen Nachbarschaftegespräch Bild: privat

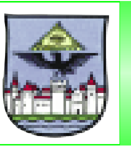
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

szenario entworfen und einen Strategieansatz in Angriff genommen hat. Es gilt, Ostpreußen als Teil der deutschen Kulturgeschichte im Bewusstsein der Menschen nachhaltig zu bewahren.

Viel Diskussionsstoff bot das Wechselverhältnis von Mitgliederentwicklung, Spendenverhalten und Heimatbriefversand. Eine mehrjährige Analyse der Spendeneingänge führte zu einer Bereinigung der Versandkarteien mit dem Ergebnis, dass der Spendenumfang trotz Mitgliederreduzierung annähernd gleich gehalten werden konnte.

Die Beratung war gekennzeichnet durch konstruktive Beiträge und ein harmonisches Miteinander. Alle Teilnehmer sprechen sich für die Fortsetzung des jährlichen Nachbarschaftsgesprächs aus. Das Gespräch 2019 wird von der KG Tilsit-Ragnit ausgerichtet und findet in Eisenach statt.

Hans Dzieran, Kreisvertreter



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit. Am Vorabend, also am Freitag, 25. Mai, findet ein gemeinsames Abendessen um 18.30 Uhr statt mit einem gemütlichen Beisammensein im Anschluss. Es erwartet Sie ein vielfältiges Programm bei freiem Eintritt (um eine Spende wird gebeten.) Festredner ist LO-Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Thüne. Hotelzimmer (DZ 94, EZ 64) können unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de gebucht werden.



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Reutzstraße 5, 19055 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 203180.

Auflösung

Zum 1. Januar 2018 wurde die Deutsche Gesellschaft in Treuburg aufgelöst. Sie war bisher Sammelpunkt der Deutschstämmigen, die auf dem Gebiet des Kreises Treuburg wohnen. Diese Gesellschaft, oft auch als „Deutsche Gruppe" bezeichnet, gibt es seit dem 1. Januar nicht mehr. Sie hat sich aufgelöst.

Ende November 2017 versammelten sich die Mitglieder der Deutschen Gruppe zu einer außerordentlichen Hauptversammlung um darüber zu sprechen, wie die Zukunft der Deutschen Gruppe aussehen kann. Nach eigenen Angaben erklärte sich niemand bereit, die Arbeit des Vorstandes und der Vorsitzenden zu übernehmen. Hannelore Muraczewska, die bisherige Vorsitzende, konnte ihre Arbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht fortsetzen.

Für uns als Kreisgemeinschaft stellt die Auflösung der Deutschen Gruppe eine Zäsur dar, war sie doch trotz aller Sprachhemmnisse ein Brückenkopf in der masurischen Heimat. Insbesondere die Tatsache, dass die Mitglieder organisiert und damit für uns gut erreichbar waren, erleichterte unsere humanitäre Arbeit vor Ort. Denken Sie nur an die vielen Adressänderungen, die es zu bewältigen gibt.

Wir können aber auch nicht verhehlen, dass in den letzten Jahren zu beobachten war, dass viele junge Mitglieder Treuburg verlassen haben und ihr berufliches und privates Glück in Warschau, Danzig, Posen oder Deutschland gesucht haben. Wer will es ihnen verdenken. Würde nicht jeder von uns den gleichen Weg gehen wollen, um ein leichteres, vermeintlich besseres Leben führen zu können? Denken Sie nur an die vielen Menschen, die bereits vor 1900 Masuren Richtung Ruhrgebiet oder die damalige Reichshauptstadt Berlin verlassen haben.

Es ist, wie es ist, und irgendwie wird es weitergehen. Wir werden nunmehr versuchen, direkt mit den Mitgliedern der Deutschen Gruppe Kontakt zu halten. Auch, wenn dies sehr aufwendig sein wird. In Zukunft wird es sich zeigen, wie stark das Band ist, das uns mit den deutschstämmigen Menschen in Masuren verbindet. Hier wird es von beiden Seiten die Notwendigkeit geben, noch mehr aufeinander zuzugehen.

Bitte wenden Sie sich für Fragen zu Reisen nach Treuburg sowie Reisezielen an mich als Kreisvertreter. Ich habe Treuburg und Masuren in unzähligen Reisen kennengelernt und möchte behaupten, Sie in allen Fragen beraten zu können.

Wir danken Hannelore Muraczewska und den anderen Mitgliedern des Vorstandes für die zuvor geleistete Arbeit. Ganz besonders möchten wir an dieser Stelle jedoch unserer geschätzten Michalina Dabrowska gedenken, die die Deutsche Gruppe im Jahr 1991 gegründet hat und in den schweren Jahren der Aufbauarbeit deren Vorsitzende war.

Ulf Püstow, Kreisvertreter

Erster Termin

Bernd Fabritius empfängt Bernard Gaida

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, hat am 12. April den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Europa (AGDM), Bernard Gaida, zu einem ausführlichen Informations- und Gedankenaustausch empfangen. Es war der erste Termin von Fabritius in seinem neuen Amt. Gaida ist auch Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG).

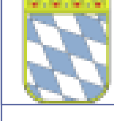
Im Zentrum des Gesprächs stand die allgemeine Situation der deutschen Minderheiten in Europa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die sich in der AGDM zusammengeschlossen haben.

Betreffend die Deutsche Minderheit in Polen wurde insbesondere die Situation im Bildungswesen sowie die Möglichkeiten für den Ausbau des Informationsangebotes über Geschichte und Gegenwart der Deutschen in Polen erörtert.

Bernd Fabritius und Bernard Gaida vereinbarten einen kontinuierlichen Austausch über aktuelle Fragen, die AGDM und VdG betreffen.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BAYERN

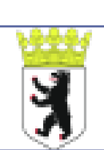
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 27. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen einer heimatlichen Käseplatte. Dann bunter Heimatabend mit Beiträgen über und aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und dem Sudetenland.

Landshut – Donnerstag, 3. Mai: Mai-Ausflug. Das Programm wird nachgereicht.

Dittchenbühne

Elmshorn – Mittwoch, 6. Juni, 9 bis 12 Uhr, und Donnerstag, 18.30 bis 21.20 Uhr, „Forum Baltikum – Dittchenbühne", Hermann-Sudermann-Allee 50: „Nähtreff" mit Nadja Berning-Pampel. Die Kosten betragen je Termin fünf Euro. Informationen unter Telefon (04121) 89710 oder E-Mail: buero@dittchenbuehne.de. Eine Anmeldung ist erforderlich.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Königsberg – Freitag, 20. April, 14 Uhr. Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Rastenburg – Sonnabend, 5. Mai, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus", Rohrdamm 24 B, Anfragen an Nina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 9. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

BERICHT

Zu unserem Kreistreffen Tilsit und Tilsit-Raqgnit am 24. März im Ratskeller des Rathauses in Berlin-Charlottenburg hatten wir Mitglieder, Freunde und Bekannte zu einem Frühlingskonzert eingeladen.

Es kamen dann mit 40 Menschen fast doppelt so viele Personen wie sonst.

Kein Wunder, denn der Sängerin Isabelle Kusari und ihrem preisgekrönten Pianisten Jun Zhao eilte ein guter Ruf voraus, der sich auf eindrucksvolle Weise bestätigen sollte.

Nach Ablauf des offiziellen Teils und der anschließenden Kaffeetafel waren alle sehr gespannt auf das Konzert.

Über eine Stunde lang forderte das Duo die Zuhörer zu Beifallsstürmen heraus. Durch Kusaris unvergleichliche Mezzosopranstimme war der Gesang so markant, dass die Wände zu wackeln schienen.

Ostpreußische Lieder, Gedichte und Geschichten wechselten sich ab. Die Stimmung war hervorragend. Es wurde geschunkelt, mitgesungen und im Takt geklatscht.

Ganz sicher werden wir die beiden Interpreten immer wieder zu uns einladen, da sie eine riesige Auswahl aus unterschiedlichen Darbietungen zu haben scheinen.

Es war eine wunderbare Auffrischung von Erinnerungen an unsere ostpreußische Heimat.

Barbara Fischer, Kreisbetreuerin

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet unter www-preussische-allgemeine.de



Berlin: Kreistreffen Tilsit und Tilsit-Ragnit in Berlin mit Sängerin Kusari und Pianist Zhao Bild: privat



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 26. April, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Heimatstunde zum Thema „Ostpreußen im Film" in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.). Haltestelle S1, S3 Stadthausbrücke, U3 Rödingsmarkt oder Buslinie 6 und 37, Haltestelle Michaeliskirche.

Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Hartmut Klingbeutel, Landesgruppenvorsitzender

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Nähere Informationen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon und Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Donnerstag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3: Lichtbildervortrag „Blaue Berge, grüne Täler – das Riesengebirge" von Norbert Leder.

Wie eindrucksvoll sind doch Heimattreffen, wenn die Vortragenden nicht allein das ihnen gestellte Thema sachkundig vermitteln können, sondern auch die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

entwickelte Bildtechnik beherrschen. Dies bewies Rudi Zülch, Knüllwald, beim Apriltreffen der Kreisgruppe Kassel. Der Referent schilderte das im wahrsten Sinne des Wortes „bewegte“ Leben des Reiseschriftstellers A.-E. Johann (Pseudonym von Alfred Ernst Johann Wollschläger). Noch vor wenigen Jahrzehnten gehörte der in Bromberg, Westpreußen, geborene Autor zu den bekanntesten Erzählern ferner Weltgegenden. Etwa 80 Bücher stammen aus seiner Feder. Sie wurden in 30 Sprachen übersetzt – das sagt alles! So sehr der Weltreisende auch von den Naturerscheinungen in allen Erdteilen fasziniert war und über seine Erlebnisse in fesselnder Sprache berichten konnte, so vergaß er doch seine Heimat nordwestlich des Weichselknies nicht. Sein Roman „Sehnsucht nach der Dobrinka“ gilt als großes Epos Westpreußens. Nennen wir an dieser Stelle noch einige erfolgreiche Romane und Erzählungen: „Mit 20 Dollar in den Wilden Westen“, „Groß ist Afrika“, „Schneesturm“, „Nach Kanada sollte man reisen“, „Der Mann, der sein Haus gab“. A.-E. Johann verstarb 1996 95-jährig in der Lüneburger Heide. Bleibt noch nachzutragen, dass Rudi Zülch die „A.-E.-Johann-Gesellschaft“ gründete und Interessierten gern Informationen weitergibt. *Gerhard Landau*

Wiesbaden – Sonnabend, 21. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung. Nach dem offiziellen Teil: Informationen aus den Heimatgebieten und Bilder vom Vereinsleben. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Raderkuchen. Tagesordnung:

1. Abstimmung über die Tagesordnung,
2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts,
3. Geschäftsbericht des Vorstandes,
4. Bericht des Schatzmeisters,
5. Bericht der Kassenprüfer,
6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4,
7. Entlastung des Vorstandes,
8. Verschiedenes. – Donnerstag, 26. April, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldeslust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch, serviert werden Königsberger Klopse. Bis spätestens Freitag, 20. April, anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. – Dienstag, 8. Mai, 9 Uhr, Hauptbahnhof, Busbahnsteig 1 hinter ARAL-Tankstelle: Frauengruppe. Mit dem Omnibus unterwegs. Ziel der Busfahrt ist Dudenhofen. Im dortigen Spargelhof ist eine Führung durch die Spargelfelder und anschließend ein Spargelbuffet in der Hofschänke. Bitte gleich bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 anmelden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. April, 15 Uhr, Eingang Sozialverband, Jasperallee 42: Monatsversammlung.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Hotel Meiners, Hatterwüsting: Kaffeeplausch. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Näheres bei Gisela Borchers, Telefon (0441) 2047676.

BERICHT

Oldenburg – Der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg berichtete Jörg Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums, Lüneburg, bei der Versammlung am 11. April in einem Vortrag mit Bildern über „Cadiner Majolika – Gebrauchs- und Kunstkeramik aus Cadinen, Westpreußen“. Neben den schon früher hergestellten Baumaterialien, wie Ziegelsteinen und Dachpfannen, begann die Manufaktur, nachdem sie Ende des 19. Jahrhunderts in den Besitz des preußischen Königs Wilhelm II. gekommen war, 1902 mit der Herstellung von Kunst- und Feinkeramik in einer Majolika-Werkstatt. In Anlehnung an italienische Renaissance-Motive entstanden viele handgefertigte Prestigeobjekte und Keramikfliesen für exklusive Bauten. Nach dem Ersten Weltkrieg ging man über zur Gebrauchskeramik im blau-rot-goldenen Stil, der charakteristisch für diese Werkstatt wurde, wie Tafelgeschirre und anderes Haushaltsgerät. Auch Tierplastiken zählten nun zum bevorzugten Sortiment. Die Manufaktur blieb im Besitz des Hohenzollernhauses bis 1945. *Gisela Borchers, Vorsitzende*

Osnabrück – Freitag, 20. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düren – Mittwoch, 2. Mai, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Wir begrüßen den Mai“.

Düsseldorf – Mittwoch, 25. April, 8.40 bis 16 Uhr, Hauptbahnhof „Servicepoint“: Tagesexkursion mit Sabine Grabowski. Besuch des UN-Campus in Bonn, „Auf dem Weg zum Weltfrieden?“. Die Kosten betragen 15 Euro, plus Fahrtkosten 10 Euro. Der Personalausweis muss mitgeführt werden. – Donnerstag, 3. Mai, 19 Uhr: Vortrag von Professor Winfried Halder zum 100. Todestag von Manfred von Richthofen (1892–1918) „Ein Held unserer Zeit?“ – Montag, 7. Mai, 19 Uhr: Vortrag und Dis-kussion mit Stephen Löwenstein, Ungarn-Korrespondent der „Faz“. – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knakstädt.

Köln – Mittwoch, 9. Mai, 14 Uhr, „Café zum Königsforst“: Treffen. Zu erreichen mit der Linie 9, Endhaltestelle Königsforst. Hinweis: Wir haben mit der Pommern-Gruppe einen gemeinsamen Raum , was bei der schwindenden Zahl unserer Landsleute als Vorteil gesehen werden kann. Dadurch werden die Versammlungen nicht nur interessanter, sondern auch zahlenmäßig größer. Bringen Sie Erinnerungen an unsere Heimat mit.

Neuss – Sonntag, 22. April, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

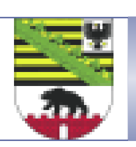


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Juni, 10 bis 17 Uhr, Saal des Gartenvereins Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: regionales und landesweites Treffen unter dem Motto „Spurensuche“. Teilnehmer sind der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg-Froese, die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Gerdauen, der Samländer „Pobethen-Dietmar“, die Fotografin Monika Schulz-Fieguht und die Mundartsprecherin Inge Scharrer. Für den musikalischen Höhepunkt sorgt der international bekannte und geschätzte „Männerchor Leipzig-Nord“. Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de. *Alexander Schulz, Landesvors.*

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 5. Mai, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Treffen zum Thema „Kriegsgräberfürsorge“. Ein kompetenter Mitarbeiter berichtet. Vor allem die Arbeit in Ostpreußen soll dabei im Mittelpunkt stehen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 27. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag zur Frühlingszeit.

Halle – Freitag, 4. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.

»Heimatarbeit« auch im Internet

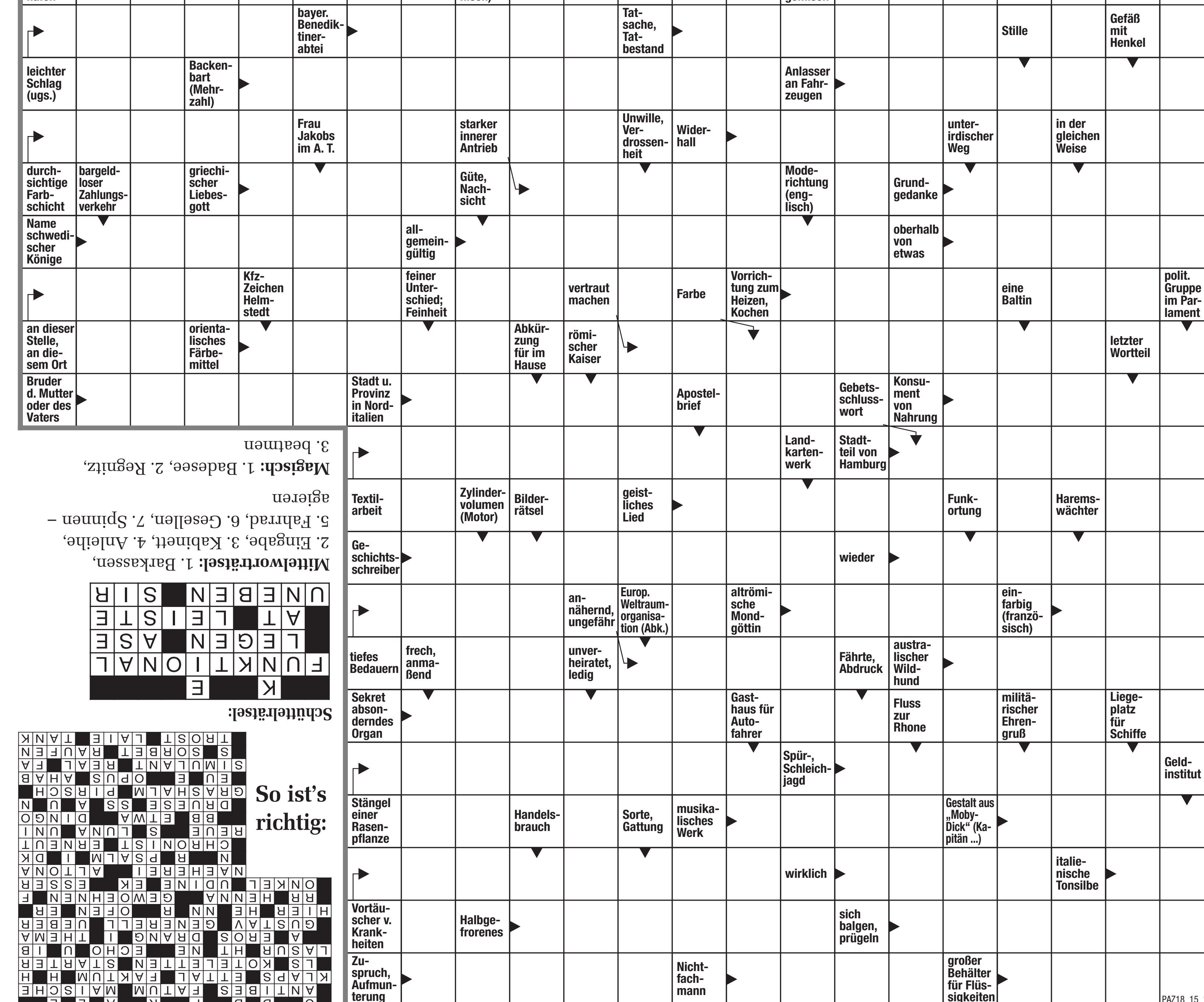


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln – Mittwoch, 25. April, 15 Uhr, Quellhof: Treffen. Mit Liedern und Gedichten wollen wir den lang ersehnten Frühling begrüßen. Unser neuer Musikus, Herr Bliß aus Büchen, wird uns mit seinem Akkordeon begleiten und in Stimmung versetzen. Außerdem erwarten wir noch einen Überraschungsgast. Zu unseren Treffen sind selbstverständlich auch Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln herzlich eingeladen. *Klaus Kuhr*

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 20. April, 19 Uhr, Klönstuv: Jahreshauptversammlung mit Königsberger Klops.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AFIKL NNOTU	ALNU		EEKNT	EELT		EEINN	ANSS	AIST	EELR
EEGLN						AES			
BEEN NU			EEIL ST						
						IRS			

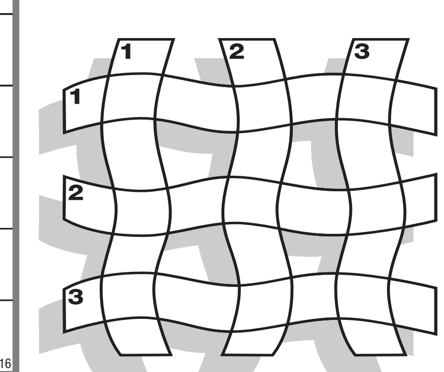
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für handeln.

Nr.	links		rechts
1	HAFEN		FAHRT
2	DATEN		FELD
3	GRUSEL		WEIN
4	AKTIEN		MARKT
5	KINDER		WEG
6	JUNG		BRIEF
7	GIFT		NETZ

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Gewässer zum Schwimmen
2 Fluss zum Main
3 Luft in die Lungen blasen

Pommerntreffen

700 Pommern von nah und fern trafen sich Anfang April in Anklam zum Pommerntreffen des Bundes der Vertriebenen

Voll besetzt war das Anklamer Volkshaus beim Großen Pommerntreffen des Bundes der Vertriebenen in Vorpommern am vergangenen Sonnabend. Die Heimattreffen haben Tradition in Anklam. Seit 27 Jahren organisieren Manfred Schukat und Friedhelm Schülke mit ihren ehrenamtlichen Helfern diese Veranstaltungen. Etwa 250 Treffen fanden statt. Beim Pommerntreffen begrüßte Schukat die Gäste, die bereits Anfang der 1990er Jahre dabei waren ebenso herzlich wie die Neulinge.

Das Geistliche Wort sprach Professor Karl-Heinz Kuhlmann. Er berichtete von eigenen Kriegserfahrungen, von Bombardierung, Evakuierung und mehrfachem Weiterziehen auf der Suche nach Sicherheit. „Wir haben hier keine bleibende Stadt“ – dieses Bibelwort bezog er auf die Heimatvertriebenen. Diese habe die Verlusterfahrung gelehrt, in die Zukunft zu schauen. Um in eine gemeinsame Zukunft mit den Vertreiberstaaten aufzubrechen, sei Versöhnung nötig. Diese Versöhnung könne nur auf der Grundlage der Wahrheit erfolgen, unterstrich Kuhlmann eindrücklich.

Der Landtagsabgeordnete Bernhard Wildt, BMV würdigte in seinem Grußwort das Ehrenamt. Vielfach seien es Pommernbegeisterte, die dafür sorgen, dass Publikationen weiterhin erscheinen, Treffen durchgeführt und Brücken nach Hinterpommern gebaut werden. Tatsächlich waren Angehörige der Deutschen Minderheit in Hinterpommern aus Stettin, Stolp, Köslin und Stargard der Einladung zum Pommerntreffen gefolgt.

Für den Kreistagspräsidenten Vorpommern-Greifswald, Michael Sack (CDU), sind Vertreibungen immer Verbrechen. Er verglich die Opfer von Flucht und Vertreibung im Zuge des Zweiten Weltkriegs mit den Opfern der heutigen kriegerischen Auseinandersetzungen.

Beim Treffen mit von der Partie waren die Bundesvorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, Margrit Schlegel, sowie Ernst Schroeder von der Pommerschen Landsmannschaft Bayern. Letzterer hatte eine Ausstellung zur Reformation in Pommern und Johannes Bugenhagen im Gepäck. Die Gesellschaft für Pommersche Geschichte wurde vertreten durch Bernd Jordan. Geschichtliches bot auch Friedhelm Schülke alias Ernst Moritz Arndt dar. Er referierte über Leben, Werk und Zeit dieser Persönlichkeit aus Pommern. Um die unterhaltsam vorgetragenen Informationen besser zu verdauen, wurde mit einer Saalrunde „Stargarder Mampe“ angestoßen. Für die musikalische Umrahmung des Vormittags sorgte der Posaunenchor aus Bansin. Nachmittags traten die Remliner Danzgrupp und die Pommersche Trachtengruppe Berlin jeweils mit Originaltrachten auf.

Mit dem Shanty-Chor Usedom fand das Pommerntreffen einen stimmungsvollen Abschluss.

Gesa Bierwerth













Anklam: Buntes Treiben bei den Pommern. Manfred Schukat begrüßt die Gäste (oben). Die Berliner Trachtengruppe (links oben) und die Remliner Danzgrupp (rechts oben) flankieren den Shanty-Chor der Insel Usedom (oben mittig). Der Blick in den Saal (links unten). Ernst Moritz Arndt alias Friedhelm Schülke (rechts unten) sprach über Leben und Werk des berühmten Pommern, dessen Name so manches Schulgebäude ziert Bilder: privat

Dittchenbühne – Terminänderung
Der Kurs in Bildhauerei am 19. April wird durch den Veranstalter verschoben auf den 3. Mai. Infos unter Telefon (0660) 6965911.

Nur wer Bundesgesetze akzeptiert, gehört dazu

Zu: Seehofer muss jetzt liefern (Nr. 13)

Der Islam ist in den meisten arabischen Ländern und wahrscheinlich bald auch wieder in der Türkei eine Staatsreligion. Die Gesetze des Islams sind zugleich Gesetze dieser Staaten. Die religiösen und die staatlichen Gesetze bilden eine enge Einheit und üben auf den Alltag der Menschen eine vielseitige, auch äußerlich nicht übersehbare Wirkung aus. Aus diesem Grunde kann der Islam in einem weitgehend säkularisierten Staat wie Deutschland, in dem Staat und Religion seit Langem getrennt sind, nicht Teil seines durch die Aufklärung geprägten Gemeinwesens sein. In einem Staat können nicht zwei Staatsideologien nebeneinander existieren. Wenn es der Fall wäre, dann würden in unserem Land zweierlei Gesetze gelten und zwei Parallelgesellschaften dauerhaft entstehen.

Die in unserem Land teils schon seit mehreren Generationen legal nach Recht und Gesetz lebenden und fleißig arbeitenden Menschen moslemischen Glaubens können jedoch, wenn sie es wollen, zu Deutschland gehören. Voraussetzung dafür ist, dass sie die Gesetze unseres Landes und die Lebensweise der deutschen Bevölkerung akzeptieren und die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Sie können sich, wenn sie es wollen, auch aktiv in unser Gemeinwesen einbringen. Das heißt, dass sie im besten Sinne integriert sind, was jedoch keine Assimilierung bedeutet.

Der Islam als eine Staatsreligion einerseits und die Menschen moslemischen Glaubens andererseits sind nicht gleichzusetzen. Ihre bewusste oder unbewusste Vermengung bringt nur unnötige Missverständnisse hervor, die unsere Gesellschaft spalten können. Mit unvorhersehbaren Folgen.

Dr. Ádám Sonnevend, Rostock

Nur zum Wohle des Volkes

Zu: Was Protektionismus ist … (Nr. 14)

Der Darstellung zum Protektionismus widerspreche ich zumindest zu einem Teil. Im ersten Absatz wird unterstellt, Protektionismus führe quasi automatisch dazu, „die Konsumenten zu zwingen, überteuerte oder minderwertige Ware zu kaufen“. Diese Brille ist allerdings zu schmal, denn eine wirklich verantwortliche Regierung hat ja nicht ausschließlich das Wohl einer Lobbygruppe im Blick, sondern das Ganze, wozu die Lebensmöglichkeiten aller Bürger genauso dazugehören wie die der Industrie des Landes.

Wenn durch einen Einfuhrzoll nun das von außerhalb eingeführte Billigprodukt im Verkaufspreis teurer und somit dem einheimischen Produkt angepasst wird, so wird ja der Konsument nicht gezwungen, sondern es wird der heimischen Industrie die Möglichkeit ihres Fortbestandes gewährt, was ebenfalls zum Wohle des Konsumenten ist: Weniger Importabhängigkeit = größere Versorgungssicherheit in Krisenzeiten und höherer Selbstversorgungsgrad. Auch die Politik Preußens betrieb Protektionismus, und zwar zum Wohle des Volkes.

Heinrich Andreas Zimmermann, Niedergörsdorf

Mutige Soldaten

Zu: Materiell und personell später als fünf nach zwölf (Nr. 13)

Dem ausgezeichneten Beitrag ist noch anzufügen, dass es solche „Offenheit während der Dienstzeit“ in der Bundeswehr schon in der Vergangenheit (wenn auch nur wenige Male) gab. Hier sei erinnert an: Trettner/Pape (Gewerkschafts-Erlass, 1966), Krupinski/Franke (Rudel-Affäre und Wehner-Kritik, 1976), Schulze-Rhonhof (Wehrdienstzeit-Verkürzung/„Mörder“-Urteil des BGH, 1995) sowie Hohmann/Günzel (Rede zum Tag der Deutschen Einheit, 2003).

Johann Troltsch, Kempten

Sinnfreie Reform

Zu: Gleich drei Reformen plant Heil noch für 2018 (Nr. 14)

Sie stellen die Pläne des neuen Arbeits- und Sozialministers Hubertus Heil (SPD) in den richtigen Kontext und weisen dabei erstens auf die großen bürokratischen Probleme bei der Umsetzung und die Marginalität der Beträge für die zu Fördernden hin. Ich finde es zudem problematisch, wenn Versicherte mit gleicher Punktzahl unterschiedliche Renten bekommen, weil sie über einen längeren Zeitraum einbezahlt haben. Nach Presseberichten hat sich auch die Versammlung der Deutschen Rentenversicherung dagegen ausgesprochen, dass die anderen Beitragszahler für die Neuerungen zu ihren Lasten aufkommen sollen. Bei der SPD geht das Prinzip „Hauptsache Reform“ vor Sinn, Nutzen und Gesamtbetrachtung.

Mathias Wagener, Mannheim



Bild: action press

Wohin führt der Weg? Um mit seinen Reformplänen nicht noch alles schlimmer zu machen, suchte Sozialminister Hubertus Heil bei der Klausursitzung in Schloss Meseberg nach Orientierung

Kapitulation vor der Kapitalmacht

Zu: Warum ich demonstriert habe (Nr. 14)

Von den vier erwähnten Sündenfällen der Kanzlerin will ich nur einen hervorheben: die Eurokrise. Dass der von Mario Draghi und seiner Europäischen Zentralbank erlaubte hemmungslose Ankauf von Staatsanleihen einmal zur Finanzkatastrophe führen könnte, war ja schon an Merkels und der ihres damaligen Finanzministers Peer Steinbrück gezeigten Reaktion augenfällig. Beider, durch nichts fundierter Zuruf an das Volk, „alle Ersparnisse sind sicher“, entsprang einzig dem Wunsch, dass die deutschen Sparer sich nicht an das Vorbild der Griechen halten sollten, die nur noch schnell ihr Bargeldvermögen bei den Banken abheben wollten.

Steinbrück gab später zu, dass ihr beschwichtigender Appell ein Ritt auf der Kanonenkugel war. Und dass die Politik eine solche wiederkehrende Situation nicht auszuschließen vermag, zeigt das 2015 geschaffene Einlagensicherungsgesetz.

Die durch – wohlbemerkt – zwei Weltkriege persönlich unterschiedlich betroffenen Deutschen haben im Verlauf von 100 Jahren zweimal entweder große Teile oder sogar ganze Vermögen verloren. Aber dass die heutige Politik in der nun schon fast längsten Friedensperiode überhaupt eine Einlagensicherung als notwendig erachtet, zeigt, dass man einmal sagen können möchte: Vor Totalverlusten haben wir euch bewahrt, 100000 Euro werdet ihr dank unserer vorausschauenden Fürsorge immer behalten. Ist das nicht schon eine Kapitulation? Aber ob das auch funktioniert, wenn gleich mehrere Großbanken implodieren, ist längst nicht sicher.

Helmut von Binzer, Hamburg

Im Fall Skripal geht der Verdacht doch eher in Richtung Moskau

Zu: Verdächtig schneller Verdacht (Nr. 13)

Der Autor hat natürlich recht, wenn er darauf hinweist, dass zu den Tätern des Giftgasangriffs auf den russischen Ex-Spion Sergej Skripal und seine Tochter im südenglischen Salisbury bisher keine „gerichtsfesten“ Beweise vorliegen. Da es sich hierbei offensichtlich um eine professionelle Geheimdienstaktion handelte, ist dies letztlich auch kaum zu erwarten. Es geht also zunächst einmal um Indizien und um Plausibilität. Und da liegt der Autor erstaunlich weit daneben, wenn er meint, „Indizien und Motivlage (sprächen) eher für Washington denn Moskau als Täter“.

Es ist doch recht abenteuerlich anzunehmen, die USA hätten ein Motiv, um einen sowjetischen Ex-Agenten in England mit einem in der Sowjetunion entwickelten Giftgas umbringen zu wollen. Dabei ist unerheblich, ob auch die USA über dieses Giftgas verfügen, und ebenso unerheblich, dass Skripal als Geheimagent inzwischen „verbrannt“ ist, also keine aktuellen Informationen mehr liefern könnte.

Vielmehr ist ein sehr starker Anfangsverdacht gegen Moskau weitaus plausibler: Erstens galten im sowjetischen Geheimdienst KGB, bei dem Wladimir Putin seine Laufbahn begann, Überläufer als Verräter, die den Tod verdienen. Dies gilt auch noch heute beim Inlandsgeheimdienst FSB, wie ein Gesetz der russischen Duma 2016 bestätigt hat. Vor diesem Hintergrund ist auch der Fall Alexander W. Litwinenko zu sehen, der 2006 in England vom russischen Agenten Andrej Lugowoij mit Polonium umgebracht wurde. In diesem Fall liegen inzwischen sogar gerichtsfeste Beweise vor, die von Moskau nach der alten Methode „Verleugnen, Verschleiern, Verwirren“ zurückgewiesen wurden und werden.

Erstaunlicherweise erwähnt der Autor diesen Parallelfall mit keinem Wort, ebenso wenig wie weitere etwa zehn Fälle, bei denen in Großbritannien russische Ex-Agenten beziehungsweise Putin-Gegner unter mysteriösen Umständen ums Leben kamen.

Auch unter dem Aspekt, wem der Vorfall nützt (cui bono), geht der Verdacht weitaus eher in Richtung Moskau als nach Washington: Die Regierung Trump hätte doch kaum ein Interesse daran, die Beziehungen zu Moskau durch ein solches Schelmenstück weiter zu belasten. Dagegen hat es Putin innenpolitisch bei der Präsidentenwahl sehr genützt, dass er in der Wahlpropaganda die Reaktionen des Westens als feindliche „Provokation“ verkaufen konnte, gegen die alle Russen zusammenstehen müssten.

Nebenbei ist der Angriff auf Skripal auch ein erneutes Warnsignal an alle potenziellen Überläufer oder Putin-Gegner.

Dr. Hans Kaufmann, Hamburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Schlaue Jagdallianzen

Geparden mögen Gnus »zum Fressen gern« – Aber warum erbeuten die Katzen diese Tiere, die so viel schwerer sind als sie selbst?

Geparden sind die schnellsten Landtiere der Welt. Sie erreichen Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 90 Kilometern pro Stunde. Eigentlich ideale Voraussetzungen für die Jagd. Um aber größere Tiere wie Gnus oder Büffel zu erbeuten, müssen sie sich mit anderen Tieren verbünden.

In den Nationalparks von Kenia und Tansania nehmen sie schon mal auf den Kühlerhauben von Touristenautos Platz, um sich bessere Sicht zu verschaffen, oder sie dösen im Schatten eines Landrovers. Geparde können sogar Zutrauen zu Menschen entwickeln, weshalb sie im alten Ägypten und Mesopotamien einst zu Jagdbegleitern abgerichtet wurden. Menschen haben von den pfeilschnellen Katzen rein gar nichts zu befürchten.

Dass Geparde sich auf Beutearten spezialisieren können, die das Mehrfache eines erwachsenen Menschen wiegen, haben Wissenschaftler in Kenia nachgewiesen. Männliche Geparde, die sich zu Jagdallianzen verbünden, ernähren sich fast ausschließlich von Gnus, die ausgewachsen um die 200 Kilogramm wiegen. Das belegt die jüngst veröffentlichte Studie einer Forschergruppe um die Wildtierbiologin Femke Broekhuis von der Universität Oxford.

Das Forschertrio hatte drei Jahre lang im Masai-Mara-Naturschutzgebiet im Südwesten Kenias die Risse von Geparden und Löwen untersucht, um herauszufinden, welche Beutetiere die beiden Katzenarten erlegen. 194 Geparden- und 214 Löwenrisse wurden analysiert. Bei den Geparden differenzierten die Wissenschaftler auch danach, ob es sich bei den Jägern um einzelne Weibchen, Weibchen mit Jungen, einzelne Männchen oder Duos von Männchen handelte.



Für den Tierforscher Bernhard Grzimek wäre er ein Schmusetier gewesen: Wilder Gepard in der Serengeti Bild: Richard Toller

Der Befund der Studie überraschte alle: Jagdallianzen männlicher Geparde wiesen im Vergleich zu Löwenrudeln fast identische Beutestrecken auf, obwohl Acinonyx jubatus, so sein wissenschaftlicher Name, zu den Kleinkatzen zählt. Beutetiere der Gepardenduos sind zu 85 Prozent Gnus, nur in Ausnahmen auch Impalas und Thomson-Gazellen, die gemeinhin als Hauptbeute von Geparden gelten. Einzeln jagende Gepardenmännchen erlegten immerhin in knapp der Hälfte der untersuchten Fälle Gnus vor allem Impalas und Thomson-Gazellen, in Ausnahmefällen aber auch Grant-Gazelle, Leierantilope und in seltenen Fällen auch junge Kaffernbüffel.

Das Beutespektrum männlicher Geparde weist damit eine sehr hohe Übereinstimmung mit dem von Löwen auf. Mehr als jeder zweiten Löwenjagd in der Masai Mara fiel ein Gnu zum Opfer, in den anderen Fällen waren Zebras, Wasserböcke, Büffel, Giraffen, Gazellen oder kleinere Antilopenarten die Beute.

Anders die Gepardenweibchen: Ob mit oder ohne Junge – die Jägerinnen hielten sich in 90 Prozent aller Fälle an die grazilen Impalas, Thomson- und Grant-Gazellen. Der Gepardennachwuchs bleibt bei der Jagd ohnehin bis zum Alter von elf Monaten im Versteck. „Konkurrenz innerhalb der Art ereignet sich am wahrscheinlichsten zwischen alleinstehenden Weibchen und Weibchen mit Jungen“, so die Forscher.

Sie fragten sich auch, wie häufig die Beutetierarten im Untersuchungsgebiet vorkamen, und ermittelten so die relative Vorliebe für eine Beutespezies. Weil Gnus in der Masai Mara sehr häufig sind, fiel die Präferenz alleinstehender Gepardenmännchen für Gnus auf Durchschnittsniveau ab, gleiches galt für die Löwen, die überproportional oft Giraffen, Büffel oder Warzenschweine ins Visier nahmen.

Für die Gepardenduos belegte die Analyse hingegen eine starke Fokussierung auf Gnus. In der Forschung war dieser Sachverhalt bislang unbekannt. Bisher war man davon ausgegangen, dass sich das Nahrungstableau von Gepard und Löwe kaum überschneidet.

Das enorme geschlechtsspezifische Gefälle im Beutespektrum von Geparden lässt sich nur bedingt mit Gewichtsunterschieden erklären. Ausgewachsene Weibchen bringen es auf gut 40 Kilogramm, Männchen wiegen zehn Kilo mehr. Eine weitere Rolle könnte das höhere Verletzungsrisiko bei der Jagd auf größere Beutetiere spielen – und die instinktive Furcht einer Gepardenmutter, ihre Jungen nicht mehr ernähren zu können.

Es ist denkbar, dass ein Rückgang der Bestände von Gazellen und Antilopen die männlichen Geparde dazu verleitet, sich auf größere Beutetiere wie Gnus zu verlegen. Aus Indiens Nagarhole-Nationalpark ist bekannt, dass ein Schwund großer Beutetiere die Tiger dort dazu veranlasst hat, kleinere Spezies zu jagen, was in der Folge die Bestände an Leoparden zurückgehen ließ.

In Kenia wollten die Wissenschaftler zudem wissen, wie Geparden mit Löwen koexistieren können. Denn bekannt ist, dass Löwen zuweilen sowohl Gepardenjunge als auch ausgewachsene Exemplare töten. Zumal männliche Geparden in der Masai Mara – wie Löwen – häufig nachts jagen. Außerdem nehmen Löwen Geparden gelegentlich ihre Beute ab. In dem Untersuchungszeitraum verloren die beobachteten Geparden tatsächlich jeden siebten Riss an Konkurrenten, hauptsächlich aber an Tüpfelhyänen.

Die Geparden zogen sich insgesamt gut aus der Affäre, indem sie ihre Beute ins Unterholz schafften und zu den Löwenrudeln räumlich wie zeitlich genügend Abstand hielten. Die Koexistenz beider Arten auf gleichem Raum funktioniert daher aufgrund einer „komplexen Ressourcenaufteilung“ ziemlich gut.

Afrikas Gepardenbestand ist stark unter Druck. Letzte Schätzungen gehen nur noch von rund 7000 Individuen aus, hinzu kommt eine Restpopulation von 60 bis 100 Tieren im Iran. Neben der Verkleinerung des Lebensraums infolge von Flächenfraß und afrikanischem Bevölkerungswachstum machen Abschüsse durch Farmer und Viehhirten sowie der Handel mit Gepardenjungen, die als „Hauskatzen“ in den Orient verkauft werden, der Art schwer zu schaffen. Geschützt sind sie eigentlich nur in Zoos, wo sie wegen Platzmangels ihre Schnelligkeit nicht ausspielen können. *Kai Althoetmar*

Das ist den Schweizern mehr als Käse

Emmentaler und Co. sind wahre Exportschlager – Schaukäsereien laden zum Besuch und zum Probieren ein

Käse gehört zur Schweiz wie die Butter aufs Brot. Insgesamt werden in dem kleinen Land über 600 Käsesorten hergestellt, von denen die nach ihren Herstellungsregionen benannten Appenzeller, Emmentaler oder Greyerzer internationale Exportschlager sind. Bei der Herstellung lassen sich die Käsereien allerdings ungern in die Karten blicken. Die genaue Auswahl von Molkeprodukten, Rezeptur und Lagerung sind Betriebsgeheimnisse. Trotzdem zeigen besonders im Frühjahr zahlreiche Schaukäsereien den Besuchern, wie die Milch zum Käse wird.

Tradition und Handwerk prägen die Herstellung des Molkeprodukts in den vielen kleinen Käsereien und Alpbetrieben der Schweiz. Zusammen sorgen sie dafür, dass die Schweiz ein Käseland ist. Pro Jahr werden insgesamt rund 180 000 Tonnen Käse hergestellt. Eine Besonderheit: Die Käsespezialitäten entstehen in echter Handarbeit. Über das ganze Land sind rund 600 kleinere Käsereien verteilt. Die Betriebe in den meist ländlichen Gebieten sind oft familiengeführt und verarbeiten rund 1,2 Millionen Tonnen Rohmilch zu verschiedenen Käsespezialitäten. Im Gegensatz zur industriellen Massenproduktion stellen die Schweizer Käsermeister in den einzelnen Käsereien kleine Mengen an qualitativ hochwertigem Käse her.

Sogar die großen und bekannten Sorten werden nicht in einer einzigen, sondern in vielen kleinen regionalen Dorfkäsereien hergestellt. Le Gruyère AOP wird beispielsweise in mehr als 170 kleinen, großteils familiengeführten Dorfkäsereien in der Westschweiz nach fast 1000-jähriger Rezeptur in Handarbeit gefertigt. Über ein Pflichtenheft ist festgelegt, dass die Betriebe nur in einem Umkreis von 20 Kilometern ihre Milch beziehen dürfen. Diese dezentrale Produktionsstruktur hat zahlreiche Vorteile: Die kurzen Transportwege schonen die Umwelt, die Rohmilch wird dadurch mechanisch am wenigsten belastet und gelangt schnell zur Weiterverarbeitung in die Käsereien. Zudem schafft diese Struktur Arbeitsplätze abseits der Städte und stärkt damit den ländlichen Raum.

Wer das Handwerk und die Geheimnisse rund um die Schweizer Käsekunst genauer kennenlernen möchte, kann die Käsermeister in Schaukäsereien erleben und ihnen über die Schulter direkt ins „Käsekessi“ schauen. Käseliebhaber und Genießer erfahren dort aus erster Hand, wie original Emmentaler, Appenzeller, Le Gruyère oder Tête de Moine hergestellt, gehegt und gepflegt werden – und können die Spezialitäten natürlich auch vor Ort genießen.

Neben den kleinen Käsereien im Tal gibt es noch zahlreiche kleine Alpbetriebe in den Schweizer Bergen, die jährlich rund 5000 Tonnen Alpkäse produzieren. Die Bezeichnung „Alpkäse“ ist geschützt und setzt voraus, dass die Milchproduktion und die Verkäsung direkt auf der Alp stattfinden. Diese besonderen Spezialitäten werden daher nur im Sommer hergestellt. Dank der frischen und vielfältigen Kräuter der Alpweiden ist die Rohmilch besonders geschmackvoll und verleiht dem Alpkäse sein typisch würziges Aroma. In manchen Alpkäsereien wird die Milch noch ganz ursprünglich über dem Holzfeuer erwärmt, das mit seinem Rauch zum unverkennbaren Geschmack beiträgt. So entstehen echte Raritäten wie Le Gruyère d'Alpage oder der L'Etivaz. Dieser Hartkäse wird nur in etwas mehr als 100 Alpkäsereien auf einer Höhe zwischen 1000 und 2000 Metern in den Waadtländer Alpen von Mai bis Oktober hergestellt.



Bild: Schweiz Tourismus

Tonnen von Käse: Die Schaukäserei Etivaz im Genferseegebiet

Künstliche Zusatz- oder Konservierungsstoffe sind in den traditionellen Schweizer Käsereien übrigens verpönt: Die Käsermeister verpflichten sich in einer freiwilligen Verzichtserklärung, dass ihre Käsespezialitäten rein natürlich sind. Das „Schweizer Reinheitsgebot“ regelt, dass nur Milch, Milchsäurekulturen, Lab, Salz und je nach Sorte ausgewählte Kräuter oder bei Weichkäsen Schimmelkulturen erlaubt sind. Der hohe Qualitätsstandard gilt auch für die Rinde: Anders als bei industriell gefertigten Käsen oft üblich, entsteht sie nicht durch eine chemische Oberflächenbehandlung, sondern durch das Salzbad gleich nach der Herstellung und das arbeitsintensive Abreiben mit Salzwasser während der Reifezeit. Fragt sich nur noch, wie die Löcher in den Käse kommen. *H. Tews/PM*

Eine Auswahl von Käsereien, die man besuchen kann, findet sich im Internet unter: www.MySwitzerland.com/schaukaesereien

Meldungen

Tulpenfest mitten in Potsdam

Potsdam – Am 21. und 22. April findet von 10 bis 19 Uhr das Tulpenfest im Holländischen Viertel von Potsdam statt. Die Besucher erwartet ein buntes Bühnenprogramm mit niederländischen und deutschen Künstlern, Kunsthandwerkern wie eine holländische Klompenschnitzerin, ein Böttcher und eine Weberei, holländische Spezialitäten wie Matjes und original Pommes sowie nicht zu vergessen Tulpen in allen Formen und Farben. Der Eintritt kostet 5 Euro für Erwachsene und 2,50 Euro für Kinder ab 6 Jahren. Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.hollaendisches-viertel.com *tws*

Achterbahn und frische Chips

Elstal bei Berlin – In „Karls Erlebnis-Dorf“ in Elstal eröffnet am 21. April „Karls Kartoffelchips-Erlebniswelt“. Besucher können in einer gläsernen Manufaktur Einblicke in die Herstellung knuspriger Chips erhalten, Chips-Gerichte im Restaurant kosten oder auf einem Markplatz Mitbringsel rund um die Kartoffel erwerben. Für Spaß sorgen ein Hallen-Spielplatz und Fahrten auf der „K2“ – der einzigen Achterbahn in Deutschland, deren Loren gänzlich aus echtem Holz sind. Internet: www.karls.de *tws*

Realsatire: Michael Butter über Verschwörungstheorien

So viel vorneweg: Wer bei dem neuen Buch von Michael Butter „Nichts ist, wie es scheint“ ein Vademecum zum schlaueren Trennen von Verschwörungen und den sogenannten Theorien dazu erwartet, wird enttäuscht. Zwar will Butter mit dem inkriminierten Gegenstand wissenschaftlich aufräumen. Doch er scheitert bereits an der erforderlichen sachlichen Neutralität. Denn da „die Guten“ – die Butter nach dem Aschenputtelprinzip den „bösen“ Konspirationisten gegenüberstellt – in tiefem Glauben von der unendlichen Komplexität der Welt überzeugt sind, bräuchte es nach ihrer Logik eigentlich gar keine Verschwörungstheorien. Die „natürliche“ Unübersichtlichkeit der Welt vernebelt diese nämlich bereits hinreichend. So tickt ganz offensichtlich auch Butter selbst. Weshalb er sich genötigt fühlt, diese Haltung durch den Zeitgeist-Philosophen Karl Popper zu veredeln, indem er diesen mit den Worten zitiert: „Verschwörer genießen nur selten die Früchte ihrer Verschwörung.“ Oder anders gesagt: Verschwörungen führten deshalb nur selten zum Ziel, weil Handlungen immer zu Gegenhandlungen führten, die ihrerseits nicht vorhergesehen werden könnten.

Mit diesem Muster beschreibt Butter auch den Putsch von 1953 gegen den iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, der letztlich gescheitert sei, weil er 1979 „indirekt“ die Iranische Revolution herbeigeführt habe. Nun kann niemand, auch kein Verschwörer, die Zukunft vorhersehen. Das gilt auch für die CIA, die mit dem Sturz Mossadeghs den Zugang zum Öl der Perser erzwingen wollte – und damit auch ausgesprochen erfolgreich war.

Die Auffassung, dass Verschwörungen nur gelungen seien, wenn sie ohne „Nebenwirkungen“ abliefen, ist bizarr. Eine Theorie von solchen Ideal-Verschwörungen nach dem Muster eines Billardspiels vertreten nicht einmal die „bösen“ Verschwörungstheoretiker selbst.

Als regelrechte Realsatire muss man auch die Auslassungen zur Watergate-Affäre lesen, wenn Butter feststellt, dass es vor den ersten Verhaftungen auch keinerlei Theorien gegeben habe, „die sich gegen Nixon oder seine Mitarbeiter richteten“. Vor dem Zweifel an einer offiziellen Darstellung stehen bekanntlich zunächst das Phänomen selbst und das Nachdenken darüber. Ähnliche Kurzschlüsse durchziehen leider das ganze Buch – auch wenn Butter versucht, die Vorgehensweisen der „Verschwörungstheoretiker“ filigran zu dekonstruieren.

So ist der vom RBB gefeuerte Ken Jebsen auch kein unbequemer investigativer Journalist, sondern natürlich ein Konspirationist. Dem Schweizer Historiker Daniele Ganser, der seinen Lehrauftrag an der Universität Basel durch die Intervention des amerikanischen Botschafters in der Schweiz verlor, wirft Butter vor, sich zu „inszenieren“ und „Deutungshoheit“ zu beanspruchen. Besonders perfide: „sein ruhiger Stil“ und seine „präzisen Formulierungen“, die ihn von „gewöhnlicheren“ Verschwörungstheoretikern unterschieden. Auch Butters Kollege, der emeritierte Kieler Professor Rainer Mausfeld wird „demontiert“, indem Butter dem Kognitionswissenschaftler keine besondere Kompetenz auf den Gebieten attestiert, zu denen Mausfeld sich „immer wieder medienwirksam geäußert“ hat. Der österreichische Politikwissenschaftler John Bunzl wird dagegen für seinen Status als „Konsenshistoriker“ gelobt – ironiefrei. Konsensproduktion ist für Butter offenbar wahre Wissenschaft.

Nun, die Psychopathologisierung von Kritikern war immer schon ein probates Mittel, um unliebsame Zeitgenossen unschädlich zu machen. So saß, während ein Sir Karl Popper feinsinnig über die „Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ philosophierte, der amerikanische Dichter Ezra Pound, der zeitgleich für den Literaturnobelpreis nominiert war, in der „Geschlossenen“ ein – leider keine Verschwörungstheorie. Dass bei Butter das Wort Macht kein einziges Mal vorkommt, geschenkt. Warum aber Akten zu vermeintlichen oder realen Verschwörungen nicht zugänglich sind, Sperrfristen immer wieder verlängert werden, Asservate verschwinden, sich Ermittlungspannen auftürmen und Zeugen massenhaft sterben, auch das wird mit keiner Silbe erwähnt.

Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring hat recherchiert, dass Butter selbst nicht nur Professor, sondern auch Vizechef von „Comparative Analysis of Conspiracy Theories“ ist, einem Projekt zur Analyse von Verschwörungstheorien, finanziert von der EU. Hundert dieser „Konsensanalytiker“ treffen sich im Mai im holländischen „Hotel Bilderberg“. Na dann Wohlsein! In Talkshows wird Butter demnächst bestimmt Dauergast, wetten, dass? *Nike U. Breyer*



***Michael Butter: „Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien“**, Edition Suhrkamp, Berlin 2018, broschiert, 271 Seiten, 18 Euro*

Neue Welterklärer

Seit dem Tode des großen „Welterklärers“ Peter Scholl-Latour versucht so mancher Epigone, in seine Fußstapfen zu treten, allerdings meist nur mit mäßigem Erfolg. Das gilt auch für Andrea Böhm, welche früher für die „taz“ schrieb und seit 2013 als Nahost-Korrespondentin der „Zeit“ arbeitet. Die Journalistin will uns in ihrem Buch „Das Ende der westlichen Weltordnung“ davon überzeugen, dass nun „die große Verheißung des Westens verblasst, seine geopolitische und normative Macht schwindet“.

Politisch korrekte Kassandrarufe

Zu diesem Zweck präsentiert Böhm ein Sammelsurium von Reportage-Vignetten, in denen sie vor allem die aktuellen Zustände in Somalia, einigen chinesischen Großstädten, Bagdad, Basra sowie dem Libanon schildert – das Ganze garniert mit Seitenhieben gegen den US-Präsidenten Trump und wirren Reflexionen über die angeblichen Privilegien der Weißen überall auf der Welt. Wonach dann noch die Prophezeiung folgt, dass die beschriebenen „Orte jenseits der westlichen Weltordnung“ dereinst „vielleicht unser aller Zukunft bestimmen werden“.

Warum das der Fall sein könnte, bleibt freilich Böhms Geheimnis. Denn aus ihren Schilderungen geht deutlich hervor, wie sehr die geschilderten Lokalitäten – außer denen in China – in politischer und wirtschaftlicher Rückständigkeit verharren, wofür nicht zuletzt der Islam Mitverantwortung trägt. Und das wirft natürlich die Frage auf: Wenn der Westen tatsächlich seine Strahlkraft beziehungsweise ökonomische Potenz verloren hätte und vor dem Scheitern stünde, wieso kommen dann immer noch so viele Immigranten aus gescheiterten Staaten wie eben Somalia und dem Irak hierher? Aber solcherart Überlegungen sucht man bei der politisch korrekten Kassandrarauferin Böhm vergeblich. *Wolfgang Kaufmann*



***Andrea Böhm: „Das Ende der westlichen Weltordnung. Eine Erkundung auf vier Kontinenten“**, Pantheon Verlag, München 2017, broschiert, 272 Seiten, 17 Euro*

Natürlich vorbeugen

Der Titel „Sehkraftverlust jetzt stoppen!“ von Bruce Fifes Buch über Augenleiden und deren Vermeidung klingt etwas reißerisch. Dass natürliche Mittel helfen können, Krankheiten zu lindern, ist hinlänglich bekannt. Weniger vielleicht, welche Rolle dem Kokosöl dabei zukommt.

Schon seit Längerem ist bekannt, dass Kokosöl Alzheimer vorbeugen kann. Dass es sogar dazu geeignet ist, die bereits ausgebrochene Krankheit zu verbessern, schildert der amerikanische Ernährungberater in seinem Buch. Das Hauptaugenmerk des Buchs gilt der Behandlung von Augenleiden, die laut Fife zu den Nervenleiden zählen.

Zunächst stellt der Autor die häufigsten Augenkrankheiten vor und erklärt, welche Rolle die Ernährung spielt, um dann gesunde Fette und Öle sowie die besten Nährstoffe für die Augen vorzustellen. Zum Schluss gibt er Tipps für die Anwendung seiner Kokostherapie und eine kohlenhydratarme Diät. In den USA konnte bereits vielen Patienten damit geholfen werden. *M. Rosenthal-Kappi*



***Bruce Fife: „Sehkraftverlust jetzt stoppen! Augenleiden gezielt vorbeugen und natürlich heilen“**, Kopp Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 288 Seiten, 19,95 Euro*

Im Angesicht Deutschlands

Auf die Idee muss man erstmal kommen, die Konturen unseres Landes als ein Gesicht zu sehen. Bernd-Jürgen Seitz, promovierter Biologe und Leiter des Referats Naturschutz und Landschaftspflege im Regierungspräsidium Freiburg, hat sich in seinem Werk „Das Gesicht Deutschlands. Unsere Landschaften und ihre Geschichte“ dieser Fantasie hingegeben.

Der Umriss Deutschlands erinnere an einen nach Links gedrehten Kopf mit offenem Mund. Berlin sei das „Auge“. Im Südosten sei ein Kinn angedeutet, darüber komme der Mund mit dem Unterkiefer in Bayern und dem Oberkiefer in Sachsen, das zusammen mit Brandenburg die Nase bildete. Wie Adern ziehen sich Deutschlands Flüsse durch dieses Antlitz.

So ungewöhnlich diese Landesdarstellung ist, so ungewöhnlich ist das ganze Buch. Wer hier trockene Landschaftsbeschreibungen und öde Statistiken erwartet, liegt komplett falsch. Die Art der Themendarstellung zieht den Leser in den Bann. Sei es, weil man schon immer mal leicht verständlich erklärt bekommen wollte, wie die einzelnen Bundesländer aufgebaut sind, welche Flüsse wo entspringen oder in welche naturräumlichen Großregionen Deutschland aufgeteilt ist. Immer wieder erinnern die Beschreibungen an den Unterricht eines Ausnahme-Schullehrers, dem man gerne und aufmerksam zuhört. Schrittweise erklärt Seitz zum Beispiel, wie man sich die Fläche unseres Staates von 360 000 Quadratkilometern überhaupt anschaulich vorstellen kann. Statistiken gibt es, jedoch sind diese eingebettet in ausdrucksstarkes Bildmaterial.

Die Natur Deutschlands liege ihm besonders am Herzen, sagt Seitz, auch wenn es in unserem Land kaum noch Ecken gäbe, die nicht vom Menschen beeinflusst seien. Reich bebildert und sehr gut verständlich geschrieben, führt einen der Autor durch Geologie, Biologie und Geschichte unseres Landes. Sehr schön sind die Verweise auf historische Personen sowie deren Gedankengut und Tätigkeiten im Zusammenhang mit Deutschlands Landschaften wie Alexander von Humboldt oder Alfred Wegener, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Überaus faktenreich erfährt man hier beinahe alles über die historische und kulturelle Entwicklung unserer Landschaften. Eine Fülle von Reiseanregungen bekommt der Leser im letzten Abschnitt des Buches, den der Autor seinen „touristischen Teil“ nennt. Jedes einzelne Bundesland wird mit Daten und Naturschönheiten aufgeführt.

In dieser Art und Weise hat man Deutschland wohl noch nie betrachtet. Spannend und unterhaltsam macht dieses Buch einfach Spaß. Herrn Seitz hätte sich wohl so mancher Leser als Erdkundelehrer gewünscht. *Silvia Friedrich*



***Bernd-Jürgen Seitz: „Das Gesicht Deutschlands. Unsere Landschaften und ihre Geschichte“**, wbg/Theiss Verlag, Darmstadt 2017, gebunden, 240 Seiten 49,95 Euro*

Nichts als Schall und Rauch – Peter Hahne über leere Versprechen der Politik

Als bibelfestem Theologen und versiertem Journalisten mag dem langjährigen ZDF-Redakteur Peter Hahne auch die Stelle aus Matthäus 5,37 vertraut sein, wo es heißt: „Eure Rede aber sei: Ja ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist von Übel.“ Und so ist seine Rede, hier sein neuestes Buch, entsprechend auch, wie der Berliner sagt, „direktemang“. Er nimmt bei der Nennung von Absurditäten und Schieflagen in unserer Gesellschaft kein Blatt vor dem Mund, sondern nennt sie mit erfrischender Direktheit beim Namen. Er polemisiert gegen genderdiktierte Sprachverhunzungen ebenso wie gegen eine gefährliche Gleichgültigkeit in Politik und Gesellschaft etwa in der Bewertung des Islam und bei der Asylkrise. Es ist ein Rundumschlag, der es wahrlich in sich hat.

Für Hahne werden die Menschen hierzulande mehr und mehr mit „Mogelpackungen“ abgespeist, sprich, es werden schöne Worte und Versprechungen gemacht, die, wenn man genauer hinschaut oder Erfahrungen mit ihnen macht, nichts als Schall und Rauch sind. „Für wie dumm hält man eigentlich das Volk?“, fragt er und fährt fort: „Dreist versucht man uns hinters Licht zu führen und uns mit Mogelpackungen der Demokratie abzuspeisen.“

Mit spürbarer Freude nimmt er sich sprachliche Verrenkungen im öffentlichen und kirchlichen Leben vor, und die aus dem Gender-Denken beeinflussten Bemühungen, alles Männliche aus der deutschen Sprache zu streichen. In der Tat treibt ja dieses „Gender-Gaga“ inzwischen seltsame Blüten. So kam es im Rathaus Flensburg zu einem Antrag, alles Arbeitsgerät umzubenennen (Papierkörbin!). Die Grünen haben in mehreren Kommunen beantragt, Steuererklärungen sollten geschlechtsneutral sein, sonst wanderten sie in den Papierkorb. Beim jüngsten Evangelischen Kirchentag war man nahe an „Jesus Christa“ im schönen Abendlied von Matthias Claudius legten sich bislang die „Brüder“ nieder, der Kirchentag intonierte „Schwester, Brüder“. Überhaupt die „klerikal Ahnungslosen“ des Kirchentags: Hahne hat für sie nur noch Hohn und Spott übrig, ist aber höchst besorgt über den Einfluss „kirchentagsbeseelter Gutmenschen“ weit über die Kirche hinaus. Gutmenschen, das sind für ihn Menschen, die, ob in Politik, Bildung oder Verwaltung, die Realität nicht mehr sehen wollen oder sehen können, was letztlich zu gefährlichen Situationen führen kann.

Hier wird das Buch dann auch ernst. Hahne geißelt die Verharmlosung des Islamismus (sei ja nicht der Islam!), weist auf die Überlastung der Gerichte hin und die zunehmende Machtlosigkeit der Polizei angesichts schwindelerregend steigender Diebstahls- und Einbruchszahlen. Europas offene Grenzen nennt er eine „Einladung ins Einbruchs-Eldorado“ Deutschland. An seinen bitteren und oft deftigen Worten merkt man, dass er keineswegs albern will, sondern tief besorgt ist über den drohenden Verlust traditioneller Sicherheiten und Geborgenheiten.

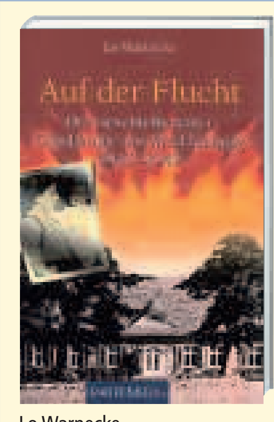
Bei Einzelheiten mag man anderer Meinung sein, aber in der Summe kann man Hahne gar nicht widersprechen. Er fasst letztlich nur zusammen, was auch andernorts beklagt wird, dass das Sicherheits- und Wohlstandsgefühl hierzulande viele Probleme nicht mehr sehen kann oder will und dass die Mätzchen um Sprachregulierungen Energien absorbieren, die für weitaus dringlichere Probleme benötigt würden. Er spricht von „Luxusproblemen einer verwahrlosten Wohlstandsgesellschaft“. Es liegt an jedem einzelnen, ob er das auf sich sitzen lassen will. *Dirk Klose*



***Peter Hahne: „Schluss mit euren ewigen Mogelpakkungen! Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen“**, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2018, gebunden, 128 Seiten, 10 Euro*

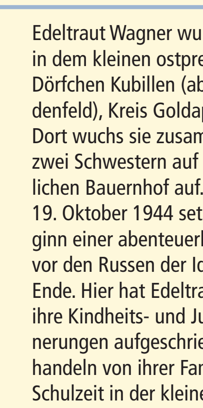


Hermann Sudermann
Die Reise nach Tilsit
und andere litauische Geschichten
Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten" das Leben einfacher Menschen in der Memelniederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise: In „Miks Bumbullis" das Schicksal eines Wilddiebes, der einen Förster erschossen hat, in „Die Magd" die Versuche einer Frau, einen Mann und ein wenig Glück zu finden, in „Jons und Erdme" den durch nichts zu brechenden Willen eines Ehepaars, sich im Moor eine Existenz aufzubauen. Die größte Berühmtheit erlangte die Erzählung „Die Reise nach Tilsit", die bereits zweimal verfilmt wurde. Die Dreiecksgeschichte zwischen dem Hofbesitzer Ansas Balczus, seiner Frau Indre und seiner Magd Busze behandelt das Thema Ehebruch im Spannungsfeld zwischen Gottesglaube und Mordabsichten und zeigt, wie schnell sich ein Schicksal wenden kann. 292 S.
Nr. P 533154 **Gebunden mit Schutzumschlag** **14,95 €**



Lo Warnecke
Auf der Flucht
Die Geschichte einer Gutsfamilie aus Mecklenburg 1945–1949
222 Seiten
Nr. P 533116 Geb. 14,95 €

Am 28. April 1945 standen Russen vor Neubrandenburg, etwa 40 Kilometer vom Gut von Lo Warnecke entfernt. Alles war schon für die Flucht vorbereitet, obwohl noch das strikte Verbot für die Zivilbevölkerung bestand, sich in den Westen abzusetzen. Es war nicht einfach, 26 Wagen und 34 Familien ungesehen über die Straßen und durch die Dörfer zu führen. Lo Warnecke berichtet authentisch und lebendig von ihrem langen Weg in Richtung Westen, vom Aufbruch, wie sie, ihre Kinder und der ganze Treck von der Front eingeholt wurden und wie das Ziel in weite Ferne rückte. Sie hatten den Krieg überlebt, aber weiterleben bedeutete genügend zu essen und eine Unterkunft zu organisieren, in einer Zeit als es nichts gab.



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugenderinnerungen einer Ostpreußin
60 S/W-Abbildungen.
320 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533153 14,95 €

Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.



Christian Graf von Krockow
Reise nach Pommern
Bericht aus einem verschwiegenen Land
Im Sommer 1984 reiste der Autor in seine Heimat Pommern, in der jahrhundertelang Generationen seiner Vorfahren lebten. In dem persönlichen Bericht werden die Geschichte, die Natur und die Menschen dieses Landstrichs greifbar. Die erzählerische Reise in die Vergangenheit zeigt uns, wie die Welt dort einmal war. Das Gutshaus der Grafen von Krockow, Städte und Dörfer, knorrige, liebenswerte und kauzige Gestalten erstehen in der Phantasie des Lesers. Neben der vielfältigen Erinnerungen ist der Text auch ein Beitrag zur Aussöhnung von Deutschen und Polen, ein Zeugnis der Geschichte, das bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat. Dr. phil. Dr. h.c. Christian Graf von Krockow, geboren am 26. Mai 1927 in Hinterpommern, wurde 1961 Professor für Politikwissenschaft. Ab 1969 arbeitete er als freier Wissenschaftler und Schriftsteller und wurde mehrfach ausgezeichnet. Er verstarb am 17. März 2002 in Hamburg. 35 S/W-Abbildungen. 278 Seiten
Nr. P 533146 **Gebunden mit Schutzumschlag** **14,95 €**

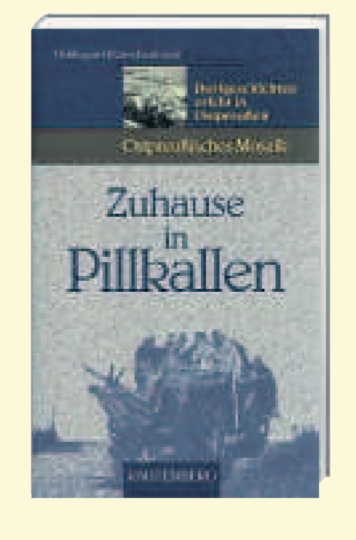


Silke Steinberg
Ostpreußische Schriftsteller
Erzählungen und Gedichte
Gebunden mit Schutzumschlag.
206 Seiten
Nr. P 5152 12,95 €

Erzählungen und Gedichte von Autoren, die in Ostpreußen geboren oder durch ihr Lebenswerk mit diesem Raum verbunden sind, sind in diesem Band versammelt. Damit diese interessanten Geschichten und Ansichten ostpreußischer Schriftsteller nicht verloren gehen, ist dieses Buch neu aufgelegt worden. Die Autoren sind unter anderen: Walter Adamson, Annemarie in der Au, Botho von Berg, Hedwig Bienkowski-Andersson, Elfriede Bork-Jacobi, Peter Paul Brock, Marie Brückner, Hansgeorg Buchholtz, Tamara Ehlert, Heinrich Eichen, Ursula Enseleit, Kuno Felchner, Grete Fischer, Ruth Geede, Hedy Gross, Horst-Helmuth Juschka, Gerhard Kamin, Esther Knorr-Anders, Margarete Kudnig, Fritz Kudnig, Heinz Panka, Gertrud Papendick, August Schukat, Arno Surminski u.v.m.



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
Von Beetenbartsch bis Schmandschinken
Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 Seiten
Nr. P 1009 **Gebunden** **14,95 €**



Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen
In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden.
184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1049 12,95 €



Hildegard Rauschenbach
Marjellchen wird Berlinerin
Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang
In „Marjellchen wird Berlinerin" beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989. Und trotz der Herausforderungen des Neubeginns sind die Gedanken auch oft in der alten Heimat. 224 S./Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 1366 12,95 €



Marion Gräfin Dönhoff
Bilder die langsam verblassen
Ostpreußische Erinnerungen
Drei Kapitel aus Marion Dönhoffs legendärem Band „Namen, die keiner mehr nennt" und ihr Erinnerungsbuch „Kindheit in Ostpreußen" werden hier zu einem reich bebilderten Band zusammengefasst. Es entsteht ein wunderbares Buch, das das untergegangene Ostpreußen beschwört und auch ein Denkmal für seine Menschen ist. Autorin: Marion Gräfin Dönhoff wurde 1909 auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen geboren, gestorben 2002, war sie eine der wichtigsten Journalistinnen in Deutschland. Nach langer Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit" wurde sie 1973 in den Kreis der Herausgeber aufgenommen. Die farbigen Fotos stammen von Wladimir Federenko. 67 S/W- und farbige Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 80 Seiten.
Nr. P 533126 **Gebunden mit Schutzumschlag** **14,95 €**



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.

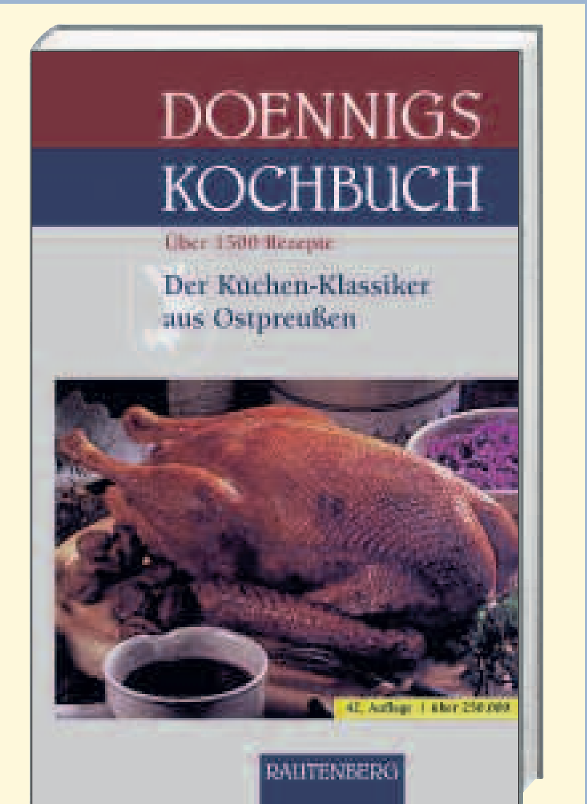
Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Vergeben ja, vergessen nie
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffnungslosigkeit griff um sich.
192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 5055 12,95 €

Hildegard Rauschenbach
Marjellchen plachandert wieder
Erzählungen, Kochrezepte, Sprichwörter 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 533101 12,95 €

In diesem Buch nimmt Hildegard Rauschenbach den Leser in ihr verlorenes Kindheitsparadies an der Scheschuppe mit, zeichnet bildhaft das Leben auf dem Bauernhof nach, erzählt von Spielen und vom „Schlorrengymnasium", aber auch von den mit zunehmendem Alter anfallenden Pflichten, die ein Bauernhof damals erforderte. In einem Abschnitt „Bunte Nuschtchen", das bei den Ostpreußen für Allerlei steht, präsentiert die Autorin eigene Sketche (die von ihrer ostpreußischen Plattgruppe bereits aufgeführt wurden), Spiele bei Kindergeburtstagen und in der Schule, in Geschichten eingebundene ostpreußische Kochrezepte, Sprüche aus früheren Poesiealben, ostpreußische Sprichwörter, Redensarten und anderes Interessantes.



Jürgen Lehmann
Kindertage in Königsberg
Jürgen Lehmanns „Kindertage in Königsberg" entführen den Leser in die Zeit einer längst vergessen geglaubten, unbeschwerten Jugend im beschaulichen Ostpreußen. Als Sohn eines Bauunternehmers 1930 geboren, verbrachte er die unbekümmerte Zeit seiner frühesten Kindheit im idyllischen Juditten. Von den politischen Ereignissen im Deutschen Reich weit entfernt, erinnert sich Jürgen Lehmann an Blaubeeren und Milchsuppen, strenge Lehrer und herzliche Großeltern, besinnliche Weihnachten und Ausflüge mit seinen drei Geschwistern an den Strand der Ostsee. Um die Zeit des Kriegsbeginns zog die Familie um nach Mühlenhof, ein Stadtteil im Süden von Königsberg. Zunehmend werden die kindlichen Erlebnisse des Jungen an Chorgesänge und Nachmittage im Garten überschattet von den Pflichten, die die Mitgliedschaft im Jungvolk und die immer näher rückende Kriegsfront mit sich brachten. Vom Glauben an einen deutschen Endsieg geblendet, zieht Jürgen als Vierzehnjähriger mit seinen Kameraden zum Grabenbau am Ostwall aus. Als er zurückkommt, ist nichts mehr, wie es war: Königsberg, die Stadt seiner Kindheit, gibt es nahezu nicht mehr. Bald sollte er seinen „Kindertagen in Königsberg" für immer Lebewohl sagen ... 24 S/W-Abb. 224 Seiten
Nr. P 533178 **Gebunden mit Schutzumschlag** **16,95 €**



M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
Das ostpreußische Familien-Kochbuch
Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesenlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, dass als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
Nr. P 1061 **Gebunden** **19,95 €**



Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder
Es singen: Vera Brunschede, Heinz Tilsner und die „Elbinger Spatzen"; es musizieren: Die „Lustigen Pillkaller" und dazu schabbert Heinz Wald über den ostpreußischen Humor, den Königsberger Fleck u. v. m. 34 Min.
Nr. P 533199 **CD** **12,95 €**



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 **CD** **9,95 €**



Heiteres aus Ostpreußen
Masurische Schmunzelgeschichten
Ruth Maria Wagner liest: Onkelchens Brautschau, masurische Weihnachten ... mit Musikstücken zwischen den einzelnen Erzählungen. (Laufzeit ca. 50 Minuten)
Nr. P 5880 **CD** **12,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Neues Theater um Volksbühne

Berlin – Nach nur etwas mehr als einem halben Jahr ist Chris Dercon als Direktor der Berliner Volksbühne gescheitert. Die Entscheidung, den Belgier die Nachfolge des langjährigen Volksbühnen-Intendanten Frank Castorf antreten zu lassen, war von Anfang an umstritten. Als Museumsdirektor verfügte Dercon über keinerlei Theatererfahrungen und wollte aus der Volksbühne einen Performancebetrieb machen. Der neue linke Kultursenator hat nun die Reißleine gezogen. *tws*

Gen-Medizin gefährdet Profit

New York – Die Investmentbank Goldman Sachs rät der Pharma-Industrie angeblich von der Entwicklung gentherapeutischer Medikamente ab. Laut Sender „CNBC“ heißt es in der internen Studie, Gentherapien machten die Menschen langfristig gesund. Dies sei eine „Herausforderung“ für eine Pharma-Branche, die den „nachhaltigen Geldfluss“ suche. *H.H.*

ZUR PERSON

Ausgesorgt als Trump-Hasser

Das klingt nach einer Abrechnung. Donald Trump sei „moralisch ungeeignet, Präsident zu sein“. Der das sagt, wurde vor einem Jahr von eben jenem Trump aus seinem Amt als FBI-Chef gefeuert. Jetzt schießt der geschasste **James Comey** mit einem Buch zurück, das in den USA mit einer rekordverdächtigen Startauflage von 850000 Exemplaren erschienen ist und das auch in deutscher Übersetzung ein ähnlicher Bestseller zu werden verspricht wie vor wenigen Wochen Michael Wolffs journalistische Trump-Abwatsche „Feuer und Zorn“.

Die Rache des James Comey könnte Trump aber weit härter treffen. Comey stammt aus dem inneren Präsidenten-Zirkel, der, so der Autor, mafiöse Familien-Strukturen aufweise. Als früherer New Yorker Staatsanwalt klagte Comey Mitglieder der Cosa Nostra an und wusste um deren uneingeschränkte Loyalität zum Paten, die auch Trump einfordere.

„A Higher Loyality“ heißt Comeys Buch im Original, das in der Übersetzung als „Größer als das Amt“ erscheint. Soll heißen: Der Zweimetermann fühlt sich über jede hündische Treue erhaben. Das bewies er als FBI-Chef, als er unter Barack Obama in der zwischenzeitlich eingestellten E-Mail-Affäre Hillary Clintons wieder ermitteln ließ, was ihr die Niederlage bei der US-Präsidentschaftswahl eingebracht haben soll. Und das bewies er unter Trump, als er sich weigerte, die Ermittlungen gegen mögliche Einmischungen Russlands in den US-Wahlkampf einzustellen, was zu seiner Entlassung geführt habe.



Bild: FBI

Als „Kotzbrocken“ und „mit Abstand schlechtester FBI-Direktor der Geschichte“ bezeichnete Trump den fünffachen Familienvater nun via Twitter. Das ist immerhin beste Werbung für Comeys Buch. Inzwischen kostet der Eintritt zu Lesungen des Autors bis zu 1000 Dollar. Trump-Hasser verdienen zumindest gut. *H. Tews*



Idioten-Staat

Wie der Sand ins Getriebe kam, warum wir keine Zeit verlieren dürfen, und warum die Schulen Deppen produzieren sollen / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Früher war alles viel einfacher. Wenn vor zehn, 20 oder 30 Jahren die EU mehr Geld von den deutschen Steuerzahlern wollte, musste sie den Wunsch nur an Bonn oder später Berlin weiterreichen. Dort sagte die Regierung freundlich ja, fragte vielleicht: „Darf's noch etwas mehr sein?“, und der Bundestag nickte den Wunsch ohne Gegenstimmen artig ab. Fertig.

Mit den „Euro-Rettungsschirmen“ rieselte erstmals Sand in dieses geölte Getriebe. In der Union, noch viel stärker aber in der FDP regte sich Widerstand. Doch immerhin: Die Parteispitzen setzten sich durch.

Für die Liberalen jedoch mit tödlichem Resultat: Bei der folgenden Bundestagswahl 2013 rannten so viele FDP-Wähler zur damals blutjungen AfD, dass die Freidemokraten aus dem Parlament flogen.

Das hat gesessen. Als der französische Präsident Emmanuel Macron vor knapp einem Jahr seinen nächsten großen Fischzug in deutschen Finanzgewässern ankündigte, blieb die FDP ziemlich reserviert. Kurz darauf kehrte sie mit Trara in den Bundestag zurück, in dem nunmehr die Union kräftig Haare ließ und wo überdies die AfD aus dem Stand die Oppositionsführung übernahm.

Das ist jetzt die Lage, mit der man erst mal klarkommen muss. Alles scheint durcheinander zu geraten.

Macron will einen europäischen Finanzminister mit eigenem Etat und einen Europäischen Währungsfonds. Weiter auf der Wunschliste der von Paris angeführten EU-Südländer stehen die Bankenunion, die Schuldenunion und insbesondere eine gemeinsame Einlagensicherung, mit der deutsche Sparer italienischen Pleitebanken aus der Patsche helfen sollen.

Wenn die Groko dem so einfach zustimmt, wie sie es früher getan hätte, würden AfD und FDP davon kräftig profitieren. Daher geht man etwas geschickter zu Werke. Die CDU/CSU-Faktion will auf die Bremse treten, sagt sie. Grünen-Chefin Annalena Baerbock sieht deshalb die „europäische Solidarität“ aufs Schafott gelegt, ebenso wie der CDU-Europapolitiker Elmar Brok und sein Parteifreund und EU-Kommissar Günther Oettinger („nicht hinnehmbar“). Selbst in der SPD haben sie ihre Plätze für das Schauspiel eingenommen: Andrea Nahles steht zu Macron, der neue Finanzminister Olaf Scholz gibt dagegen den Bedenkenträger, was der skeptische Wähler als Verteidigung deutscher Interessen wahrnehmen und belohnen soll. Angela Merkel sagt zu dem Theater wie immer erst einmal gar nichts.

Aus der Ferne sieht das alles tatsächlich aus wie echter Streit. Genau das soll es auch, damit kein Wähler der Groko-Parteien einen Verrat seiner Interessen als deutscher Steuerzahler und Sparer wittert und zur Opposition abwandert.

Wer näher rangeht, erkennt jedoch ein aufschlussreiches Detail: Die Kritiker innerhalb der Groko fordern bloß, man möge Macrons Appetit, also die Umsetzung der Pariser Vorschläge, lediglich bremsen. Von einem schlichten „Nein“ ist nicht die Rede.

Mit anderen Worten: Die „Kritiker“ wollen das Unverdauliche in kleine Häppchen verpacken und Stück für Stück zum deutschen Munde führen. Dann kratzt es nicht so arg im Hals und die Germanen schlucken es schon herunter. Das Ergebnis ist am Schluss dasselbe.

Geht doch! Worüber regen sich Brok, Baerbock und Co. denn so auf? Es ist das Zeitproblem: Womöglich haben wir nämlich gar nicht mehr so viel Zeit übrig, um uns die Häppchen-Methode leisten zu können.

Italiens Banken wanken bedenklich. Etwa die „Monte dei Paschi“. Die soll übern Daumen 50 Milliarden Euro an Leute verliehen haben, deren Namen angeblich keiner kennt. Das Geld sei faktisch weg, heißt es. Irgendwann könnte der Punkt erreicht sein, an dem die Weiterverschleppung des Konkurses nicht mehr funktioniert. Andere Italo-Banken sollen ebenfalls viel zu tief im Schuldenmorast stecken, sind faktisch am Ende. Wenn's kracht, was täglich passieren kann, muss irgendeiner den ganzen Mist bezahlen. Und was drückt Macron? Der will große Reformen machen, hat aber das Geld nicht, um sie so auszupolstern, dass ihm sein Volk nicht aufs Dach steigt. Auch der benötigt also dringend Geld.

Das alles duldet keinen Aufschub. Oettinger und Brok wissen das, sie sitzen ja in Brüssel und blicken besorgt auf die schweißbenetzte Stirn ihrer italischen Kollegen.

Und die beiden sind ja Deutsche, was einen bedeutenden Unterschied macht. Wenn ein italienischer Politiker zur EU geht, handelt er dort als Italiener, der für Italien aus der EU so viel rausholen will, wie er kann. Wenn ein deutscher Politiker nach Brüssel geht, handelt er dort als „Europäer“, der für die EU aus Deutschland so viel rausholen will, wie er kann.

> Unsere Plünderung muss schneller gehen. Die EU-Partner benötigen das Geld dringend

Sobald die italienischen Pleitebanken einbrechen, müssten sie nach derzeitigem Stand von Rom oder ihren italienischen Anteilseignern „gerettet“ werden. Was gäbe das für einen Skandal! Für einen Aufruhr! Nützt nur den Populisten. Da wäre es doch viel „europäischer“ und viel „solidarischer“, man griffe sich die Kohle aus dem Einlagensicherungsfonds der stocksoliden deutschen Sparkassen, finden Sie nicht?

Europa ruht schließlich auf festen Idealen, unter denen eine bewährte sozialistische Regel ganz oben steht, die da lautet: Es wird solange umverteilt, bis alle gleich arm sind, die Faulen wie die Fleißigen, die Sparsamen wie die Prasser (Reich werden dabei nur diejenigen, die sich tiefe Zweigkanäle an den Umverteilungsstrom graben konnten wie die ominösen Schuldner der „Monte“-Bank. Geld ist eben nie „weg“, es hat nur ein anderer).

Damit das solidarische Europa von Dauer ist, müssen kommende Generationen von Anfang an nach dem sozialistischen Gleichheitsideal erzogen werden. Daran arbeitet die Politik mit großer Zähigkeit und räumt alle Hindernisse aus dem Weg. Ein solches Hindernis ist die Leiterin eines Bremer Gymnasiums. Die Frau klagt dagegen, dass künftig auch geistig behinderte Kinder von ihrer Schule in Regelklassen aufgenommen werden müssen („Inklusion“). Es sei denn, sie bekomme genug Personal und Ressourcen, um die Sonderbetreuung der Behinderten sicherzustellen. Sonst müssten alle Kinder leiden, die Behinderten wie die Normalen.

Weil das Land Bremen nicht daran denkt, die Bedingungen der Schulleiterin zu erfüllen, hat sie Klage eingereicht. Eine Frechheit, die aufdeckt, dass die Pädagogin nichts begriffen hat – oder aus reiner Bosheit handelt.

Die Kinder? Um die geht es doch gar nicht! Ziel ist es, das Gymnasium an sich plattzumachen, damit endlich nur noch Einheitsschulen übrigbleiben. Zudem gilt es, das Bildungsniveau auf ein für die Politik handhabbares Maß zu senken. Menschen, die mit Mathe-Kenntnissen oberhalb von Milchmädchenniveau infiziert wurden, neigen unter anderem zu unstatthaften Zweifeln an sozialistischen Modellen.

Da ist es doch ein geschickter Schachzug, einer Klasse mit 19 gewöhnlichen Gymnasiasten ein Kontingent von fünf geistig behinderten, oder, wie es heute heißt, „verhaltensoriginellen“ Schülern zur Seite zu stellen. Der Unterricht wird sich grundlegend verändern. Normale Schüler und Lehrer werden so sehr damit beschäftigt sein, ihre „sozialen Kompetenzen“ zu verfeinern, dass zu ewiggestrigem „Faktenlernen“ kaum noch Zeit bleibt.

Schüler, die nach solcher Manier geformt sind, werden als Bürger ihrer weisen politischen Führung nie mehr auf den Wecker gehen. Sie kann man beispielsweise durch „Umverteilung“, Nullzins oder immer höhere Steuern bequem ausplündern. Sollten sie es merken, kann man ihnen getrost irgendeinen Blödsinn erzählen. Die durchschauen es eh nicht und haben von klein auf gelernt, dass Anpassung und allseitiges Wohlverhalten zählen und nicht etwa „Leistung“ oder „Wissen“. Für ihre Führer sind solche blassen Idioten ein wahres Geschenk.

MEINUNGEN

Der Chef der konservativen ***„Werte-Union“*** *in der CDU/CSU,* ***Alexander Mitsch****, fordert, dass* ***Angela Merkel*** *auf dem CDU-Bundesparteitag im Oktober* ***nicht mehr antritt****. Laut „merkur.de“ (11. April) nannte er als Grund:*

„Ich wünsche mir einen jüngeren Vorsitzenden, konservativen und wirtschafts-liberalen ... Leider hat sich die Union in den letzten Jahren immer mehr weg von ursprünglichen Inhalten hin zu einer Partei der politischen Beliebigkeit zum Zweck des Machterhalts entwickelt. Das ist für Menschen wie mich, die vor 33 Jahren aus Überzeugung und Leidenschaft für bestimmte politische Inhalte eingetreten sind, schwer zu ertragen.“

Zana Ramadani*, Berliner Autorin und Menschenrechtsaktivistin, geboren 1984 in Mazedonien, floh vor ihrer muslimischen Familie mit 18 in ein Frauenhaus und spricht sich gegenüber „Focus online“ entschieden* ***für ein Kopftuchverbot*** *für Mädchen unter 14 Jahren aus:*

„Wir müssen davon ausgehen, dass wir bereits eine neue Generation an Kopftuch-Trägerinnen durch unser Wegschauen verloren haben. Denn dass das Kopftuch nicht einfach nur ein Stück Tuch ist, oder nur als Zeichen der Demut gegenüber Allah ist, hätte jeder wissen können. Das Kopftuch ist von Anfang an das, was es auch heute ist: Ein Mittel und Zeichen der Diskriminierung der Frau, der Sexualisierung der Frau, der Unterdrückung der Frau.“

Im Görlitzer „Niederschlesischen Kurier“ (24. März) erklärt ***Stephan Rauhut****, (43), Vorsitzender der* ***Landsmannschaft Schlesien****, wie der Vorwurf gegen deutsche Vertriebenenverbände entstand,* ***„ewig gestrig“*** *und „Revanchisten“ zu sein:*

„Dieses Gerede vom ewig Gestrigen haben wir doch der ‚DDR‘ zu verdanken. Der Ruf, wonach die Landsmannschaft von ewig Gestrigen oder Revanchisten durchsetzt sein soll, ist in den Kellern der Staatssicherheit entstanden. Schon der Begriff Revanchismus ist ein Produkt geschickter PR-Arbeit des Ostblocks, die man über das entsprechende Milieu geschickt in den Westen hineingetragen hat.“

Klaus-Rüdiger Mai *warnt in seinem neuen Buch „Geht der Kirche der Glaube aus?“ vor einer viel zu großen* ***Nähe der Kirchen*** *zur* ***herrschenden Politik****:*

„Wenn Kirchenfunktionäre nicht zu einer realistischen Lagebeurteilung zurückkehren, dann verspielt die Kirche ihre öffentliche Akzeptanz und Glaubwürdigkeit. Sie schadet überdies dem Christentum, wenn sie versucht, eine an der Wirklichkeit vorbeigehende Hypermoral theologisch zu begründen ... Das Ergebnis ist in der Regel eine hohe Übereinstimmung mit rot-grüner Ideologie. Kirche macht sich dadurch im Wortsinn unglaubwürdig.“

Medien-Urgestein und Ex-Chefredakteur ***Helmut Markwort*** *ärgert sich im „Focus“ (14. April) über den* ***Umgang*** *mit dem Ungarn* ***Viktor Orbán****:*

„Unglaublich, wie unfair und sogar bösartig deutsche Politiker und Medien den demokratisch einwandfreien Wahlsieg von Viktor Orbán in Ungarn kommentieren.“